

Links★stimme

Nachrichten – Linke Deutschsprachige Freunde Lagos

© 2024 * Jahrgang 1 Nummer 2 * UHUDLA 119 @-6 PDF-Version Jahrgang 32 * www.uhudla.at



MARTIN LEO

Auseinandersetzung um die
portugiesische Agrarreform
1976 bis 1985 2. Teil

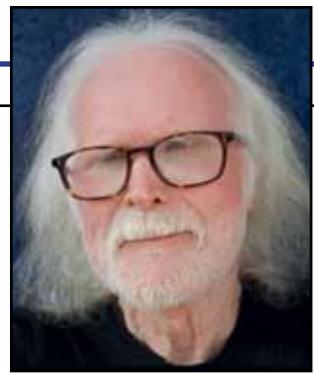


Wenn Dir Journalismus im Netz wichtig ist, unterstütze die UHUDLA Genossenschaft

Alle Artikel und Dokumente der „UHUDLA Netzwerk Genossenschaft UNG – Lutz Holzinger“ www.uhudla.at sind gratis verfügbar. Auch dieses E-Book kann kostenlos gelesen und heruntergeladen werden.

Der Autor Martin Leo, die UHUDLA EDITION und die Linken Deutschsprachigen Freunde Lagos LDFL stellen das wissenschaftliche historische Werk für Interessierte frei zur Verfügung. Diese Arbeit in Form eines elektronischen Buches kannst Du mit einer finanziellen Unterstützung Deiner Wahl solidarisch honorieren.

Konto: VOLKSBANK Wien
Kontoinhaber: **UHUDLA EDITION**
IBAN: **AT32 4300 0423 4299 9002**
BIC/SWIFT-Code: VBOEATWW



Am Wort – UHUDLA-HERAUSGEBER MARTIN WACHTER

Eine Auseinandersetzung um die portugiesische Agrarreform zwei Zeitungen - ein Buch

Das ist die erste Ausgabe von **Voz Esquerda** - aus dem Portugiesischen übersetzt: **LINKSSTIMME**.

Der Inhalt dieser neuen Zeitung aus der UHUDLA Werkstatt ist dem 1. Teil eines Buches von **Martin Leo** (ein Mitgründer von „Linke Deutschsprachige Freunde Lagos LDFL“) über die portugiesische Agrarreform von 1976 bis 1985 gewidmet. Der Auseinandersetzung um die Portugiesische Agrarreform folgt demnächst eine zweite Zeitschrift, die den Titel „Linksstimme“ trägt.

Beide Publikationen zusammen ergeben ein e-book von circa 100 Seiten. Das Buch der Diplomarbeit von Martin Leo erscheint zum 50jährigen Jubiläum der Nelkenrevolution am 25. April 1975 in der UHUDLA DIGITAL-EDITION.

*Viel Spass beim Lesen, und wissenschaftlich-historische Erkenntnisse
wünscht das UHUDLA Team!
www.uhudla.at oder uhudla.edition@gmail.com*

© 2024 UHUDLA WEBEDITION

Alle Rechte vorbehalten dem Autor Martin Leo und der UHUDLA EDITION!

Der Autor und der Verlag sind an einer Verbreitung im Sinne der „Weltverbesserung“ interessiert.

Es wäre angebracht und wünschenswert, bei einer kostenlosen Wiederverwertung des geistigen Eigentums, auch Urheberrecht genannt, mit dem Autor Martin LEO und dem Verlag der UHUDLA EDITION in Verbindung zu treten.

MartinLeo@gmx.de – www.uhudla.at, e-mail: uhudla.edition@gmail.com

**„Im Inventarverzeichnis der Kriege
hat auch das Latifundium seinen Platz,
wenn auch einen kleinen.“**



José Saramago, aus: Hoffnung im Alentejo Roman. Berlin / DDR 1985, S.114

Die Auseinandersetzung um die portugiesische Agrarreform 1976 bis 1985

Zur Restaurierung vorrevolutionärer
Macht- und Eigentumsverhältnisse am
Beispiel der Kooperativen der Agrarreformzone

Von Martin Leo



Voz★esquerda Teil I**Editorial****1. Vorwort und Einleitung**

von Martin Leo

Seite 7

2. Die Landwirtschaft in Portugal und im Alentejo / Ribatejo vor 1976

- 2.1 Vorbemerkung zu einigen Grundzügen von Agrarreformen
- 2.2 Die Bedeutung der portugiesischen Landwirtschaft vor 1974
- 2.3 Die Besitzverhältnisse in der portugiesischen Landwirtschaft vor der Revolution
- 2.4 Die Rolle der Latifundien in der Region Alentejo/Ribatejo
- 2.5 Die Agrarreformgesetze von 1975

Seite 13
Seite 15
Seite 17
Seite 19
Seite 22

3. Die Ausgangslage der Auseinandersetzungen um die Agrarreform 1976

- 3.1 Das politische Kräfteverhältnis nach dem 25. November 1975
- 3.2 Die neuen Produktionseinheiten in der Latifundienzone
- 3.3 Die Landarbeiter und die „freiwillige Kollektivierung“

Seite 25
Seite 26
Seite 30

4. Agrarreform unter Lopes Cardoso: Konsenssuche, Konflikte und Konsolidierung

- 4.1 Die Agrarreform und die Kleinbauern
- 4.2 Die Parteienplattform 1976
- 4.3 Konkurrenz und Gegenmodell: Cardosos „freie Kooperativen“
- 4.4 Die Agrarreform und die portugiesische Verfassung

Seite 33
Seite 35
Seite 40
Seite 43

LDFL – Linkes Engagement gesucht

Seite 46

7. Landrückgabepolitik und ökonomische „Strangulierung“ 1978 bis 1985

- 7.1 Die Reprivatisierungswellen bis zum Antritt der Regierung Sá Carneiro
- 7.2 Die radikale Dezimierung des Agrarreformsektors unter Sá Carneiro und der Übergang zu „gemäßigter“ Reprivatisierung
- 7.3 Die Agrarreform in der Verfassung von 1982
- 7.4 Agrarreformpolitik des „Bloco central“
Von der Fortsetzung bis zum Stopp der Landrückgaben

Seite 29
Seite 31
Seite 33
Seite 34

8. Die gegenrevolutionäre Offensive und ihre Auswirkungen auf die Agrarreform

- 8.1 Der Beginn der Auseinandersetzungen auf ökonomischem Gebiet:
Kreditpolitik, Reservenvergabe und Korkgesetz
- 8.2 Die erzwungene Abkehr von der Politik der Beschäftigungsmaximierung.
Der Umschwung in eine defizitäre Phase
- 8.3 Die Ergebnisse der Reprivatisierung:
Ein Vergleich mit Zielsetzungen des „Lei-Barreto“

Seite 37
Seite 40
Seite 42

9. Versuch einer Bewertung und Schlussfolgerungen**10. Nachwort, Agrarreform Portugal****Abkürzungsverzeichnis**

Seite 54

Links★stimme Teil II**5. Die Agrarreform und die politischen Parteien**

- 5.1 Die Sozialistische Partei (PS)
- 5.2 Die Sozialdemokratische Partei / Volksdemokraten (PPD/ PSD)
- 5.3 Das Demokratisch-Soziale Zentrum (CDS)
- 5.4 Die Kommunistische Partei (PCP)

Seite 13
Seite 14
Seite 15
Seite 16

6. António Barreto und die Phase der legislativen Gegenrevolution

- 6.1 Der Beginn der Auseinandersetzungen auf ökonomischem Gebiet:
Kreditpolitik, Reservenvergabe und Korkgesetz
- 6.2 Das „Lei-Barreto“ und die Wandlung der politischen Philosophie
- 6.3 Die Perspektiven der Agrarreform unter dem „Lei-Barreto“
- 6.4 Das Entschädigungsgesetz vom August 1977

Seite 19
Seite 22
Seite 26
Seite 27

Eine Zeitung**und eine Zeitung****ist ein Buch**

50 Jahre portugiesische Aprilrevolution

Die UHUDLA EDITION und Linke Deutschsprachige Freunde Lagos LDFL veröffentlichen eine „Jubiläumsartikel“-Serie und dieses wissenschaftlich, historische Buch über „Die Auseinandersetzungen um die portugiesische Agrarreform 1976 bis 1985. Zur Restaurierung vorrevolutionärer Macht- und Eigentumsverhältnisse am Beispiel der Kooperativen der Agrarreformzone“.

Martin Leo, der Autor dieser längeren Arbeit über die Agrarreform in der Epoche des revolutionären Portugal, bot den „Linken Deutschsprachigen Freunden Lagos“ (LDFL) und der UHUDLA EDITION an, sie in mehreren Teilen in zwei Zeitschriftenausgaben und als e-book zu veröffentlichen. Der Verfasser hatte dabei den im Jahr 2024 bevorstehenden 50. Jahrestag der portugiesischen Nelken-Revolution von 25. April 1974 im Auge.

Das Agrarreformprojekt war einst ein Eckpfeiler des revolutionären Entwurfs für die portugiesische Nation im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts. Es bietet ein halbes Jahrhundert später interessanten Stoff, der hilft, die portugiesische Vergangenheit und die Gegenwart zu verstehen.

Die hier vorliegende schon 1988 als politikwissenschaftliche Diplomarbeit verfasste Übersicht ist **nicht aktualisiert** worden. Sie ist daher selbst bereits „historisch“. Gleichzeitig ist diese zeitgeschichtliche Dokumentation im deutschsprachigen Raum aktuell noch immer die einzige umfassende wissenschaftliche Übersicht über das Entstehen und das Vergehen dieser „Errungenschaft der Revolution des 25. April 1974“.

Das Herstellung des folgenden umfangreichen publizistischen Werkes hat viel Arbeit, viel Zeit und auch technischen Aufwand gekostet. Der Autor **Martin Leo** und der Verleger **Martin Wachter** würden sich sehr freuen, wenn die Früchte ihrer Tätigkeit solidarisch und finanziell belohnt würden.

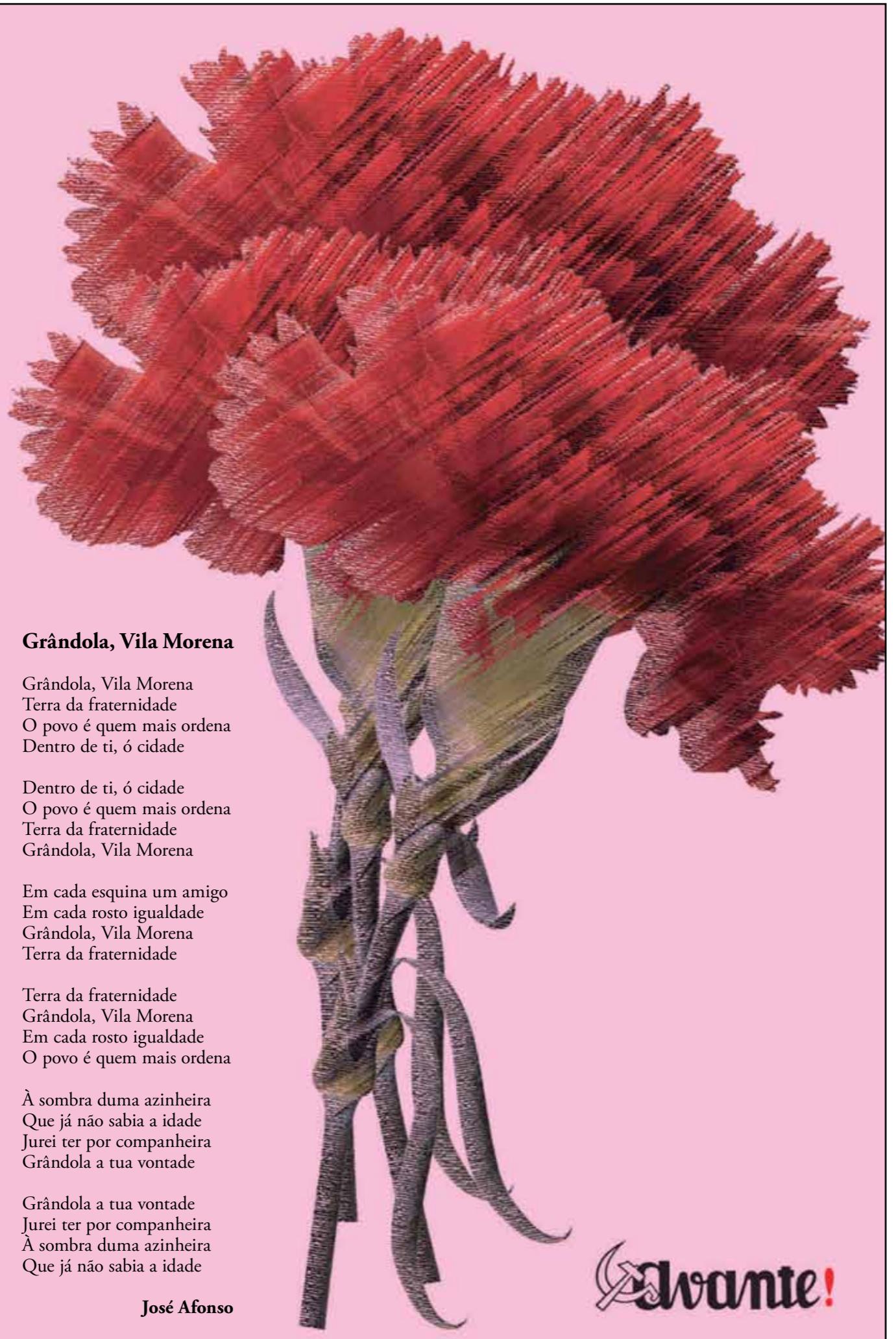
Das Buch **Auseinandersetzung um die portugiesische Agrarreform 1976 bis 1985** kann, wenn gewünscht, als E-Book bestellt werden. Es wird bei Absprache mit dem Verlag elektronisch zum Preis von 15 Euro als PDF-Datei nach Vorkasse und technischer Vereinbarung per e-mail zugestellt.

Alle Einnahmen über den Buchverkauf kommen portugiesischen Sozialprojekten zu Gute. Die Nelkenrevolution am 25. April 1974 ist ja auch nicht aus heiterm Himmel gefallen. Die Errungenschaften der April-Revolton wurden hart erlämpft – vom Volk und den fortschrittlichen Teilen der portugiesischen Gesellschaft und den WiderstandskämpferInnen im Befreiungskampf gegen die portugiesische Herrschaft in den Ländern der Kolonien in Afrika und Asien.

uhudla.edition@gmail.com

Martin Leo lebt als Rentner in Lagos, Portugal, und will dazu beitragen, das demokratische Erbe seiner Wahlheimat zu verteidigen. Er ist aktives Gründungsmitglied bei LDFL.

Bei Nennung der Quelle: Martin Leo & www.UHUDLA.at darf auf die Arbeit Bezug genommen werden.



Vorwort

von Martin Leo

Der portugiesische Agrarreformprozess entwickelte sich im Gefolge des militärischen Umsturzes vom 25. April 1974, der die Voraussetzungen für umfassende politische und soziale Veränderungen schuf und der Ausdruck einer tiefen Krise des alten Regimes war.

Eine Jahrzehnte überdauernde, korporativistisch geprägte faschistische Diktatur¹ hinterließ, gemessen an ökonomischen und sozialen Strukturdaten wie Prokopfeinkommen, Durchschnittslohn oder Analphabetenrate, ein finstres Erbe.

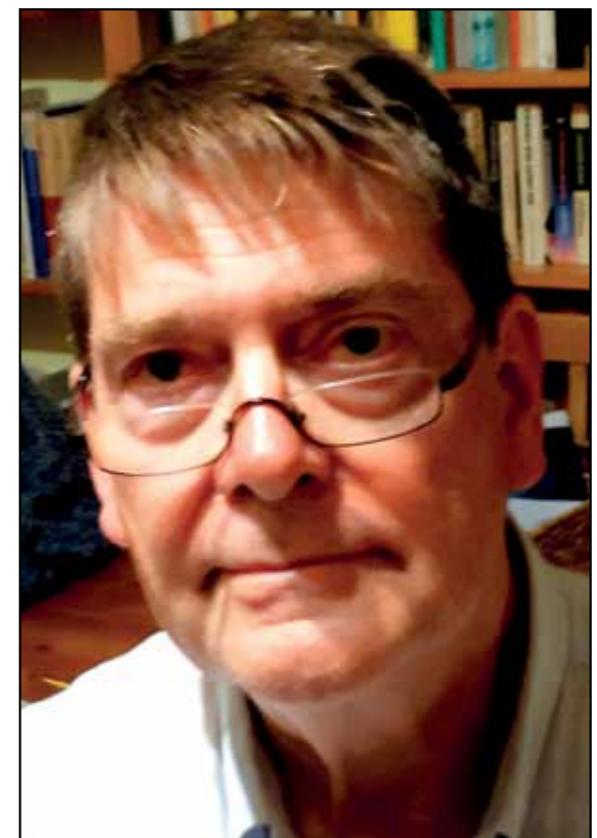
Großunternehmer und Großgrundbesitzer galten als verantwortliche Stützen des gestürzten „Estado Novo“

Gegen den „Estado Novo“ gerichtete Maßnahmen gab es viele und sie fanden starken Widerhall in der Bevölkerung. Dort, wo die von militärischen und zivilen Kräften gebildeten Provisorischen Regierungen nicht handeln konnten, nicht handeln wollten oder Entscheidungen verzögerten, schuf oft erst eine engagierte Basisbewegung die Fakten, von denen viele im nachhinein auch staatlich und legislativ anerkannt werden mussten.

Nicht dafür allein jedoch gilt die Agrarreform, wie sie sich im wesentlichen 1975 - nach einem gescheiterten Rechtsputsch und politischer Radikalisierung - herausbildete, als Beispiel, sondern auch für die Schärfe, mit der sie die Frage nach der Rechtmäßigkeit der bis dahin gültigen sozialen Ordnung in einem Teil des ländlichen Portugals stellte:

Dadurch nämlich, dass die Protagonisten der Agrarreform durch Enteignungen und Nationalisierungen, durch Änderung der bestehenden Eigentums- und Produktionsverhältnisse einer neuen Produktionsweise zum Durchbruch verhelfen wollten, gliederten sie die Reform ein in ein alternatives gesellschaftliches Gesamtprojekt, in den Aufbau einer nach ihrem Verständnis ausbeutungsfreien, sozialistischen und demokratischen Gesellschaft. Zusammen mit der Nationalisierung der Schlüsselindustrien, der Banken und Versicherungen sollte die Agrarreform die Grundlage zur Bewältigung der drückendsten Probleme des Landes und für einen einzuschlagenden nichtkapitalistischen Entwicklungsweg bilden.

Ihre Intentionen sprengten daher den Rahmen einer auf antifaschistische und bürgerlich-demokratische Inhalte begrenzten Umwälzung und verbanden sich in Bezug auf die



Umgestaltung ökonomischer Machtverhältnisse mit einer weitergehenden Perspektive. Diese Tatsache, aber insbesondere auch der Elan und Enthusiasmus, den die unmittelbaren Nutznießer der Agrarreform bei der Besetzung latifundistischen Eigentums und der Einlösung ihres Anspruchs auf soziale Gerechtigkeit an den Tag legten, weckten die Aufmerksamkeit einer sympathisierenden linken Öffentlichkeit auch im Ausland und machten die Agrarreform zu einem geradezu spektakulären Ereignis mit weit über Portugals Grenzen hinausgehender Bedeutung.

Mit der 1976 unter anderen, nämlich kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Vorzeichen einsetzenden Stabilisierung der politischen Verhältnisse und der Marginalisierung der mit dem Agrarreformprozess am engsten verbundenen politischen und sozialen Kräfte geriet das hinter der Agrarreform stehende Projekt jedoch zunehmend in Widerspruch zu den Zielvorgaben, die veränderte gesellschaftliche Kräfteverhältnisse nun hervorgebracht hatten. Der daraus entstandene Konflikt war der Konflikt zwischen zwei verschiedenen Gesellschaftsentwürfen: einem revolutionären, antikapitalistischen, auf eine neue Gesellschaftsordnung gerichteten Projekt und einem gegenrevolutionären, das auf eine Stärkung kapitalistischer Produktionsverhältnisse gerichtet war.

Im Unterschied zur Entstehungsphase fand dieser weniger spektakuläre, aus der Sicht der betroffenen Landbevölkerung dafür aber um so mühsamere Entwicklungsabschnitt des Agrarreformprozesses weitaus weniger internationale Beachtung.



Ziel dieser Arbeit ist es, ausgehend von einer materialistischen Politiktheorie den Verlauf der Auseinandersetzungen, die seit 1976 zu einer Einschränkung des Agrarreformsektors auf ein Drittel seines ursprünglichen Umfangs führten, nicht nur nachzuzeichnen, sondern an diesem Beispiel aufzuzeigen, welche Spuren unterschiedliche Reformvorstellungen und gegensätzliche Gesellschaftskonzeptionen im nachrevolutionären Portugal in der Agrarreformzone hinterließen.

Es soll auch untersucht werden, ob und inwieweit die Agrarreform den in sie gesetzten Erwartungen unter den dargestellten Bedingungen gerecht werden konnte und ob sich die Ergebnisse „agrarreformfeindlicher“ Politik an ihren selbstformulierten politischen, sozialen und ökonomischen Zielen messen lassen können. Die Verwendung der Attribute „revolutionär“ und „gegenrevolutionär“ soll dabei weniger der Charakterisierung konkreten politischen Handelns dienen als der Bestimmung der jeweiligen Endpunkte eines bipolaren politischen Prozesses. Ihr Bezugspunkt ist die „portugiesische Revolution“, worunter in Übereinstimmung mit einem Teil der sozialwissenschaftlichen Literatur kein am 25. April 1974 abgeschlossenes Ereignis, sondern eine prozesshafte Entwicklung gemeint ist.²

Den zeitlichen Rahmen der Arbeit bilden die letzten Monate der VI. Provisorischen Regierung 1976 und der Antritt der konservativen Minderheitsregierung Cavaco Silva Ende 1985.

Dieses Datum markiert das Hinzutreten neuer, noch nicht vollständig erfassbarer Momente in der Auseinandersetzung um die Agrarreform: Zum einen erstarkten die von Cavaco Silva geführten konservativen Sozialdemokraten innerhalb kurzer Zeit derart, dass sie seit Juli 1987 erstmals mit absoluter Mehrheit regieren konnten.

#Die politischen Folgen für die Agrarreform werden aber frühestens nach Ablauf des Jahres 1988 - nach Inkrafttreten des neuen Agrarreformgesetzes und der neuen Verfassung - voll sichtbar werden. Zum anderen wurde Portugal 1986 Mitglied der EG, ein Schritt mit bedeutenden und zum Teil noch unübersehbaren Konsequenzen nicht nur für die Landwirtschaft, sondern für die gesamte Gesellschaft in Portugal.

1986 wurde Portugal Mitglied der EG

Im zweiten Kapitel wird der Versuch unternommen, die Bedeutung von Agrarreformen aus einer „entwicklungsstrategischen“ Perspektive zu klären, um die portugiesische Agrarreform in einen allgemeineren Rahmen einordnen zu können. Dem schließt sich ein kurzer Überblick über die Agrarstruktur im vorrevolutionären Portugal und in der späteren Agrarreformzone an, aus der die Protagonisten

der Agrarreform nicht nur deren Notwendigkeit ableiteten, sondern auch einige ihrer zum Teil heftig umstrittenen spezifischen Merkmale.

Eine Darstellung politischer Ereignisse und legislativer Maßnahmen der Jahre 1974 und 1975 erscheint nur dort möglich und sinnvoll, wo diese selbst zum Gegenstand späterer Auseinandersetzungen wurden.

Das dritte Kapitel beschreibt den Charakter der neu entstandenen Kollektivgüter und Kooperativen. Von zentraler Bedeutung für das Thema sind die in den Kapiteln vier, fünf und sechs dargestellten Veränderungen der Agrarreformgesetzgebung, die die Auseinandersetzungen der folgenden Jahre entscheidend mitbestimmt. Gleichzeitig wird versucht, die Positionen der wichtigsten politischen Parteien zur Agrarreform darzulegen.

Gegenstand des siebten Kapitels ist die praktische Anwendung des Agrarreformgesetzes durch konservativ-bürgerliche und sozialdemokratische Regierungen bis 1985.

Im achten Kapitel schließlich soll ein Ansatz zur Beantwortung der Frage gefunden werden, in welcher Weise die Auseinandersetzungen um die Agrarreform auf den Reformsektor unmittelbar zurückgewirkt haben, ob ursprüngliche Zielsetzungen von „Anhängern“ der sozialistischen Agrarreform erreicht werden konnten oder ob sich Ziele ihrer „Gegner“ realisieren ließen und inwieweit man schließlich von einer Restaurierung vorrevolutionärer Eigentumsverhältnisse sprechen kann.

Die Auswertung allein der deutschsprachigen Literatur über die Agrarreform Portugals hätte keine ausreichende Grundlage für eine befriedigende Bearbeitung des Themas dargestellt, so dass eine Heranziehung der erreichbaren portugiesischen Literatur unumgänglich war.

Unter den vom „Arbeitskreis sozialwissenschaftliche Forschung über Spanien und Portugal“ 1985 ermittelten 64 Personen, die sich in Publizistik und Forschung der Bundesrepublik mit Portugal beschäftigten, befanden sich nur zwölf Politologen, Soziologen und Geographen, die zum Schwerpunkt ihrer Arbeit die Provinz Alentejo oder die Agrarreform gewählt hatten.³ Agrarreforminteressierte in der Bundesrepublik Deutschland sind im wesentlichen auf die Veröffentlichungen von Borowczak, Vester und Jüngst⁴ angewiesen.

Der Zeitraum 1981 bis 1985 aber ist bisher weder in der deutschen noch in der portugiesischen Literatur systematisch erfasst worden. Es gibt nach wie vor keinen Gesamtüberblick über die bisherige Geschichte der Agrarreform in Portugal.

Für die portugiesische Agrarreform nach dem 25. April 1975 entscheidend waren die Jahre 1977 bis 1980 / 81, die auch den Schwerpunkt der meisten Veröffentlichungen bilden.



Anmerkungen:

- Nach der Theorie des Korporativismus sind die Interessen von Unternehmern und Beschäftigten nicht antagonistisch, sondern sie ergänzen sich. In den staatlich organisierten Korporationen werden die Partner zusammengeschlossen und es wird für einen Interessenausgleich gesorgt, so dass sich die Betriebe entwickeln und die Wirtschaft floriert.- In Anlehnung an Marcelino Passos wird der Korporativismus hier nicht als selbständige Herrschaftsform („korporativistischer Staat“) begriffen, sondern als Bestandteil faschistischer Herrschaft. Als faschistische und nicht korporativistische Diktatur bezeichnen auch einige portugiesische Parteien (PS, PCP) und deren Repräsentanten (Soares, Cunhal u.a.) sowie Sozialwissenschaftler „unterschiedlicher Provenienz das alte Regime, worauf ebenfalls

- Nach der Theorie des Korporativismus sind die Interessen von Unternehmern und Beschäftigten nicht antagonistisch, sondern sie ergänzen sich. In den staatlich organisierten Korporationen werden die Partner zusammengeschlossen und es wird für einen Interessenausgleich gesorgt, so dass sich die Betriebe entwickeln und die Wirtschaft floriert.- In Anlehnung an Marcelino Passos wird der Korporativismus hier nicht als selbständige Herrschaftsform („korporativistischer Staat“) begriffen, sondern als Bestandteil faschistischer Herrschaft. Als faschistische und nicht korporativistische Diktatur bezeichnen auch einige portugiesische Parteien (PS, PCP) und deren Repräsentanten (Soares, Cunhal u.a.) sowie Sozialwissenschaftler „unterschiedlicher Provenienz das alte Regime, worauf ebenfalls
- Für E.Rosa besteht die Aprilrevolution aus einer militärischen Erhebung, der eine Volkserhebung folgte. Vgl. Eugénio Rosa, A Reforma Agrária em Perigo (Lisboa 1977), S.33.- Ahnlich argumentiert Passos, der den 25. April als antifaschistisch-demokratische Revolution, als den „Ausgangspunkt einer mächtigen, in ihrem Ausmaß unerwarteten Eruption sozialer Bewegungen“ (Passos, a.a.O., S.484) bezeichnet.
- Vgl. Arbeitskreis sozialwissenschaftliche Forschung über Spanien und Portugal, Spanien / Portugal-Informationen Nr.2 / November 1985 (Manuskript, Frankfurt 1985)

- Gemeint sind hier vor allem: Winfried Borowczak, Agrarreform als sozialer Prozeß. Studien zum Agrarreformverhalten landwirtschaftlicher Produzenten in Portugal und Kap Verde, Bd.36, Bielefelder Studien zur Entwicklungssoziologie. Hg. Hans-Dieter Evers u.a. (Saarbrücken / Fort Lauderdale 1987).- Michael Vester, Fritz von Wedel, Karl Heisel, Wolfgang Sieber (Hg.), Die vergessene Revolution. Sieben Jahre Agrarkooperativen in Portugal (Frankfurt / M. 1982).- Peter Jüngst / Volker Jülich. Die portugiesische Agrarreform - Verlauf, regionale und ökonomisch-soziale Strukturen und Prozesse, Rahmenbedingungen, in: Jüngst, P. (Hg.), Portugal nach 1974: Regionale Strukturen und Prozesse, Bd.2, S.8-231 (Kassel 1982)



5. Die Agrarreform und die politischen Parteien in Portugal

5.1 Die Sozialistische Partei (PS)

Das Programm der PS vom Dezember 1974 formulierte unter „2.1 Die Wirtschaft in der sozialistischen Gesellschaft“ unter anderem die Notwendigkeit einer „authentischen Agrarreform“¹, die die Latifundien auslöschte und die Landwirtschaft „mit starker Hilfe des Staates“² auf die Grundlage kooperativer Assoziationen stellte, um das Land einer Selbstversorgung mit Lebensmitteln anzunähern. Als Voraussetzung für einen Erfolg war eine „grundlegende Reform der Agrarstrukturen“ - für die PS ein Bestandteil der ökonomischen Strategie des „portugiesischen Wegs des Aufbaus des Sozialismus“³ - verlangt worden.

Zu den Zielen der Agrarreform zählte das PS-Programm nicht nur die Erhöhung der Produktion und Produktivität, die Produktionsdiversifizierung und größere Bodennutzung, sondern „auch und grundlegend die Umwandlung der vorherrschenden Produktionsweise...“⁴ Produktionsziele und gesellschaftspolitisches Ziel bildeten im Programm noch eine Einheit.

Die Übertragung des Nutzungsrechts („posse útil“) am Boden auf diejenigen, die ihn bearbeiteten, betrachtete die PS als „ersten Schritt“⁵ bei der Schaffung neuer Produktionsverhältnisse. In den Regionen des Latifundiums war das „durch die Enteignung der großen landwirtschaftlichen Besitztümer und ihre Übergabe entweder an individuelle Bauern oder an Landarbeiterkooperativen“⁶ zu erreichen. In jedem Falle sollten die „kollektiven Formen der Teilnahme der Arbeiter am produktiven Prozeß“⁷ stimuliert und entwickelt werden.

Nach Barreto waren die Sozialisten wenigstens bis Oktober oder November 1975 offen für die Enteignungen und für

die verschiedenen Formen der Kooperativen und „selbst des Kollektivismus“⁸ eingetreten. Erst in der Regierung Soares unterschied die PS stärker zwischen Kollektivismus einerseits und Kooperativismus andererseits, den sie nach Barreto „unterstützte“⁹

An keiner Stelle beschränkte das Programm seine Enteignungsforderung allein auf die Absentisten. Es bezog im Gegenteil die „großen landwirtschaftlichen Gesellschaften“¹⁰, die zu nationalisieren waren, mit ein. „Formal“ hatte nach Ansicht Barretos die PS das radikalste Agrarprogramm von allen Parteien.¹¹ Auch nach dem Verfassungsentwurf, den die PS 1975 vorgelegt hatte, sollte die Agrarreform ein „wichtiges Planungsmittel beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft sein“¹²

In der Parteführung hatte sich jedoch schon 1975 „die politisch moderate Praxis über das ideologisch radikale Programm“¹³ hinweggesetzt.

Mário Soares und Salgado Zenha¹⁴ waren im Juli 1975 im Ministerrat einer Entscheidung über die Enteignungs- und Nationalisierungsgesetzgebung ausgewichen. Man hatte, wie es offiziell hieß, keine Zeit gefunden, die Projekte zu studieren.¹⁵ Soares hatte sich zu dieser Zeit nicht offen zu einer Ablehnung der Gesetze bekannt. Erst Anfang 1976 erklärte er die Reformgesetze in einer „Absetzbewegung“ zum alleinigen Werk von PCP und PPD.¹⁶

Wie ambivalent die Haltung der PS zu den Gesetzen von 1975 war, zeigt die Tatsache, dass sie sie im November 1976 wiederum für „geeignete Instrumente“ hielt, um „die Agrarreform zu verwirklichen“¹⁷, die das „portugiesische Volk in seiner Verfassung durch seine frei gewählten Repräsentanten“¹⁸ angenommen hatte, und dass sie sie im Juli 1977 erneut abwertend als „gonçalvistische Gesetze“¹⁹ titulierte.

Anmerkungen:

1 Declaração de princípios. Programa e Estatutos do Partido Socialista. Aprovada no Congresso do P.S. em Dezembro de 1974 (o.O., 1975), S.7

2 Ebenda

3 Ebenda, S.8

4 Ebenda, S.10

5 Ebenda

6 Ebenda, S.11

7 Ebenda, S.12

8 Barreto, a.a.O., S.88. – Nach Rother's Auffassung hatte sich die PS „zeitweise radikaler als der PCP“ gegeben. – Rother, a.a.O., S.98

9 Barreto, a.a.O., S.246

10 Declaração..., a.a.O., S.12

11 Barreto, a.a.O., S.100

12 Rother, a.a.O., S.133

13 Barreto, a.a.O., S.170

14 Zenha gehörte lange Zeit zum Führungskreis um Soares. Im November 1985 trat er aus der PS aus.

15 Vgl. Barreto, a.a.O., S.161 f. – Soares hatte sich erst krank gemeldet und dann erklärt, auf die Diskussion einer derartigen Frage, die jedoch Bestandteil des PS-Programms war, nicht vorbereitet gewesen zu sein. Im Februar 1976 sprach Soares dann von einer „absichtlichen“ Abwesenheit beider Politiker am Tage der Abstimmung im Ministerrat.

Dieser Tag war der Nationalfeiertag der USA und beide Sozialisten hatten, wie Zen-

ha später erklärte, US-Botschafter Carlucci besucht. Vgl. Rosa, a.a.O., S.39; vgl. Almada, a.a.O., S.307

16 Vgl. Almada, a.a.O., S.307. – PPD-Minister Magalhães Mota hatte den Gesetzen für seine Partei zugestimmt.

17 PS-Stellungnahme zum Gesetzentwurf des CDS zur Suspendierung der Agrarreformgesetze, zit. nach: Rosa, a.a.O., S.205

18 PS-Stellungnahme, zit. nach: Cardoso, Nova lei..., a.a.O., S.13

19 Salgado Zenha, zit. nach Rosa, a.a.O., S.206. – Anspielung auf Vasco Gonçalves, Ministerpräsident mehrerer Provisorischer Regierungen und der PCP nahe stehend.

5.2 Die Sozialdemokratische Partei / Volksdemokraten (PPD/ PSD)

Die PPD/PSD, die 1975 ebenfalls für Sozialismus eingetreten war, ging von der Notwendigkeit einer „Restrukturierung des Bodens“²⁰ aus. Unter ihrem Mitbegründer und Vorsitzenden Sá Carneiro, einem ehemaligen Abgeordneten der faschistischen Nationalversammlung und konservativ-liberalen Kritiker des Caetano-Regimes²¹, wurde aus der PPD rasch eine „antimarxistische Partei“, die „im wirtschaftlichen Bereich grundsätzlich marktwirtschaftliche Ideen“²² vertrat. Im Frühjahr 1976 zog sie ihre Zustimmung zu den Agrarreformgesetzen des Sommers 1975 offiziell zurück und verlangte deren Revision.²³

Die PPD versprach im Wahlkampf, die Latifundien zwar weiterhin enteignen, aber sie Familienbetrieben und „wahren Kooperativen“²⁴ übergeben zu wollen.

In einem Interview hatte Sá Carneiro erklärt, dass Agrar-

reform für ihn nicht „Kollektivierung der Böden, sondern nützliche Bewirtschaftung des Bodens“ bedeutete. Den Staat forderte er auf, „das Privateigentum an Boden“ zu respektieren und seine „übermäßige Konzentration und schlechte Nutzung“²⁵ zu bekämpfen. Für den Fall eines Wahlsiegs wurden die Privatisierung „kleiner und mittlerer Betriebe“²⁶ und die Rücknahme des Enteignungsgesetzes angekündigt.

Was die PPD vertrat, war eine kapitalistische Agrarreformvariante. Daher kritisierten ihre Politiker auch bereits im März und April 1976, d.h. wenige Wochen nach Unterzeichnung der Parteienplattform, die 50.000-Punktegrenze der Agrarreformgesetzgebung.

Die PSD-Argumente nahmen einen Teil der von Barreto (PS) 1977 gemachten Einwände vorweg: Das Punktebewertungssystem des Enteignungsgesetzes bestrafte nach Auffassung Sá Carneiros gerade diejenigen, die alles getan hatten, um den Boden produktiver zu machen²⁷, denn realisierte Bodenwertverbesserungen erhöhten die Zahl der Bodenwertpunkte, was ab 50.000 Punkten zur Enteignung führte.



Anmerkungen:

20 Barreto, a.a.O., S.164

21 Er hatte im Februar 1973 aus Protest sein Mandat niedergelegt. Auch die PPD-Führer M.Mota und Pinto Balsemão gehörten zur Gruppe der liberalen Technokraten des Estado Novo. Vgl. Passos, a.a.O., S.38

22 Herzog, a.a.O., S.446

23 Vgl. Barreto, a.a.O., S.166 f.

24 Zit. nach: Barreto, a.a.O., S.167

25 Sá Carneiro, interviewt vom Portugiesischen Rundfunk RDP, zit. nach: Almada, a.a.O., S.336 f.

26 Zit. nach: Almada, a.a.O., S.347

27 Vgl. Almada, a.a.O., S.332; S.344

5.3 Das Demokratisch-Soziale Zentrum (CDS)

Diese Kritik teilte auch das CDS, das ebenfalls den Begriff „Agrarreform“ benutzte, aber politisch und sozial am engsten gerade mit jenen Besitzstrukturen verbunden war, die die portugiesische Agrarreform zu beseitigen trachtete. Es war die Partei der Industrie und der großen Landwirte.

Sie besaß beträchtlichen Einfluss im Industriellenverband (CIP) und im CAP²⁸; es war das Sammelbecken eines Teils der Machtelite des „Estado Novo“.

Das CDS bekannte sich zum Eigentumsrecht als zu einem Naturrecht, das auf der „ontologischen und theologischen Priorität der einzelnen Menschen gegenüber der Gesellschaft“²⁹ beruhte.

Anstatt zu einer „Proletarisierung“ zu führen, sollte die Agrarreform des CDS aus jedem Arbeiter einen Besitzer machen, der sein Recht zum Vorteil gemeinsamen Wohls nutzte.

Diese neuen Besitzbauern hätten allerdings ihre Eignung

erst drei Jahre unter Beweis stellen müssen, bevor das CDS bereit gewesen wäre, ihnen endgültig das Land zu überlassen.³⁰

Wenn das CDS das Latifundium auch nicht offen verteidigte, sondern ebenfalls im Namen der Agrarreform sprach, so war es doch der erbittertste Gegner des Kollektivsektors. Es beklagte, dass man mit der Agrarreform schon vor Konstituierung der Verfassungsgebenden Versammlung im Frühjahr 1975 begonnen hatte.³¹ Es verlangte folglich schon Ende 1976 die Suspendierung der entsprechenden Gesetze.³² Dem war freilich noch kein Erfolg beschieden, denn die Situation war, wie Cardoso bemerkte, „noch nicht reif, es war nicht der opportune Moment. Das Kräfteverhältnis war nicht günstig für eine solche Entscheidung.“³³

Gesellschaftliche Verbündete im Alentejo, wo das CDS erst Anfang 1976 organisatorisch Fuß fassen konnte³⁴, waren der CAP, der in der Absicht, die Differenzen in der PS zu vertiefen, Cardoso stets heftig attackiert und Soares gleichzeitig „unterstützt“³⁵ hatte, und Teile der katholischen Kirche, die in einer Erklärung der Erzdiözese Évora vom 17. Januar 1976 die „wilden Besetzungen“ als „am Rande des Gesetzes“ und „im Dienste spekulativer Parteiinteressen“³⁶ stehend verurteilt hatte.

Anmerkungen:

28 Vgl. Herzog, a.a.O., S.448

29 Stellungnahme des Sekretariats für Agrarpolitik des CDS, a.a.O.

30 Vgl. Barreto, a.a.O., S.167

31 Vgl. Stellungnahme des Sekretariats für Agrarpolitik des CDS, a.a.O

32 Im November hatte das CDS einen Gesetzentwurf zur Suspendierung der Agrarreformgesetze vorgelegt, der mit 126 Stimmen (PS, PCP, UDP) gegen 81 Stimmen (CDS, PSD) zurückgewiesen wurde. Vgl. Cardoso, Nova lei..., a.a.O., S.12; vgl. Rosa, a.a.O., S.205

33 Cardoso, Nova lei..., a.a.O., S.12

34 Vgl. Barreto, a.a.O., S.114. – Das CDS veranstaltete erst im März sein erstes Treffen in Évora. Vgl. Almada, a.a.O., S.236

35 Vgl. Almada, a.a.O., S.317; vgl. Cardoso, Cadernos..., a.a.O., S.53

36 Moçâo do clero da arquidiocese de Évora, Janeiro de 1976, zit. nach: Barreto, a.a.O., S.187. – Zur Haltung des Episkopats vgl. auch Acácio Ferreira Catarino, Cristãos face à Reforma Agrária: “materialismo” cristão em perspectiva?, in: Economia e Socialismo, Nr. 38 (1979), S.3 ff. (S.16)

5.4 Die Kommunistische Partei (PCP)

Die PCP war nicht nur aktiver Teilnehmer der Auseinandersetzungen um den Agrarreformprozeß, sondern wegen ihrer Verankerung unter den Landarbeitern der Latifundienzone zugleich auch selbst Gegenstand dieser Auseinandersetzungen.

Kritiker der PCP, die sich mit der Agrarreform verbunden fühlten, neigten oft dazu, den von der PCP selbst behaupteten kommunistischen Anteil an Landbesetzungen und Kollektivgütergründungen³⁷ zu relativieren oder überhaupt in Abrede zu stellen, während Gegner der Agrarreform diesen Anteil überdimensioniert erscheinen ließen, um der Gegenreform eine Legitimitätsgrundlage zu verschaffen.³⁸

Beide Sichtweisen erfassen jedoch nur Teilwahrheiten, da sich der kommunistische Einfluss nicht widerspruchsfrei durchsetzte und organisatorisch autonomes Handeln der Landarbeiterbewegung keinen starren Gegensatz zu ihrer kommunistischen ideologischen Lenkung darzustellen brauchte. Beide Sichtweisen ließen weitgehend unberücksichtigt, dass es für Agrarreform und Landbesetzungen nicht nur subjektive, sondern auch objektive Voraussetzungen gab.

Zu den objektiven und von den Kommunisten gänzlich unbeeinflussbaren Bedingungen zählte die Realität der Latifundienwirtschaft, die Unterdrückung und Elend produzierte und ein Entwicklungshemmnis darstellte.

Nur auf dieser objektiven, von sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen gebildeten Grundlage konnten auch die subjektiven, von der PCP beeinflussbaren und seit Jahrzehnten beeinflussten Voraussetzungen für die Landbesetzungen entstehen.

Seit 1954 hatten die Landarbeiter unter der Losung „Den Boden denjenigen, die ihn bearbeiten“³⁹ gekämpft. Die PCP, die nach 1974 die einzige Partei war, die auf eine bis in die I. Republik zurückreichende Geschichte verweisen konnte, hatte im Alentejo vom Mai 1947 bis in die sechziger Jahre ihre illegale Zeitung „O Camponês“ (Der Bauer) und andere Publikationen verbreitet.⁴⁰

Sie benutzte erstmals 1947 den Begriff Agrarreform, worunter sie zunächst die Aufteilung der Latifundien an Landarbeiter, Kleinbauern und Kleinpächter verstand.⁴¹ Wenn Eisfeld feststellt, die PCP sei in der Tradition des Widerstands „fest eingebettet“ gewesen und habe sich als glaubwürdig erwiesen, „weil ihre Funktionäre die persönlichen Opfer der Landarbeiterchaft über Jahrzehnte“⁴² geteilt hatten, dann lagen die Anfänge dieser Tradition in jenen Jahren.

Dabei beeinflusste die PCP einerseits zwar die Landarbeiterkämpfe um Arbeit, Arbeitszeitverkürzung und Löhne durch ihre organisatorische Unterstützung und durch die Artikulierung und Vereinheitlichung politischer und sozialer Forderungen, andererseits entwickelte sie ihrerseits unter dem Einfluss dieser Bewegung mit „anarchosyndikalistischer Grundtradition“⁴³ ihre Agrarreformprogrammatik weiter bis zu jenem Programm von 1965⁴⁴, in dem sie der individuellen Bodennutzung im Süden schließlich eine Absage erteilte und ihre Konzeption auch geographisch spezifizierte, d.h. den unterschiedlichen Bedingungen im Norden und Süden stärker Rechnung trug.⁴⁵ Aber auch die dort entwickelten Vorstellungen von Bauernkooperativen und Staatsgütern⁴⁶ sollten schließlich 1974/75 unter dem Einfluss der Bewegung modifiziert werden.

Die PCP nahm die alentejanische Landarbeiterkultur in sich auf und wirkte auf sie zurück. „Der Kommunismus ist im Alentejo eine kulturelle Tatsache, und als kultureller Fakt war er Ausdruck eines tiefen Gleichheitsgefühls“, meint Pereira. „Dieses Gefühl durchtränkte auf eine kollektive Weise das Leben vieler Männer und Frauen, von ganzen Dörfern. Der Beitritt zur Partei war hier keine in einer feindlichen Umwelt realisierte Option, sondern das Ergebnis einer Tradition, der man sich anschloss, weil nur sie einem brutalen Leben etwas Hoffnung und Sinn gab.“⁴⁷

Als 1974 durch Arbeitslosigkeit, Wirtschaftssabotage der Grundbesitzer⁴⁸ und politische Radikalisierung als Folge der Märzeignisse 1975⁴⁹ die politischen Bedingungen für die Landbesetzungen herangereift waren, bedurfte es nicht der „physischen“ Anwesenheit der PCP, um die Okkupationen durchzuführen. Und trotzdem waren die Besetzungen auch keine spontanen Aktionen. Sie bereiteten sich vor in den Diskussionen innerhalb der Landarbeitergewerkschaft und der Arbeiterkommissionen der einzelnen Landgüter.⁵⁰

Mochte die Rolle dieser stark kommunistisch beeinflussten Landarbeitergewerkschaft auch „entscheidend“⁵¹ gewesen sein im Prozess der Bodenbesetzung, so war das mit ihrer Hilfe realisierte Ziel der Bewegung doch keineswegs von außen aufgedrängt worden, sondern entsprach der Mentalität und Bereitschaft der Arbeiter und der Dynamik ihrer Bewußtseinsentwicklung nach dem 25. April 1974.

Enteignungen hatten spätestens seit 1918 zu den Forderungen des alentejanischen Landproletariats gehört⁵²; Landbesetzungen und Ansätze zu kooperativen und kollektiven Produktionsformen hatte es bereits 1912 in den Gemeinden Vera Cruz und Amieira und 1918 in Vale de Santiago im Kreis Odemira gegeben.⁵³ Die Kämpfe um Arbeit und Lohn während der Diktatur bedeuteten eine „systemangepaßte Einschränkung und Akzentuierung latent viel weitergehenden

der Anliegen der Landarbeiter“⁵⁴, die mit der Revolution Raum für ihre Verwirklichung fanden.

Die Suche nach einer minimalen Beschäftigungsgarantie war unmittelbare Ursache der ersten Besetzungen; Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung waren die großen Beschleuniger der Bewegung.⁵⁵ Die PCP als „Bestandteil der alentejanischen Kultur“⁵⁶ war der hauptsächliche Förde-

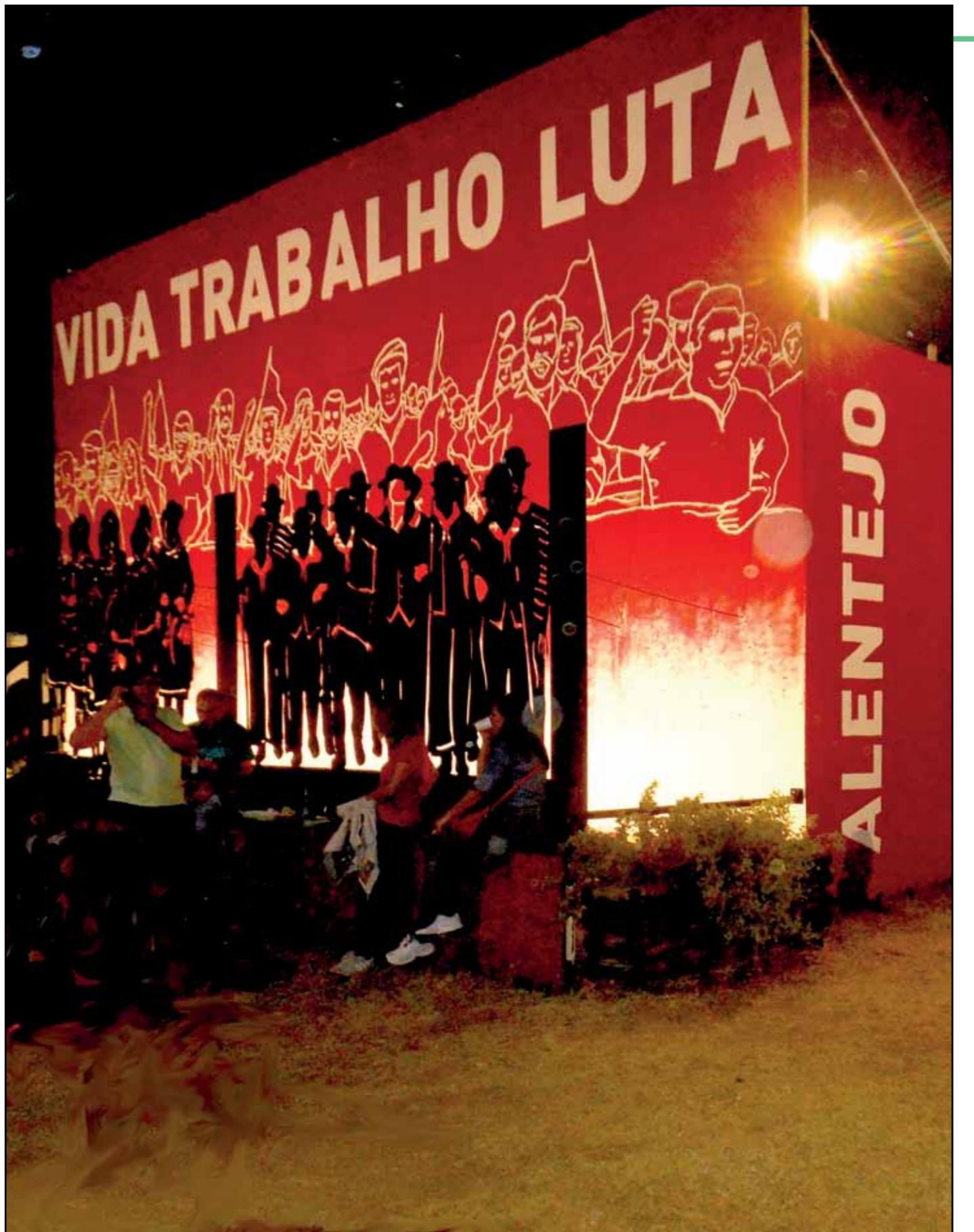
rer der nach der Revolution neu entstandenen Landarbeitergewerkschaften⁵⁷; sie identifizierte sich mit der Agrarreform und den Kollektiveinheiten und ein großer Teil der Arbeiter identifizierte sich mit ihr.⁵⁸

Ihr Beitrag zum Agrarreformprozess war gewiss grundlegend, die Ursache dieses Prozesses war die PCP jedoch nicht.



Anmerkungen:

- 37 Vom Selbstverständnis der PCP zeugen unter anderem Cunhals Ausführungen vom Juli 1976: „Im Winter 1974/75, angesichts der kriminellen Sabotage durch die Grundherren, ... haben die Arbeiter, organisiert in ihren Gewerkschaften und voran ihre Partei, den Vormarsch begonnen, die Ländereien besetzt und sie kultiviert.“ Cunhal, Zur portugiesischen Revolution, a.a.O., S.102
- 38 So hatte Barreto in einer Fernsehansprache Ende 1976 erklärt, militante KP-Mitglieder und nicht Arbeiter hätten die illegalen Landnahmen durchgeführt. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (10.12. 1976). – Nach Vester führte eine „doppelte Mythologisierung sozialer Realität“ beispielsweise bei Barreto zur Wahrnehmung der Agrarreform als „Fortsetzung eines kommunistischen Machtapparates“, während einige ihrer „unkritischen Freunde“ die Agrarreform als „Idealdemokratie“ betrachteten. Vester, Sozialismus..., a.a.O., S.413 f. – Innerhalb der PS gab es Vertreter beider Standpunkte, wie die Abgeordnete Carmelinda Pereira 1977 bewies, die der PCP vorwarf, sich den Besetzungen widergesetzt zu haben. Vgl. Arbeitsgruppe (Hg.),, a.a.O., S.139
- 39 Vgl. Comissão (Hg.), a.a.O., S.182
- 40 Vgl. Pereira, a.a.O., S.165
- 41 Vgl. ebenda, S.175
- 42 Eisfeld, a.a.O., S.84
- 43 Vester, Die sanfte Revolution..., a.a.O., S.85. – Die anarchistisch beeinflussten Landarbeitergewerkschaften hatten in der I. Republik die Kollektivierung ohne Aufteilung propagiert, die PCP jedoch die Aufteilung an Landarbeiter und Bauern. Der VI. Landarbeiterkongress in Santarém 1925 hatte die Sozialisierung des Agrareigentums gefordert. Vgl. Carvalho, a.a.O., S.730
- 44 Kurs auf den Sieg. Die Aufgaben der Partei in der demokratischen und nationalen Revolution (Berlin / DDR 1981)
- 45 Vgl. Pereira, a.a.O., S.183
- 46 Vgl. Kus auf den Sieg, a.a.O., S.61
- 47 Pereira, a.a.O., S.224
- 48 Die Weltbank-Studie geht in diesem Zusammenhang von einer „ganz offensichtlichen“ Dekapitalisierung des Sektors aus. – World Bank (Hg.), a.a.O., S.172; vgl. auch Borowczak, a.a.O., S.142; vgl. Eisfeld, a.a.O., S.85
- 49 Gemeint ist der Putschversuch vom 11. März 1975, in den der ehemalige Präsident Spínola verwickelt war.
- 50 Vgl. Comissão (Hg.), a.a.O., S.183
- 51 Barreto, a.a.O., S.295
- 52 Vgl. Borowczak, a.a.O., S.57; vgl. Jüngst / Jülich, a.a.O., S.32
- 53 Vgl. Carvalho, a.a.O., S.730. – Francisco Mestre, Teilnehmer der Besetzung 1918 bei Odemira: „Niemand sprach davon, Böden zu teilen, weder vorher noch an diesem Tag.“ Zit. nach: Carvalho, ebenda
- 54 Jüngst / Jülich, a.a.O., S.32
- 55 Vgl. Cardoso, Nova lei, a.a.O., S.8
- 56 Vester, Die sanfte Revolution..., a.a.O., S.111
- 57 Vgl. Barros, a.a.O., S.108
- 58 Anfang der achtziger Jahre waren fast fünf Prozent der portugiesischen Landarbeiter in der PCP. 1985 zählte die Partei über 200.000 Mitglieder, von denen allein im Alentejo 30.000 registriert waren. Von diesen waren 47% Landarbeiter. Vgl. Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 11, 24.Jg. (1981), S.1505; vgl. Álvaro Cunhal, Faléncia da Política da Direita do PS (1983-85), Discursos Políticos 20, Vol. II, S.358



6. António Barreto und die Phase der legislativen Gegenrevolution

6.1 Beginn der Auseinandersetzungen auf ökonomischem Gebiet: Kreditpolitik, Reservenvergabe und Korkgesetz

Die Amtszeit António Barretos signalisierte den Beginn einer Phase der legislativen Gegenrevolution, die bis heute nicht abgeschlossen ist.

Cardosos Nachfolger war sich mit Soares darin einig, „die PCP-Vorherrschaft im Alentejo zu brechen, den Alentejo zu befreien.“¹ In einer Fernsehansprache nach seiner Amtsübernahme versicherte der neue Minister - einst selbst Mitglied der PCP², nun „Anhänger der freien Marktwirtschaft“³, die Bodenumverteilung in „Freiheit und Gerechtigkeit“⁴ fortführen zu wollen. Sehr schnell erkannten Barreto und sein Staatssekretär für Agrarstrukturierung, Carlos Portas, deren erklärt Ziel es war, der Agrarreform den „kollektiven Charakter“⁵ zu nehmen, in der Kreditpolitik das geeignete Instrument, die Auseinandersetzung mit den UCP's zu führen.

Anlaß dazu bot der sogenannte „Crédito Agrícola de Emergência“ (CAE), der Dringlichkeitskredit, der am 23. Mai 1975 durch „decreto-lei“ 251/75 geschaffen worden war und ursprünglich als Hilfe für kleine und mittlere landwirtschaftliche Produzenten gedacht war.⁶

Dieser Kredit wurde durch ein weiteres Gesetz der IV. Provisorischen Regierung⁷ wenig später auch den neuen Produktionseinheiten für landwirtschaftliche Zwecke zugesichert.⁸

Die Gesetze von 1975 hatten zwar die rechtliche Grundlage für Besetzungen und Enteignungen geschaffen, in Wirklichkeit stagnierte jedoch zu jener Zeit der gesamte Agrarreformprozeß, weil die Arbeiter, die Betriebe besetzt hatten oder zu besetzen beabsichtigten, über keine Finanzmittel zur Begleichung von Verwaltungs- und Lohnkosten verfügten.⁹ Für diese Zwecke gab es keine Geldreserven, und Löhne durften aus Mitteln des CAE nicht finanziert werden. Da sich in der Landwirtschaft Erlöse erst spät realisieren, fehlten die materiellen Voraussetzungen, die den UCP's das Überleben bis zur nächsten Ernte sichern konnten.¹⁰ Dieses Überleben war jedoch Bedingung für die tatsächliche Verwirklichung der beschlossenen Gesetze und des Agrarreformprojekts. Das Problem wurde durch eine Verfügung António Bicas (PCP), damals Staatssekretär im MAP, gelöst, der den in dieser Frage unentschlossenen Cardoso vor vollendete Tatsachen stellte und am 29. September 1975 den CAE auch für Lohnzahlungen öffnete.¹¹

Bicas „geschickter Schachzug“¹² hatte zunächst zur Fol-

ge, dass Cardoso ihm Kompetenzen entzog, die Verfügung wurde jedoch durch die Gesetzesdekrete 541-B/75 (CAE für Löhne in UCP's) und 586/75 (CAE für Löhne in klein- und in mittelbäuerlichen Betrieben) bestätigt, die auf den September vordatiert, aber erst am 13. bzw. am 20. Oktober veröffentlicht wurden.¹³ Auch Cardoso hatte wenig später offen anerkannt, dass ohne diese Maßnahme die neuen Produktionseinheiten weder den Notwendigkeiten der Produktionsfaktoren (Saatgut, Dünger) noch denen des Überlebens hätten trotzen können.¹⁴

Der Crédito Agrícola CAE wurde von Banken gewährt und vom Staat garantiert

Er hatte eine Laufzeit von bis zu einem Jahr und niedrigere Zinsraten als der „Allgemeine Landwirtschaftskredit“ (CAG).¹⁵ Von diesem waren die UCP's von vornherein ausgeschlossen, da sie als Nichteigentümer von Land keine Sicherheiten bieten konnten.¹⁶ Die Öffnung des CAE für Lohnzahlungen entsprach der Logik des begonnenen Prozesses, stieß aber auf Widerspruch bei Kräften, die darin lediglich einen Anreiz für weitere Besetzungen sahen. In der Tat war nach der Kreditöffnung im Oktober so viel Fläche besetzt worden wie in keinem Monat zuvor.¹⁷ Barreto hatte dies dazu veranlasst, den Kredit von einer ‚Finanzhilfe zur Kooperativgründung‘¹⁸ in ein „Instrument der Selektion seitens der politischen Macht“¹⁹ umzuwandeln.

Weil ihnen der Zugang zu mittel- und langfristigen Krediten verwehrt war, hatten die UCP's den CAE teilweise auch für nur mittel- und langfristig amortisierbare Investitionen verwandt.²⁰ Es war ihnen aber insgesamt nach Einschätzung der Autoren der Weltbank-Studie gelungen, die Leistung „des traditionellen Latifundiums mit wenig mehr als dem Dringlichkeitskredit“²¹ zu übertreffen. Dennoch fehlten den UCP's die materiellen Voraussetzungen für weiteren „raschen Fortschritt.“²²

Gerade die von der Agrarreform geforderte Intensivierung der Produktion und Diversifizierung der Kulturen verlangte aber „erhebliche, vor allem auch kontinuierlich fortgesetzte Investitionen.“²³

Unter Barreto verweigerte das MAP jedoch nicht nur die staatliche Hilfe für diese notwendigen Investitionen, sondern es bestrafte die Betriebe, die Mittel des CAE für diese Aufgaben „zweckentfremdet“ hatten. Auf diese Weise wurde letztendlich nicht nur der Fortgang der Agrarreform behindert, sondern auch eine im nationalen Interesse liegende Produktionssteigerung erschwert.

Das MAP entzog erstmals am 20. Dezember 1976 sieben Kollektivgütern den CAE, weil sie Vorbehaltsgland nicht

innerhalb der vorgegebenen Frist ausgeliefert hatten.²⁴ Streiks gegen Reserveübergaben galten Barretos Staatssekretär Carlos Portas als Beweis, dass sich die UCP's nicht um rentable Nutzung der Kredite kümmerten.²⁵

Eine am 12. Januar 1977 erlassene Verfügung zwang die UCP's, „technische“ Anfragen des MAP über die Verwendung des CAE zu beantworten.²⁶ Durch „decreto-lei“^{58/77} vom 21. 2. 1977 wurde die sofortige zwangsweise Schuldenbegleichung für jene Kollektivgüter angeordnet, die den CAE „unpassend genutzt“²⁷ hatten.

Wie Barretos spätere Darstellung zeigt, war ihm bewusst, dass sich die ökonomische Situation der meisten UCP's ohne das „Verständnis“ des Staates Ende 1976 „in eine Katastrophe verwandeln“²⁸ konnte.

Nach Angaben der II. Agrarreformkonferenz 1978 waren bis Herbst 1977 4,5 Millionen Contos an Krediten vergeben worden, wovon zwei Drittel für Lohnzahlungen verwandt wurden, was die Hälfte der Lohnsumme abdeckte.²⁹ 1976 waren 26% der Investitionen des Kollektivsektors über Kredite finanziert worden.³⁰ Die Investitionshöhe insgesamt belegte nach Ansicht Borowczaks, „dass die Landarbeiter in den ersten Jahren der Agrarreform sich deutlich für Investitionen anstatt für eine schnelle Erhöhung der Löhne und damit des eigenen Lebensstandards entschieden“³¹ hatten.

Als eine Provokation mußte daher Barretos Behauptung empfunden werden, dass im Süden gegessen wurde, was im Norden produziert worden war.³² Derartige Angriffe diskreditierten den Kollektivsektor in der Öffentlichkeit und zielten auf die moralische Zermürbung der dort Beschäftigten. Gleichzeitig wurde der Eindruck erweckt, die UCP's wären zur Rückzahlung der Kredite nicht in der Lage gewesen³³; der Sektor wurde dargestellt als Fass ohne Boden, unfähig zu rentabler Wirtschaft.

Dem widersprachen Angaben der UCP's, nach denen von den bis zum 31. 8. 1976 aufgenommenen 2,5 Millionen Contos bis zum 31. 8. 1977 2,2 Millionen Cto. zurückerstattet worden waren.³⁴ Lohnzahlungen aus CAE-Mitteln waren seit dem 29. 12. 1976 nur noch im Falle derjenigen Arbeiter gestattet, die am 1. November als festangestellte landwirtschaftliche Arbeitskräfte beschäftigt waren. Mechaniker, Buchhalter und anderes Personal schloss das ebenso aus wie Saisonarbeiter.³⁵ Dafür erlaubte „decreto-lei“ 56/77 vom 18. 2. 1977, die „reservatários“, die Vorbehaltlandempfänger, in die CAE-Vergabe einzubeziehen.³⁶

Die UCP's wurden immer abhängiger vom Wohlwollen des MAP. Es kam vor, dass Betrieben der Kredit gesperrt wurde, weil man ihnen Missachtung des Ministeriums

vorwarf. Einer UCP wurde der Kredit gekürzt, weil ein Arbeiter einen Funktionär des MAP beleidigt hatte.³⁷ Von Kreditkürzungen waren allein im Distrikt Évora 70% der UCP's betroffen.³⁸ Im Juni 1977 waren 33 UCP's völlig von Krediten abgeschnitten.³⁹

Mit der selektiven Kreditvergabe wurde der Versuch verbunden, die Autonomie der neuen Produktionseinheiten einzuschränken. Bitten der UCP's auf Umwandlung eines Teils der CAE-Kredite in mittlere und langfristige Kredite wurde nicht entsprochen.⁴⁰

Die Rigorosität der Kreditpolitik der Regierung stand in krassem Gegensatz zur Generosität, mit der man über die Schulden der Großagrarier hinwegging, deren genaue Höhe keine Regierung jemals bekannt gegeben hatte. Nach Rosa belieben sie sich auf 20 Mio. Contos.⁴¹ Die Großgrundbesitzer hatten nach Angaben Henrique de Barros, des „Nestor(s) der portugiesischen Agrarökonomie“⁴² und Vertreters eines agrarkapitalistischen Wegs, ihren Anbau oft mit Staatsmitteln finanziert, diese aber nie zurückerstattet.⁴³ Gleichermaßen galt für die von der Diktatur zum Bewässerungsbau gewährten Darlehen.⁴⁴

Die Rigorosität der Kreditpolitik

Der am 13. Mai 1977 veröffentlichte Normativerlaß 113/77 eröffnete auf Beschluss des Ministerrats eine neue Kreditlinie für die Landwirtschaft. Zur Förderung der Viehzucht wurden eine Million Contos bereitgestellt. Das Land wurde in Regionen aufgeteilt, in denen jeweils nur bestimmte Kategorien gefördert werden sollten. Im Alentejo wurden nur die Rindfleischproduktion und die Ziegen- und Schafhaltung für förderungswürdig gehalten. Das hieß aber nichts anderes, als dass die wirtschaftlich und sozial so bedeutsame Milchproduktion als Intensivviehzucht, die relativ qualifizierte Arbeitskräfte verlangt und arbeitsintensiv ist, von staatlicher Unterstützung ausgeschlossen wurde.⁴⁵

Die Regierung beschränkte sich nicht darauf, den Kollektivgütern den Zugang zu Krediten zu versperren, sondern sie entzog den Betrieben auch Kapital aus ihren Einkünften, um damit Entschädigungen für die Arbeiter zu finanzieren. Das war der Fall beim sogenannten Korkgesetz „decreto-lei“⁴⁶ 260/77 vom 21. 6. 1977, das die UCP's verpflichtete, die gesamten Erträge aus dem Korkverkauf beim Institut für Forstprodukte (IPF) zu hinterlegen. Ohne die Erlaubnis und die Kontrolle des Instituts durften die UCP's, für die die Erlöse aus dem Korkverkauf oft eine sehr bedeutende Einnahmequelle darstellten⁴⁷, keinen Kork verkaufen.

Selbst für den Transport musste eine schriftliche Genehmigung vorliegen. Erstattet wurden den Kooperativen nur

35% des Verkaufserlöses; vom Rest sollten die Schulden der ehemaligen Eigentümer beim Staat oder den nationalen Kreditinstituten beglichen werden.⁴⁸

Die feindselige Haltung gegenüber dem Kollektivsektor und die staatliche Einmischung behinderten die Amortisierung von Krediten und die Realisierung von Investitionen. Diese Politik stand in völligem Gegensatz auch zu der von der Weltbank zugunsten des Kollektivsektors empfohlenen Kreditpolitik.⁴⁹ Dabei hatte es sogar im Bereich des Möglichen gelegen, „erhebliche Mittel“⁵⁰ für den Sektor von dieser Institution zu erhalten.

Ende 1976 gab es 2.000 Anträge auf Vorbehaltland.⁵¹ Obwohl noch Land zu enteignen war⁵² und weiterhin die auf der Parteienplattform basierenden Gesetze in Kraft waren, missachtete das MAP in zunehmendem Maße die dort für Reservenübergaben festgelegten Regeln und brachte einzelne UCP's in eine kritische, oft existenzbedrohende Lage.

Extreme Beispiele wie das der UCP „São Pedro da Pipeira“, die von ihren 54.883 Punkten 53.077 als Reserve abgeben sollte⁵³, zeigten, dass den Interessen der neuen Produktionseinheiten von der sozialistischen Regierung nur noch wenig Bedeutung beigemessen wurde.

Rosa nennt vierzig Beispiele, in denen Reserven mehr als 50.000 Punkte zählten; in denen anderes, noch vorhandenes Landeigentum der „reservatários“ unbeachtet geblieben oder die Wirtschaftsinteressen der UCP's ernsthaft beeinträchtigt worden waren. Es fanden auch Übergaben an Personen statt, die niemals etwas mit Landwirtschaft zu tun hatten. Selbst Verstorbene erhielten Reserven.⁵⁴ In anderen Fällen wurde Vorbehaltland gewählt, in das UCP's bereits investiert hatten. Die normative Verordnung 145/77 vom 30. Mai bestimmte, dass neben der „reserva“ auch zugehörige Maschinen und industrielle Einrichtungen auszuliefern waren. Nicht selten konnten auf diese Weise Agrarier alte Maschinen durch neue ersetzen.⁵⁵

Anmerkungen:

- 1 Rother, a.a.O., S.227
- 2 Vgl. Carlos Costa, Der Weg zur Wiedergeburt der portugiesischen Wirtschaft. Zu den Ergebnissen der Nationalkonferenz der PKP, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 10, 20.Jg. (1977), S.1343 ff. (S.1344)
- 3 Frankfurter Allgemeine Zeitung (10.12.1976)
- 4 Ebenda
- 5 Rother, a.a.O., S.228
- 6 Vgl. Vitor Louro, Crédito Agrícola – A política após o 25 de Abril, in: EC Economia, Nr.47, 9.Jg. (1984), S.4 ff. (S.4)
- 7 „Decreto-lei“ 406-B/75 vom 29.7.1975
- 8 Vgl. Borowczak, a.a.O., S.161
- 9 Vgl. Hanke, a.a.O., S.72
- 10 Vgl. Bica, Cadernos..., a.a.O., S.38
- 11 Vgl. Rosa, a.a.O., S.43
- 12 Borowczak, a.a.O., S.166.
- 13 Vgl. Rosa, a.a.O., S.43 f.
- 14 Vgl. Borowczak, a.a.O., S.170 f.
- 15 Der CAE-Zinssatz lag bei 6,5% und der des CAG bei 9,25%. Vgl. ebenda, S.170 f.
- 16 Vgl. ebenda
- 17 Vgl. Barreto, a.a.O., S.111
- 18 Eisfeld, a.a.O., S.83
- 19 Bandarra / Jazra, a.a.O., S.34
- 20 Vgl. Borowczak, a.a.O., S.191
- 21 World Bank (Hg.), a.a.O., S.175
- 22 Ebenda
- 23 Jüngst / Jülich, a.a.O., S.135
- 24 Vgl. Louro, Crédito ..., a.a.O., S.7
- 25 Vgl. ebenda
- 26 Vgl. ebenda, S.8
- 27 „Decreto-lei“ 58/77, zit. nach: Louro, Crédito..., a.a.O., S.10
- 28 Barreto, a.a.O., S.321
- 29 Vgl. Jüngst / Jülich, a.a.O., S.128
- 30 Vgl. Borowczak, a.a.O., S.245
- 31 Ebenda, S.246; vgl. auch Bandarra / Jazra, a.a.O., S.32
- 32 Vgl. As nacionalizações..., a.a.O., S.84
- 33 Vgl. Barreto, a.a.O., S.243. – Auch nach Balabanian waren von den bis zum 23.9.1978 vergebenen 8,5 Mio. Cto. des CAE sechs Millionen unwiderruflich verloren, davon fünf Millionen aus der ZIRA. Vgl. Balabanian, a.a.O., S.287
- 34 Vgl. Jüngst / Jülich, a.a.O., S.128
- 35 Vgl. Louro, Crédito..., a.a.O., S.7; vgl. Borowczak, a.a.O., S.183
- 36 Vgl. Louro, Crédito..., a.a.O., S.9. – Nach Balabanian entfielen von den bis 23.9.1978 in die ZIRA geflossenen 6,429 Mio. Cto. auf private Kreditnehmer 7,78%. Vgl. Balabanian, a.a.O., S.287
- 37 Vgl. Rosa, a.a.O., S.110 f.
- 38 Vgl. ebenda, S.72
- 39 Vgl. Borowczak, a.a.O., S.183
- 40 Vgl. Mirando, a.a.O., S.52
- 41 Vgl. Rosa, a.a.O., S.88
- 42 Borowczak, a.a.O., S.159
- 43 Vgl. Baptista, Lei 77/77..., a.a.O., S.6
- 44 Vgl. Hanke, a.a.O., S.41
- 45 Vgl. Arbeitsgruppe (Hg.), a.a.O., S.123 f.; zur Bedeutung der Milchwirtschaft vgl. Sá, a.a.O., S.751
- 46 Kork machte ca. 50% des Bruttonprodukts der Betriebe aus. Vgl. Hanke, a.a.O., S.97
- 47 Vgl. Rosa, a.a.O., S.87ff.; vgl. Arbeitsgruppe (Hg.), a.a.O., S.124 f.; vgl. Jüngst / Jülich, a.a.O., S.129
- 48 Vgl. World Bank (Hg.), a.a.O., S.48
- 49 Jüngst / Jülich, a.a.O., S.136
- 50 Vgl. Arbeitsgruppe (Hg.), a.a.O., S.48
- 51 36% der möglichen Flächen waren bei Amtsantritt Barretos noch zu enteignen. Er enteignete aber bis September 1977 nur 13.533 ha (1%). Vgl. Borowczak, a.a.O., S.184
- 52 Vgl. Rosa, a.a.O., S.67
- 53 Vgl. ebenda, S.58 ff.
- 54 Vgl. Arbeitsgruppe (Hg.), a.a.O., S.124; vgl. Rosa, a.a.O., S.95

6.2 Das „lei-Barreto“ und die Wandlung der politischen Philosophie

Zum Kernstück der legislativen Wendepolitik wurde im Sommer 1977 das nach dem Landwirtschaftsminister benannte „lei-Barreto“, dessen offizielle Bezeichnung „Gesetz der Allgemeinen Grundlagen der Agrarreform“ (lei 77/77)⁵⁵ lautete und das die Agrarreformgesetze des Sommers 1975 endgültig ablöste. Nachdem mit der Parteienplattform die Agrarreform auf die ZIRA begrenzt worden war, wurde nun die Dominanz des kollektiven Sektors auch innerhalb der Agrarreformzone in Frage gestellt. Barreto war Gegner einer „Agrarreform mit sozialistischen Vorzeichen“⁵⁶

Das Gesetz der Allgemeinen Grundlagen der Agrarreform war eine „Kriegserklärung an die PCP“

Seine Agrarreformkonzeption orientierte auf die Schaffung eines „modernisierenden Agrarkapitalismus“⁵⁷ durch die Förderung mittelgroßer landwirtschaftlicher Privatbetriebe.

Gestützt auf eine Übereinkunft der PS-Spitze mit der PSD⁵⁸ und begleitet von freundlichen Kommentaren des CAP, der Barreto „eine interessante Politik der Annäherung an die Realitäten“⁵⁹ bescheinigte, wurde das Gesetz, nach den Worten des CDS-Führers Lucas Pires „eine Kriegserklärung an die Kommunisten“⁶⁰, am 10. August 1977 mit der Mehrheit von Sozialisten und Sozialdemokraten verabschiedet.

Außer der PCP stimmten auch drei Sozialisten - Lopes Cardoso, Brás Pinto und Vital Rodrigues⁶¹ - gegen das Gesetz. Für Brás Pinto, Agraringenieur und Kooperant der Kooperative von Zambujal im Kreis Palmela, brachte das Gesetz eine „radikale Wandlung der politischen Philosophie“⁶² und die Aufgabe der antikapitalistischen Aspekte der alten Agrarreformgesetze.

Nach Lopes Cardosos Einschätzung ging es um die Schaffung eines „legalen Apparates“⁶³, um die Auslieferung des Alentejo an die Arbeiter zu verhindern. Er kritisierte die PS, weil sie dem Projekt der PCP keine Alternative entgegenzusetzen wusste, sondern eine Politik verfolgte, die sie stets verbal verurteilt hatte, nun aber in der Praxis übernahm: Sie bediente sich der Agrarreform als Instrument für ihr eigenes politisches Projekt, das nicht mehr das eines auf freier und realer Selbstverwaltung beruhenden Sozialismus war, sondern nach Cardosos Auffassung auf Wiedereroberung und Konsolidierung einer kapitalistischen Gesellschaft abzielte.⁶⁴

Der PS-Abgeordnete Jaime Gama hatte das „lei-Barre-

to“ in einen betont antikommunistischen Zusammenhang gestellt. Seine Parlamentsrede gegen den „latifundistischen Kommunismus“ enthielt unter anderem auch ein Bündnisangebot an die Parteien rechts der PS:

„Die Sozialistische Partei hat wiederholt bestätigt, dass sie nicht das Monopol des Kampfes gegen den Gonçalvismus besitzt... Die Annahme des Gesetzes über die 'Allgemeinen Grundlagen der Agrarreform' ist eine der letzten Etappen dieses Kampfes...“⁶⁵

Zu den ökonomischen Aspekten dieses Kampfes zählte die Absicht, durch Förderung kapitalintensiver kapitalistischer Betriebe zur Intensivierung, Diversifizierung und Modernisierung der Landwirtschaft beizutragen, um auf dieser Grundlage Produktion und Produktivität zu erhöhen. An diesen Zielvorgaben – politische Überwindung des PCP-Einflusses, ökonomische Überwindung landwirtschaftlicher Rückständigkeit - sollten sich die späteren Auswirkungen des Gesetzes messen lassen.

Den in den Artikeln 22-49 festgelegten Einschränkungen der Enteignungsmöglichkeiten und Ausweitungen des Reserverechts kam zentrale Bedeutung zu. Enteignungsfähig war nach „decreto-lei“ 406-A/75 der Grundbesitz von Einzelpersonen, kollektiven Personen oder Gesellschaften, der in seiner Gesamtheit 50.000 Punkte überstieg. Im neuen und bis heute gültigen Gesetz wurden die Worte „in ihrer Gesamtheit“ („no seu conjunto“) gestrichen, was bedeutete, dass Grundbesitz außerhalb der ZIRA nicht mehr mitberücksichtigt wurde.

Darüber hinaus ließ es im Unklaren, ob wenigstens die in der ZIRA liegenden Grundstücke eines Besitzers in ihrer Gesamtheit zu betrachten waren oder nicht.⁶⁶

Ausgenommen von Enteignungen waren nicht nur Vereinigungen und Stiftungen, die sich von der Regierung anerkannten kulturellen oder sozialen Aktivitäten widmeten, sondern auch „kooperative landwirtschaftliche Gesellschaften“. Damit wurde Grundbesitzern der Weg gewiesen, dem Gesetz zu entgehen.

Waren auch unter Cardoso Enteignungen „autonomer Landwirte“ unabhängig von der Punktewertung verboten, erweiterte Barreto das Verbot durch Neudefinition dieses „agricultor autónomo“: Bei Cardoso war das der Bauer, der sein Land ausschließlich selbst oder mit familiären Arbeitskräften, dem sogenannten „agregado familiar“, bewirtschaftete. Barreto machte aus diesem „agregado familiar“ das „agregado doméstico“, was bedeutete, dass nun auch diejenigen autonome Bauern waren, die „Hausangestellte“ beschäftigten.

Wie im Enteignungsgesetz ungültig waren nur noch diejenigen zwischen dem 25. April 1974 und dem 29.Juli 1975 abgeschlossenen Verträge, die die Verringerung enteignungsfähiger Flächen zum Ziel hatten. Dass dieses Ziel verfolgt wurde, war in der Praxis jedoch nicht zu beweisen. Es reichte nach Rosa aus, wenn der Agrarier behauptete, Geld benötigt zu haben.

Grundstücke von mehr als zwei Hektar Größe konnten enteignet oder zwangsverpachtet werden, wenn sie länger als drei Jahre ohne technisch gerechtfertigten Grund brachgelegen hatten. Die Anwendung dieser „Kann“-Bestimmung kam nur dann in Betracht, wenn nach Benachrichtigung des Besitzers ein weiteres Brachjahr vergangen war.

Alle diese Maßnahmen zusammen bewirkten eine beträchtliche Dezimierung enteignungsfähiger Fläche

Artikel 25 des „lei-Barreto“ bestimmte, dass jedem von Enteignung Betroffenen, also auch ehemaligen „Wirtschaftssaboteuren“, Absentisten und Gesellschaften, das Recht auf eine Reserve zustand, die nach Artikel 27 mindestens 35.000 Punkte zählen musste. Wer selbst eine Fläche von wenigstens 70.000 Bodenwertpunkten in den zwei der Enteignung vorangegangenen Jahren bewirtschaftet hatte, durfte eine Reserve von 70.000 Punkten beanspruchen, wenn er sie auch weiterhin direkt bewirtschaftete.⁶⁷ Nach Artikel 26,5 konnten auch diejenigen eine 70.000 Punktereserve beanspruchen, die - wie es im Gesetz wörtlich hieß - „gezwungen“ („compelidos“) worden waren, ihr Land an eine UCP zu verpachten beziehungsweise ihr die Nutzung zu überlassen.

Damit wurden Grundeigentümer prämiert, die ihr Land 1974 nicht in angemessener Weise bewirtschaftet beziehungsweise aufgegeben hatten und Kooperanten bestraft, die das Land für die Produktion nutzten.⁶⁸ Die Heraufsetzung der Grenze von 50.000 auf 70.000 Punkte stellte mehr dar als nur eine einfache Erhöhung um 20000 Bodenwertpunkte:

Das „lei-Barreto“ hatte die Kritik des CAP, der PSD, des CDS und von Teilen der PS berücksichtigt und den Berechnungsmodus, der den Bodenwertpunkten bisher zugrunde gelegen hatte, wesentlich verändert.⁶⁹ Nicht mitgezählt wurden nach Artikel 31 die Betriebsverbesserungen („benfeitorias“), das heißt „all das, was dem Boden den Wert“⁷⁰ gab und seinen Ertrag erhöhte. Umfasste ein Olivenhain von 70.000 Punkten nach dem alten Gesetz etwa 80 ha, waren es nach dem neuen Gesetz 300 Hektar.⁷¹

Barretos Erklärung schien auf den ersten Blick einleuchtend: Zählten Investitionen, Verbesserungen, Wein- und Obstpflanzungen als Punkte wie im Gesetz von 1975 mit,

so wurden die Absentisten oder jene, die niemals investiert hatten, begünstigt. Ihr Eigentum wurde mit weniger als 50.000 Punkten bewertet, während der engagierte Landwirt auf gleicher Fläche und gleichem Boden bestraft wurde, da er die Grenze überschritten hatte.⁷²

An dieser Argumentation wurde deutlich, was Agrarreform für Barreto bedeutete: Sein Ziel war Modernisierung und Produktionssteigerung, nicht aber Umwandlung der Produktionsverhältnisse durch die Unterdrückung des auf Lohnarbeit beruhenden kapitalistischen Betriebs, wie es Verfassung und auch Parteiprogramm der PS forderten. Sein Maßstab war die „soziale Funktion des Bodens“, wie Cardoso bemerkte. Nur wer sie nicht respektierte, sollte bestraft werden.⁷³ Diese Sichtweise stellte zwar das Latifundium in Frage, nicht aber die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse.

Die grundsätzliche Kritik an den existierenden Produktionsverhältnissen, wie sie in den Agrarreformgesetzen und in der Verfassung enthalten war, ließ das Problem der durch Enteignung „bestrafen“ Investitionen nämlich in einem anderen Licht erscheinen: Danach waren die von Barreto ins Feld geführten Investitionen „nichts anderes als die Kapitalisierung des von den Landarbeitern produzierten Mehrwerts“⁷⁴ unter den bekannten Bedingungen, die das alte Regime den Agrariern geboten hatte, wenn sie ihre Herkunft nicht sogar öffentlichen Geldern verdankt hatten, die den Agrariern bevorzugt gewährt worden waren.⁷⁵

Es liegt auf der Hand, dass durch die Punktewertung Barretos, die praktisch nur noch die Fläche berücksichtigte, einerseits das enteignungsfähige Land drastisch reduziert wurde und andererseits die „reservatórios“ ein Vielfaches an Fläche gewannen. Nach Cardoso entsprach die neue 35.000 - Punktemindestreserve, die im Grunde jedem zustand, etwa der alten Höchstgrenze von 50.000 Punkten.⁷⁶ Den neuen Produktionseinheiten konnten also durch die neue Punktdefinition erheblich größere Flächen genommen werden. Maßgebend für die Punktewertung waren die zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Gesetzes geltenden Grundbucheintragungen.

War im ursprünglichen Gesetzesvorschlag noch von einer Aktualisierung dieser zum Teil Jahrzehntealten Eintragungen die Rede, so wurde diese Idee nach Protesten des CAP im endgültigen Text des „lei-Barreto“ nicht noch einmal aufgegriffen. Der CAP hatte darauf hingewiesen, dass ein Hektar „nackten Bodens“ in einer bestimmten Region nach dem alten Grundbuch beispielsweise mit nur 520 Punkten bewertet worden war, während er nach einer Aktualisierung 2400 Punkte gezählt hätte.⁷⁷

Barreto wollte mit der Erweiterung des Anspruchs auf

Vorbehaltsgesetz dem Privatsektor nicht nur „das Überleben“ erlauben, sondern ihm auch „die notwendigen Mittel für seine Entwicklung und seinen Wohlstand“⁷⁸ sichern. Es ging ihm um eine grundlegende Verbesserung der Konkurrenzbedingungen des privaten Sektors gegenüber den neuen Produktionseinheiten. Daher beschränkte sich die nach dem Gesetz mögliche Reservenvergabe auch keineswegs auf die 70.000 Punkte.

Nach Artikel 28 konnten sich die Vorbehaltsgesetze aus diversen Gründen erhöhen, und zwar um 10% aus technischen Gründen; um 20% aus Rücksicht auf die Fruchtfolge; um 20%, wenn es sich um Ergänzungsland zu den Bodengüteklassen A, B und C handelte und um weitere 10% für jedes Haushaltsmitglied („agregado doméstico“) über vier Personen, wenn alle überwiegend von der Landwirtschaft lebten.

Die von Aktiengesellschaften beanspruchten Reserven konnten gar um achtzig Prozent vergrößert werden, wenn sie das Land direkt nutzten.⁷⁹

Nach Ansicht Rosas konnten auf diese Weise 180.000 Bodenwertpunkte erreicht werden.⁸⁰ Ein Grund dafür, dass Artikel 29 als tatsächliche Maximalfläche für Reserven auf Böden der Gütekasse A und B 350 ha bestimmte und für die schlechtesten Böden 700 ha als Limit vorsah. Beides lag weit über den Durchschnittsflächen, die sich ergeben hätten, wären 70.000 Bodenwertpunkte die wirkliche Höchstgrenze gewesen.⁸¹

Im Unterschied zur alten Gesetzgebung konnten nach Artikel 32 auch Mitbesitzer und Familienangehörige eine eigene Reserve beantragen. Die Einschränkungen, die hier gemacht wurden, betrafen nach Einschätzung Rosas nur eine Minderheit der „reservatários“.⁸²

Artikel 65 des Barreto-Gesetzes ermöglichte die Überprüfung und Revision von auf Basis des „decreto-lei“ 406-A/75 vollzogenen Enteignungen, wenn die Flächen nach dem neuen Gesetz nicht mehr enteignungsfähig waren. Außerdem konnten auf Antrag, der binnen 45 Tagen zu stellen war, bereits eingetragene Reserven entsprechend den neuen Bestimmungen erweitert werden.⁸³

Zu den größten Ungerechtigkeiten, die das „lei 77/77“ sanktionierte, gehörte das freie Auswahlrecht des Vorbehaltsgesetzes durch die „reservatários“. Artikel 35 gestattete es ihnen, die Reserve dort eintragen zu lassen wo der ehemalige Besitzer selbst oder der Verfügungsberechtigte („possuidor“), das heißt die UCP, Investitionen getätigt hatten. Zwar sollte es Entschädigungen geben können, tatsächlich leistete aber nur die II. Konstitutionelle Regierung (PS/CDS) Kompen-sationszahlungen.⁸⁴

Auf Wunsch des Anspruchsberechtigten konnte die Reserve auch das ehemalige Wohnhaus und dessen Umgebung oder andere Einrichtungen einschließen. Die ehemaligen Großgrundbesitzer wurden in die Lage versetzt, sich die fruchtbarsten Böden mit dem höchsten Produktionspotential anzueignen.⁸⁵ Zählten die „benfeitorias“, auch bei der Bodenbewertung nicht mehr mit, bei der Wahl des Reserve-landes gaben sie allemal den Ausschlag.

Nach Artikel 30 hatten die alten und neuen Grundbesitzer sechs Jahre Zeit, um die Reserve tatsächlich landwirtschaftlich zu nutzen. Haushalte („agregado doméstico“) von mehr als vier Personen brauchten das Land jedoch überhaupt nicht zu bearbeiten, wenn eines seiner Mitglieder bereits einen anderen Landwirtschaftsbetrieb direkt nutzte.⁸⁶

Im Unterschied zu den Agrarreformgesetzen 1975 und 1976 konnten nach Artikel 36 Reserven auch dann übergeben werden, wenn die Abtrennung von Land den Bestand einer Kooperative oder UCP ernsthaft gefährdete oder sie gar zerstörte. Reserven nur dann zu übergeben, wenn Kooperativen nicht gefährdet würden, hieß nach Barreto, „praktisch in keinem Fall Reserven zuzuteilen“.⁸⁷

Was mit den Arbeitskräften geschehen sollte, die auf dem Vorbehaltsgesetz beschäftigt gefunden hatten, regelte Artikel 36. Danach brauchte der „reservatário“ nur einen Teil derjenigen Arbeiter zu übernehmen, die dort am 1. Januar 1975 ständig beschäftigt waren.

Was das konkret hieß, veranschaulicht Rosa: Auf der UCP „1. de Maio“ in Avis waren im Januar 1975 92 Personen beschäftigt gegenüber 550 im August 1977. In der „Cooperativa de Casebres“ betrug das Verhältnis 39 zu 235; in der UCP „12 de Maio“ in Montargil 137 zu 856; in der „Cooperativa 2 de Outubro“, in Vale de Acor 24 zu 320 usw.⁸⁸ Eine Freisetzung von Arbeitskräften war nicht nur erwartet, sondern auch erwünscht worden.⁸⁹ Sie entsprach der Strategie von Soares, Barreto und Portas, die Zahl der in der Landwirtschaft Aktiven zu verringern, um auf diese Weise die Produktivität zu erhöhen.⁹⁰

Notwendig aber war nicht in erster Linie eine Erhöhung der Produktivität pro Arbeitskraft, wie eine 1977 auf Bitten der Regierung in Portugal weilende ILO-Untersuchungskommission unterstrich, sondern die Erhöhung der Bodenproduktivität.⁹¹

Die ILO-Experten vertraten auch einen der Regierungs-praxis völlig entgegengesetzten Standpunkt.

Sie verlangten die Ausweitung der kultivierten Flächen, Bewässerungsmaßnahmen und, mit Blick auf die Substitu-

tion von Importen, den Anbau neuer Kulturen sowie eine starke Steigerung der Investitionen. Vor allen Dingen aber plädierten sie für eine Beschleunigung des Enteignungsprozesses, um nach dessen Abschluss den Sektor befrieden und die Landwirtschaft gesunden lassen zu können.⁹²

Im Gegensatz zu den alten Grundeigentümern, die Reserven erhielten und damit im Grunde beliebig verfahren konnten, waren die UCP/ CA's durch das Barreto-Gesetz einem strengen Regime unterworfen worden.

Ausgerechnet die Sozialisten, die die Selbstverwaltung der Betriebe durch die arbeitenden Menschen propagiert und dazu beigetragen hatten, diese Forderung in die Verfassung aufzunehmen, unternahmen nun den Versuch, die Selbstverwaltungsbetriebe staatlicher Vormundschaft zu unterstellen. Artikel 7 definierte die UCP's als „Assoziation von Landarbeitern, die durch eigenen Entschluss die Zusammenarbeit des Staats bei der jeweiligen Betriebsführung akzeptiert.“⁹³

Ausschließlich UCP/CA's und auf enteigneten Böden wirtschaftende Kleinbauern hatten nach Artikel 4 Bodennutzungsrichtlinien zu befolgen, deren Missachtung zum Entzug des Nutzungsrechts führen konnte. Da nicht offengelegt worden war, welche Kriterien diesen Richtlinien zugrunde lagen, konnte schon eine „zu hohe“ Arbeitskräftezahl einen Verstoß darstellen.

Dies zu entscheiden oblag allein der Regierung; die von der Verfassung geforderte Teilnahme der Arbeiter war nicht vorgesehen.⁹⁴

Nach unverbindlicher Anhörung der Landarbeiter und ihrer Organisationen konnte das MAP auch über die Größe der auf enteigneten oder nationalisierten Böden etablierten Betriebe entscheiden. Es stand der Regierung frei, über Teilung oder Zerstörung der Einheiten zu befinden.⁹⁵

Das Gesetz ermöglichte defacto die Verstaatlichung der Agrargenossenschaften

In der Tat konnte das Gesetz Barretos „zu einer defacto-Verstaatlichung der neuen genossenschaftlichen Produktionseinheiten benutzt werden.“⁹⁶ Hatten die Kommunisten von ihrer Staatsgüter-Konzeption 1974/75 Abstand nehmen müssen, weil die Landarbeiter anders entschieden, so war nun unter anderen Vorzeichen und von einer sozialistischen Minderheitsregierung, die nach Optenhögel eine „neoliberalen Wirtschaftspolitik“⁹⁷ betrieb, ein anderer, neuer Versuch unternommen worden, Staatsgüter zu etablieren. Diese staatliche „Umarmung“ verstand sich als Reaktion auf die von Barreto angeführte „totale Aneignung eines guten Teils des nationalen Territoriums durch parteiliche Kräfte...“⁹⁸ und beabsichtigte daher die Wiederherstellung des staatlichen Machtmonopols.

Anmerkungen:

- 55 Wortlaut und Kommentar bei Cardoso, Nova lei..., a.a.O., S.33 ff.
- 56 Jüngst /Jülich, a.a.O., S.136
- 57 Vester, Die sanfte Revolution..., a.a.O., S.89
- 58 Vgl. Rother, a.a.O., S.63 f.
- 59 Confederação dos Agricultores de Portugal (Hg.): CAP – Recortes de uma luta (Viseu 1977), S.171 ; zit. nach: Eisfeld, a.a.O., S.163
- 60 Zit. nach: Rosa, a.a.O., S.69
- 61 Alle drei traten am 8.November 1977 aus der PS aus.
- 62 Zit. nach Rosa, a.a.O., S.215
- 63 Cardoso, Nova lei..., a.a.O., S.31
- 64 Vgl. ebenda
- 65 Zit. nach: Rosa, a.a.O., S.194
- 66 Vgl. hierzu und im Folgenden Eugénio Rosa, O Fracasso da Política de Direita. 16 meses de governo PS (Lisboa 1978), S.30 ff.
- 67 Vgl. Arbeitsgruppe (Hg.), a.a.O., S.128
- 68 Vgl. ebenda, S.138
- 69 Henrique de Barros hatte bereits im Januar 1976 eine entsprechende Gesetzesänderung gefordert. Vgl. Baptista, Lei 77/77..., a.a.O., S.5
- 70 Rosa, Fracasso PS..., a.a.O., S.39
- 71 Vgl. ebenda
- 72 Vgl. Barreto, a.a.O., S.249
- 73 Vgl. Cardoso, Nova lei..., a.a.O., S.73 f.
- 74 Ebenda, S.74
- 75 Vgl. ebenda
- 76 Vgl. ebenda, S.76
- 77 Vgl. Rosa, Fracasso PS..., a.a.O., S.40 f.
- 78 Rede vor dem Parlament, zit. nach: Arbeitsgruppe (Hg.), a.a.O., S.133
- 79 Vgl. ebenda, S.128
- 80 Vgl. Rosa, Fracasso PS..., a.a.O., S.38
- 81 Vgl. Cardoso, Nova lei..., a.a.O., S.66
- 82 Vgl. Rosa, Fracasso PS..., a.a.O., S.44 f.
- 83 Vgl. Cardoso, Nova lei..., a.a.O., S.21 f.
- 84 Vgl. Bandarra / Jazra, a.a.O., S.80
- 85 Vgl. Cardoso, Nova lei..., a.a.O., S.21 f.
- 86 Vgl. Arbeitsgruppe (Hg.), a.a.O., S.129
- 87 Zit. nach: Rosa, Fracasso PS..., a.a.O., S.50
- 88 Vgl. ebenda, S.51
- 89 „Es wird notwendig sein, dass es uns gelingt, in den nächsten 15 Jahren den Prozentsatz der in der Landwirtschaft Aktiven auf die Hälfte zu senken.“ António Barreto in „Diário Popular“ vom 19.7. 1977, zit. nach: Rosa, a.a.O., S.191
- 90 Vgl. ebenda,
- 91 Vgl. ebenda, S.171 ff.
- 92 Vgl. ebenda, S.178; vgl. Rother, a.a.O., S.191 ff.
- 93 Lei 77/77, Art. 73.3.6., zit. nach: Cardoso, Nova lei..., a.a.O., S.123
- 94 Vgl. Arbeitsgruppe (Hg.), a.a.O., S.126
- 95 Vgl. Rosa, Fracasso PS..., a.a.O., S.36
- 96 Jüngst / Jülich, a.a.O., S.176
- 97 Optenhögel, a.a.O., S.8
- 98 António Barreto, zit. nach: Arbeitsgruppe (Hg.), a.a.O., S.131

6.3 Die Perspektiven der Agrarreform unter dem „lei-Barreto“

Regierungsstellen erwarteten eine Reduzierung des Agrarreformsektors als Folge der Abtrennung von Vorbehaltsflächen um etwa 350.000 ha (31,8%).⁹⁹ Nach Balabanian war mit einem Verlust von fünfzig Prozent des Bodens zu rechnen.¹⁰⁰ Der Wahrheit am nächsten kamen jedoch die Kooperativen selbst, die 1978 einen Verlust von insgesamt 900.000 ha prognostizierten.¹⁰¹

Was Barreto dem Land versprochen hatte, war eine kapitalintensive Nutzungsweise des dem Privatsektor zurückgestarteten Bodens. Unmittelbares Ergebnis der Anwendung seines Gesetzes war aber zunächst nur die Wiedereinsetzung der alten Agrarier in einen Teil ihrer Macht. Es war zu bezweifeln, ob von den ehemaligen Latifundisten ein dynamisches, unternehmerisches, marktorientiertes kapitalistisches Verhalten zu erwarten war. Nach Pereira, der den Kollektivsektor ähnlich beurteilt wie Barreto, hatte das „lei 77/77“ eine „entscheidende Schwäche“: Es schlug „eine Transformation vor, für die es keine historischen Träger“¹⁰² gab.

Die Chancen der kapitalistischen Agrarreform Barretos wurden nicht zuletzt auch dadurch gemindert, dass sein Projekt finanzielle Mittel verlangte, die der Landwirtschaft jedoch nicht zur Verfügung gestellt wurden. Wie die ehemalige Staatssekretärin im Planungsministerium, Manuela Silva, einschätzte, hatte es der PS insgesamt an einer längerristigen Konzeption gefehlt, die portugiesischen Strukturprobleme zu lösen.¹⁰³

„Was dann noch blieb, war der politisch, nicht ökonomisch motivierte Angriff auf die soziale Basis des PCP, unter Opferung volkswirtschaftlich sinnvoller Strukturen.“¹⁰⁴

Das Barreto-Gesetz stellte für mehr als elf Jahre die Basis dar, auf der bürgerliche und sozialistische Regierungen die Auseinandersetzung mit der Agrarreform führten.

Wenn es auch kooperative, relativ friedliche Umgangsformen mit dem Kollektivsektor nicht völlig ausschloss, so stellte es doch vor allem das für eine Politik des ökonomischen Drucks und der Gewalt-anwendung notwendige Instrumentarium zur Verfügung. Es war weitgehend abhängig von Willen und Stärke der politischen Macht, welches der „Gesichter“ des „lei-Barreto“ die Kooperanten zu sehen bekamen. Aber es enthielt in sich alle Mechanismen, die notwendig waren, den Kollektivsektor gegebenenfalls vollständig zu beseitigen.

In den sechzehn Monaten, die die 1. Regierung Soares währte, wurden dem Kollektivsektor insgesamt 46.000 ha Vorbehaltsland genommen; monatlich gingen 2.875 ha verloren. In den sieben Monaten, in denen PS und CDS gemeinsam regierten (23.1.1978-28.7.1978), lag die monatliche Verlustrate bei 2.571 Hektar.¹⁰⁵

Die Auseinandersetzung um die Reserven war dem Wesen nach ein Kampf um das Eigentum an Boden und die Verfügungsgewalt über Produktionsmittel. Da sich das Ausmaß der Bodenabtrennungen und die Art und Weise der Gesetzesanwendung kaum kalkulieren ließen, entstand ein für Produktionsfortschritte schlechtes, angespanntes soziales Klima im Alentejo. Von nun an mussten die Kooperativen unter Bedingungen wirtschaften, die die Existenz ihrer Betriebe und ihre Investitionen gefährdeten und die Zukunftsperspektiven unsicher erscheinen ließen.

UCP's, die eine Reserve abzugeben hatten, bekamen eine amtliche Benachrichtigung, gegen die sie innerhalb von drei Tagen Widerspruch einlegen konnten. Danach erschienen Leute der „Guarda“ (GNR) und Mitarbeiter der CRRA, um das Vorbehaltsland gemeinsam mit dem „reservatório“ auszuwählen.¹⁰⁶

„Die Rückgaben wurden in der Regel mit Polizeigewalt durchgesetzt. Nachweislich ist es häufig zur gewaltsamen Durchsetzung rechtlich fragwürdiger bis rechtswidriger Erlassen gekommen...“¹⁰⁷

6.4 Das Entschädigungsgesetz vom August 1977

So unpräzise die offiziellen Angaben über den tatsächlich zu erwartenden Umfang des den Kooperativen drohenden Landverlusts waren, so ungenau waren auch die Prognosen über die Höhe des Geldbetrags, der dem im August 1977 von PS und PSD angenommenen Entschädigungsgesetz („lei 80/77“) zufolge den Agrariern und Unternehmern zustehen sollte. Der Gesamtbetrag wurde auf 100-150 Millionen Contos geschätzt, davon waren mindestens 20 Millionen Contos für Grundbesitzer bestimmt.¹⁰⁸

Die Berechtigten sollten vom Staat emittierte, festverzinsliche Wertpapiere ähnliche Schulscheine erhalten; diese Titel waren in Abhängigkeit von der jeweiligen Entschädigungssumme innerhalb von 6 bis 23 Jahren amortisierbar.¹⁰⁹

Wenn die Agrarier auch nicht sofort die zugesprochene Summe in bar vom Staat erhalten konnten, so wurde ihnen

doch die Möglichkeit eingeräumt, mit diesen Titeln eigene Schulden zu begleichen oder sie bei einer der nationalisierten Banken gegen Geld einzulösen. Gleichzeitig wurden die Titel auch von den Finanzbehörden als Zahlungsmittel anerkannt, mit dem man vor dem 1.1.1977 entstandene Steuerschulden tilgen konnte.¹¹⁰

Entschädigungsgesetz und „lei-Barreto“ waren nur durchsetzbar, weil sich das politische Klima in Portugal grundlegend gewandelt hatte.

Erlaubte das „lei 77/77“ die partielle oder gar vollständige Revision des 1975 begonnenen Bodenverteilungsprozesses, so korrigierte die durch „lei 80/77“ materialisierte Anerkennung von Ansprüchen der Großagrarier und Unternehmer auf ihren ehemaligen Besitz das politische Urteil, das die Revolution über die einstige soziale und politische Rolle dieser Klasse gesprochen hatte. Beide Gesetze waren der politischen und sozialen Logik und Moral der Revolution direkt entgegengesetzt; beide stellten das Prinzip der Unverletzlichkeit des Privateigentums wieder her.



Anmerkungen:

99 Vgl. Bandarra / Jazra, a.a.O., S.29

100 Vgl. Balabanian, a.a.O., S.253

101 Vgl. Bandarra / Jazra, a.a.O., S.29

102 Pereira, a.a.O., S.232

103 Vgl. Rother, a.a.O., S.212

104 Ebenda, S.231

105 Vgl. Rosa, Fracasso Direita..., a.a.O., S.73

106 Vgl. A Saída da Crise..., a.a.O., S.19

107 Stucke, Analyse..., a.a.O., S.20

108 Vgl. Rosa, Fracasso PS..., a.a.O., S.63 f.

109 Vgl. Balabanian, a.a.O., S. 259 f.; vgl. Rosa, Fracasso PS..., S. 59

110 Vgl. Rosa, Fracasso PS..., a.a.O., S.60



7. Landrückgabepolitik und ökonomische „Strangulierung“ 1978 bis 1985

7.1 Die Reprivatisierungswellen bis zum Antritt der Regierung Sá Carneiro

Da der Barreto-Nachfolger Luís Saíás (PS) beabsichtigte, alle Eigentumsformen der ZIRA unter der Voraussetzung der wirtschaftlichen Effizienz der Betriebe gleichberechtigt zu behandeln¹, entwickelte sich die Agrarreform zum „Stolperstein“² der PS/CDS-Koalition.

Im Juli 1978 verlangte das CDS, das von einer sich weiter nach rechts entwickelnden PSD unter Sá Carneiro und vom CAP entsprechend unter Druck gesetzt worden war³, den Rücktritt von Saíás. Die Rechte hatte die Verlangsamung des Rückgabeprozesses und eine erneute „große Agitation“⁴ in seinem Ministerium beklagt, das ihrer Ansicht nach „nichts gegen die von der KP geschaffenen Interessen“⁵ unternommen hatte. Das der Regierung Soares Ende August folgende und vom Präsidenten berufene PSD-nahe Kabinett Nobre da Costa (29. 8. - 22. 10. 1978) konnte ebenso wie die späteren bürgerlich-konservativen Regierungen „auf der ‚sozialistischen‘ Hinterlassenschaft der PS aufbauen...“⁶

Unter Nobre da Costa, der im März 1977 bereits dem Kabinett Soares als Technologieminister angehört hatte und der vor 1974 in verschiedenen Konzernen leitend tätig war⁷, steigerte sich die monatliche Reservenrückgabe auf 8.000 Hektar.⁸

Nobre da Costas Landwirtschaftsminister wurde mit Vaz Portugal ein Funktionär des CAP⁹; Staatssekretär für Agrarstrukturierung wurde mit Augusto Martins Ferreira do Amaral ein Mitglied der kleinen monarchistischen PPM. Beide blieben auch nach der Regierungsübernahme durch das Präsidialkabinett Mota Pinto (22. 11. 1978 - 1. 8. 1979), der als Handelsminister ebenfalls seit März 1977 der Regierung Soares angehört hatte, im Amt.

Die Regierung Mota Pintos, eines PSD-Dissidenten, der die Partei nach Differenzen mit Sá Carneiro Ende 1975 verlassen hatte¹⁰, war selbst für Mário Soares die „rechteste Regierung seit dem 25. April.“¹¹ Dennoch tolerierte die PS trotz der Parlamentsmehrheit, über die sie zusammen mit der PCP verfügte, dieses von PSD und CDS gestützte Kabinett.¹²

Bis August 1979 wurden nun monatlich etwa 12.500 ha Vorbehalteland übergeben¹³; es begann „eine Phase, in der ständig die Polizei und die Macht der Republikanischen Nationalgarde mit ihren Panzern und Helikoptern eingesetzt wurde.“¹⁴

Die Praxis der Reservenübergabe verstieß immer häufiger gegen die Gesetze. Obwohl Artikel 36 des „lei-Barreto“ den betroffenen UCP's das Recht auf die im Vorbehalteland anstehende Obsternte einräumte, intensivierte die Regierung die Übergaben gerade vor der Ernte.¹⁵

Es wurde Vorbehalteland ausgeliefert, das vor der Besetzung länger als drei Jahre ungenutzt geblieben war; es wurden 70.000 Punkte zugestanden sogar in Fällen, in denen der „reservatário“ vor der Besetzung weniger als die 70.000 Punkten entsprechende Fläche selbst bewirtschaftet hatte. Behauptete die Regierung in manchen Fällen, Land nur übergeben zu haben, weil es niemals rechtmäßig enteignet worden wäre, gelang anhand entsprechender Dokumente der Gegenseite der Nachweis, dass diese Argumentation nicht der Wahrheit entsprach.¹⁶

Bis Mitte Juni 1979 verloren die UCP's 174.000 Hektar; 15.000 Arbeitsplätze und 33 Betriebe wurden zerstört.¹⁷ Waren weitere Enteignungen schon unter Barreto kaum noch vorgekommen (siehe Tabelle VI unten), so wurden sie vom MAP nun an unerfüllbare Bedingungen - unter

VI. CHRONOLOGIE DER ENTEIGNUNGEN IN DER ZIRA

ZEITRAUM	GEBIET (HEKTAR)	ANZAHL DER GRUNDSTÜCKE
1975		
September	221.099,4	389
November	41.168,9	201
Dezember	80.584,5	275
1976		
Januar	67.791,8	166
Februar	6.664,6	14
März	20.117,1	152
April	1.074,6	3
Mai	49.563,8	216
Juni	86.205,9	259
Juli	68.679,9	452
August	262.177,2	1.227
Oktober	1.588,5	73
1977		
	23.642,3	184
1978		
	1.466,6	14
Total	931.825,1	3.625

aus: Maria João Macedo, Geografia da Reforma Agrária, Mem Martins (1985), S. 221

anderem an die sofortige Zahlung von Entschädigungen - geknüpft.¹⁸

Gleichzeitig wurden die Versuche fortgesetzt, den ökonomischen und finanziellen Spielraum der UCP's weiter einzuschränken. Zweihundert UCP's waren inzwischen vom CAE-Kredit ausgeschlossen worden. Ihre Schulden resultierten zum Teil aus Investitionen, die sie mit dem Vorbehaltssland bereits wieder verloren hatten. Dennoch blieben ihre Verbindlichkeiten in voller Höhe bestehen.¹⁹ Von den 40 Kreditanträgen, die staatlichen Stellen zwischen dem 21. 8. 1978 und dem 4. 9. 1979 übergeben wurden, erreichten nur zwei den richtigen Adressaten. Die anderen wurden zurückgehalten.²⁰

Zurückbehalten wurden oft auch für UCP's bestimmte Schecks des IPF, mit denen Anteile aus dem Erlös des Korkverkaufs erstattet werden sollten.²¹ Wirtschaftliche Schäden verursachten auch die 1979 noch unter den Entstehungskosten liegenden staatlichen Aufkaufpreise für Getreide, die das nationalisierte Monopolunternehmen EPAC zahlte.²²

Nachdem Mota Pinto im Sommer 1979 schließlich zurücktrat und damit einem Misstrauensantrag der PS zuvorkam, ernannte Präsident Eanes die unabhängige katholische Antifaschistin Maria de Lourdes Pintasilgo zur Ministerpräsidentin (1. 8. 1979 - 3. 1. 1980). Sie hatte bereits den ersten beiden Provisorischen Regierungen angehört und stand zweifellos links von ihren Vorgängern. Die rechtsorientierten Kräfte kritisierten, dass ihrem Kabinett mit Costa Brás auch ein Mitglied der ehemaligen Regierung Vasco Gonçalves angehörte.²³ Von den Kommunisten wurde ihre Regierung als kleineres Übel toleriert²⁴, da sie sich um den Dialog mit

den Gewerkschaften bemühte und einige Sozialleistungen verbesserte.²⁵

Jüngst / Jülich interpretieren die Amtseinsetzung Pintasilgos als Reaktion „auf das vorausgehende, im Alentejo fast Bürgerkriegszustände verursachende staatliche Vorgehen bei der Rückgabe von Reserven“²⁶, doch auch diese Regierung nahm dem Kollektivsektor in den fünf Monaten ihres Bestehens 45.000 ha Land.²⁷ In Pintasilgos Amtszeit fiel die Erschießung von zwei der PCP angehörenden Landarbeitern Ende September 1979 in Montemor-o-Novo durch die GNR, die gegen die Proteste der Kooperanten eine Reserveübergabe sicherte.²⁸

Hatte die Revolution im Alentejo nicht ein einziges Menschenleben gekostet, so verlangte die Gegenrevolution jetzt ihre Opfer. Bis Ende 1981 zählte man 2.000 Verletzte.²⁹

Dennoch bemühte sich die Regierung Pintasilgo, das Vertrauen der Landarbeiter in die Rechtstaatlichkeit der Anordnungen des MAP wiederherzustellen, indem sie bis zum 11. 10. 1979 zehn offenkundig unrechtmäßige Erlasse rückgängig machte, die UCP's zu Reserveübergaben gezwungen hätten. Sechzig weitere Erlasse wurden überprüft.³⁰

Das aus den zur Lösung der seit Mitte 1978 anhaltenden Regierungskrise angesetzten Zwischenwahlen vom 2. Dezember 1979 mit 45,3% als Sieger hervorgegangene konservative Bündnis „Aliança Democrática“ (PSD, CDS, PPM) machte diese Entscheidungen allerdings wieder rückgängig³¹; mit dem Regierungsantritt Sá Carneiros am 3. 1. 1980 begann eine Landrückgabekampagne bis dahin nicht bekannten Ausmaßes.

Anmerkungen:

1 Vgl. Rother, a.a.O., S.270

2 Ebenda, S.67

3 Vgl. Eisfeld, a.a.O., S.170

4 Ferreira, a.a.O., S.701

5 Ebenda, S.702

6 Eisfeld, a.a.O., S.171

7 Vgl. ebenda, S.158

8 Vgl. Rosa, Fracasso Direita..., a.a.O., S.144

9 Vgl. Borowczak, a.a.O., S.105

10 Vgl. Rosa, Fracasso Direita..., a.a.O., S.116

11 Zit. nach Rosa, ebenda, S.117

12 Vgl. Rosa, Fracasso direita..., a.a.O., S.117; vgl. Ferriera, a.a.O., S.709

13 Vgl. Rosa, Fracasso Direita..., a.a.O., S.144

14 Vgl. Grohs / Cadete, a.a.O., S.69

15 Vgl. Secretariado das UCP's / Cooperativas Agrícolas do Distrito de Évora (Hg.),

O Governo AD está a destruir a Reforma Agrária. A situação no distrito de Évora (hektograph. Manuscript, Évora, 10.6. 1980), S.9

16 Vgl. Cunhal, Zur portugiesischen Revolution..., a.a.O., S.208 f.

17 Vgl. Comissão (Hg.), a.a.O., S.54

18 Vgl. Rosa, Fracasso Direita..., a.a.O., S.87

19 Vgl. ebenda, S.145

20 Vgl. Miranda, a.a.O., S.52

21 Vgl. ebenda

22 Vgl. Rosa, Fracasso Direita..., a.a.O., S.144

23 Vgl. Ferreira, a.a.O., S.710

24 Vgl. Cunhal, Chamados governos..., a.a.O., Vol.II, S.243 f.

25 Vgl. Rosa, Fracasso Direita..., a.a.O., S.165 ff.

26 Jüngst / Jülich, a.a.O., S.181

27 Vgl. Rosa, Fracasso Direita..., a.a.O., S.175

28 Vgl. Cunhal, Chamados governos..., a.a.O., Vol. II, S.248

29 Vgl. Horizont, Nr.29, 15.Jg. (1982)

30 Vgl. Jüngst / Jülich, a.a.O., S.180

31 Vgl. ebenda

7.2 Die radikale Dezimierung des Agrarreformsektors unter Sá Carneiro und der Übergang zu „gemäßigter“ Reprivatisierung

Der Grundsatz, den AD-Landwirtschaftsminister Cardoso e Cunha und sein Staatssekretär João Goulão nach eigenem Bekunden befolgten, lautete: „Wir übergeben den Boden dem, der ihn immer hatte.“³²

In den ersten fünf Monaten des Jahres 1980 wurden allein im Distrikt Évora 35.000 ha bester Böden reprivatisiert. Dort wurden dreizehn Latifundien zwischen 1.077 ha und 2.759 ha Größe wiederhergestellt.³³ Rosa nennt insgesamt 25 Latifundien zwischen 3.374 ha und 5.300 ha, die bis zum 31. 8. 1980 restauriert worden waren.³⁴ Die V. Agrarreformkonferenz vom Mai 1981 führte 32 Fälle illegaler Reserveübergaben auf, die das MAP zwischen dem 15. 4. 1980 und dem 5. 8. 1980 veranlasst hatte.³⁵

Allein im ersten Regierungsjahr der „AD“ genannten Rechtskoalition verlor der Kollektivsektor 324.000 ha Boden an die alten Agrarier; in den Jahren zuvor waren insgesamt 245.000 ha (ca. 20% des UCP-Lands) Vorbehaltssachen reprivatisiert worden. Waren bis zum Antritt Sá Carneiros schon 51 UCP's zerstört worden, folgten nun weitere 60. 135.000 Stück Vieh und 7.010 Maschinen wurden den UCP's genommen und den „reservatários“ übergeben.³⁶

Hatte nach „decreto-lei“ 81/78 vom 29. 4. 1978 der „reservatário“ nur das Recht auf Vieh und Maschinen, „die im betreffenden Betrieb direkt genutzt wurden“ und die den Proportionen entsprachen zwischen „dem Gesamtgebiet und der Reserve“³⁷, so wurde den UCP's in der Praxis häufig das gesamte Inventar genommen, einschließlich des Viehs und der Maschinen, die die Landarbeiter selbst angeschafft hatten.³⁸

Mit Unterdrückung und Einschüchterung der Bevölkerung kehrte die überwunden geglaubte portugiesische Vergangenheit in die Dörfer des Alentejo zurück. Die „Guarda“ benahm sich wieder so, „als wäre sie auf feindlichem Gebiet.“³⁹ Nicht selten wurden Arbeiter von angetrunkenen GNR-Offizieren bei der Reservenübergabe bedroht und verprügelt.⁴⁰

Die Funktionäre des MAP, die die Übergaben organisierten, erhielten für ihre Arbeit monatliche Risikozulagen in Höhe von 5.000 Escudos.⁴¹ Dafür setzten sie auch Landübergaben durch, die vom Gesetz nicht gedeckt waren. Es kam sogar vor, dass Druck auf „reservatários“ ausgeübt

wurde, wenn sie die Annahme von Reserven verweigerten, die ohne entsprechende Verfügungen des MAP markiert worden waren.⁴² Manchmal wurden die UCP's erst durch Telegramme von einer bevorstehenden Reserveneintragung informiert, manchmal gar nicht und gelegentlich erst hinterher.⁴³

In der Regel erhielten alle Familienmitglieder der „reservatários“ eigenes Vorbehaltssland auch dann, wenn sie stets nur einen gemeinsamen Betrieb bewirtschaftet hatten.⁴⁴ Die Abtrennung einer 70.000-Punktereserve war die Ausnahme, meistens gab es dreißigprozentige Zusätze.⁴⁵

Die korrekte Anwendung des „lei-Barreto“ war immer weniger eine Rechtsfrage und immer mehr eine Machtfrage geworden: Bis Ende 1980 gab es 30 Urteile des Obersten Verwaltungsgerichts Portugals (STA) zugunsten der UCP's, die von den amtierenden Regierungen jedoch alle ignoriert wurden.⁴⁶ Diese auch später fortgesetzte Mißachtung der Rechtsprechung der höchsten nationalen Gerichte durch Regierungsstellen war für Westeuropa wohl einzigartig; hier lag der Beginn einer bis heute anhaltenden „institutionellen Konfrontation“ zwischen den Verfassungsorganen Exekutive und Judikative.⁴⁷

Ursache des Konflikts war, dass die portugiesische Wirklichkeit nicht nur die Verfassung weit hinter sich gelassen, sondern inzwischen selbst das „lei-Barreto“ rechts überholt hatte. Die seit November 1975 auf Defensivpositionen stehende, in PS, PCP und kleineren Parteien organisierte Linke hatte ihre Ansprüche daher auf die Einhaltung dieses von ihr bekämpften Gesetzes reduzieren müssen, während die offensive Rechte Gesetze und institutionellen Rahmen des Regimes weiter zu ändern beabsichtigte (Verfassungsrevision, Abschaffung des Revolutionsrats, Ablösung des Präsidenten durch den rechtsextremen Soares Carneiro usw.).⁴⁸

Die Politik der „AD“ geriet jedoch in eine Krise, nachdem ihrem Sieg bei den Parlamentswahlen vom 5. Oktober 1980 (AD:47,6%) eine Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen vom 7. 12. 1980 gefolgt war. Die Wiederwahl von Ramalho Eanes, die von liberalen, auf fortschrittliche bürgerliche Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vertrauenden Kräften im Bündnis mit der Linken (PS-Mehrheit und PCP) durchgesetzt worden war⁴⁹, nahm der restaurativen Wendepolitik Sá Carneiros im Alentejo den Schwung.

Die II. AD-Regierung (8. 1. 1981 bis 3. 9. 1981) übernahm nach dem Unfalltod Sá Carneiros (5. 12. 1980) Francisco Pinto Balsemão, PSD-Mitbegründer und wie sein Vorgänger einst Mitglied der faschistischen Nationalversammlung; ein Mann, der nach Vester eher dem „pluralistischen Kurs“⁵⁰ zuneigte.

Der Kollektivsektor wurde zwar bis einschließlich 1982 um weitere 62.300 ha dezimiert⁵¹, das Tempo der Landrückgabe war damit dennoch erheblich gedrosselt worden. Die Kollektivguterfläche fand sich 1982 etwa halbiert. Nach Auffassung Vesters hielten die Herrschenden in Portugal massive Reprivatisierungen nicht mehr für zweckmäßig.⁵² Was die Offensive überlebt hatte, ließ sich ohne Anwendung von Gewalt auch ökonomisch „strangulieren“.⁵³

Nachdem die AD bereits 1980 den CAE vollständig abgeschafft und durch einen nur bei Bankinstituten erhältlichen sogenannten Erntekredit ersetzt hatte, der mehr Garantien verlangte und mit größerem bürokratischen Aufwand verbunden war⁵⁴, erzwang die III. AD-Regierung (4. 9. 1981 - 23. 12. 1982) nun durch „decreto-lei“ 272/81 die Rückzahlung von CAE-Krediten durch die Androhung und Durchführung von Pfändungen.⁵⁵ Danach noch immer

existierende Betriebe wurden von Landwirtschaftsminister Basílio Horta (CDS) gezwungen, offizielle Anfragen des MAP zu ihrer ökonomischen Lage zu beantworten. Betriebe, die das MAP im Anschluss daran als nicht existenzfähig betrachtete, wurden öffentlich versteigert. Die Mitarbeit der UCP's bei der Analyse der Umfrageergebnisse wurde abgelehnt, die Nichtbeantwortung mit Entzug des Bodennutzungsrechts geahndet.⁵⁶

Von den 550 UCP/CA's des Jahres 1975 erlebten nur 362 das Jahr 1983.⁵⁷

Das „decreto-lei“ 189-C/81 degradierte die Kooperanten zu Lohnarbeitern des Staates, denn von nun an durften sie den Kork nur noch schälen und stapeln. Lohnzahlungen wurden vom Staat nicht garantiert, und es waren dafür auch keine Fristen festgesetzt worden.⁵⁸

andere kollektive Betriebseinheiten von Arbeitern“⁶⁶ die erklärten Verfassungsziele (Art.97).

Auf die staatliche Unterstützung (u.a. durch Kredite und technische Hilfe), die den obengenannten Nutznießern der Agrarreform in Artikel 102 versprochen wurde, musste der Kooperativsektor auch nach Inkrafttreten der Verfassung (30. September 1982) verzichten.

Die neue Verfassung mit ihren Reminiszenzen an den 25. April bewies einerseits wie schon zuvor die Wahlniederlage Soares Carneiros das Vorhandensein eines breiten und mehrheitlichen sozialen und politischen Felds, das in Opposition zu den konservativen, gegenrevolutionären Kräften stand und für eine demokratische Politik auf Grundlage einer gemischten Wirtschaft im Sinne der alten Verfassung und der Revolution eintrat. Andererseits konnte sich dieses Lager nicht zu einem politischen Bündnis formieren, das über die bloße Ablehnung einer weiteren Rechtsentwicklung hinausgehend ein tragfähiges, gestaltendes, einigendes und die Vorherrschaft erringendes alternatives Politikkonzept hätte artikulieren können.

So verbreiterte sich auch nach 1982 die „Kluft zwischen dem Verfassungskonzept zur sozialen Organisation und der politischen Praxis“⁶⁷, und schon wenige Monate später meldeten sich über die „Konföderation der portugiesischen Industrie“ (CIP) jene zu Wort, die erneut eine Revision verlangten.⁶⁸

Die vom entmachten Revolutionsrat beklagte Tendenz zur „Wiederherstellung eines wirtschaftlich unangemessenen, überholten und sozial ungerechten Modells“⁶⁹ war ungebrochen und führte in der ZIRA zur Fortsetzung der 1977 begonnenen Politik.

Anmerkungen:

32 João Goulão, zit. nach: Secretariados e Uniões das UCP's e Cooperativas Agrícolas (Hg.), 4a Conferência da Reforma Agrária, Évora, 12./13. Abril 1980 (Évora 1980), S.6

33 Vgl. Secretariados ... (Hg.), O governo AD..., a.a.O., S.1 f.

34 Vgl. Rosa, Fracasso Direita..., a.a.O., S.208

35 Vgl. Secretariados... (Hg.), 5a Conferência..., a.a.O., S.6 ff.

36 Vgl. Rosa, Fracasso Direita..., a.a.O., S.207; vgl. Borowczak, a.a.O., S.202

37 „Decreto-lei“ 81/78, zit. nach: Secretariados ... (Hg.), O governo AD..., a.a.O., S.7

38 Vgl. ebenda

39 Ebenda, S.12

40 Vgl. ebenda

41 Vgl. ebenda, S.11

42 Vgl. ebenda, S.10 f.

43 Vgl. ebenda, S.12

44 Vgl. ebenda, S.3 f.

45 Vgl. ebenda, S.5

46 Vgl. Rosa, Fracasso Direita..., a.a.O., S.208

47 Vester / Barros, a.a.O., S.18

48 Nach der Verfassung war der Präsident zugleich Oberbefehlshaber der Streitkräfte und Vorsitzender des Revolutionsrates. Vgl. Eisfeld, a.a.O., S.154

49 Vgl. ebenda, S.187

50 Vester, Die sanfte Revolution..., a.a.O., S.89

51 Diese Zahl errechnet sich aus der Differenz der Angaben Rosas für 1980 und der IX. Agrarreformkonferenz für 1980-1982. Vgl. Rosa, Fracasso Direita..., a.a.O., S.207; vgl. Secretariados e Uniões das UCP's e Cooperativas Agrícolas (Hg.), 9a Conferência da Reforma Agrária, Évora, 1 e 2 Junho 1985 (Évora 1985), S.7

52 Vgl. Vester, Die sanfte Revolution, a.a.O., S.89

53 Rosa, Fracasso Direita..., a.a.O., S.290

54 Vgl. Vasco Paiva, Para onde vai a agricultura em Portugal?, in: EC Economia, Nr.33, 6.Jg. (1981), S.42 ff. (S.47)

55 Vgl. Rosa, Fracasso Direita..., a.a.O., S.290 f.

56 Vgl. Os Secretariados e Uniões Distritais das UCP's / Cooperativas Agrícolas de Beja, Évora, Portalegre, Santarém e Setúbal. A Federação dos Sindicatos dos Trabalhadores da Agricultura do Sul (Hg.), (hektograph. Manuskrift, 12.10.1982), S.10

57 Vgl. Secretariados... (Hg.), 9a Conferência..., a.a.O., S.7

58 Vgl. Freundeskreis portugiesischer Landkooperativen (Hg.), a.a.O., S.4; vgl. Vester, Die sanfte Revolution..., a.a.O., S.101.

– „Decreto-lei“ 98/80 vom 5.5.1980 hatte bereits bestimmt, dass die erste Hälfte des staatlich festgesetzten Aufkaufspreises jeweils erst im Mai des folgenden Jahres gezahlt werden sollte und die zweite Hälfte nur danach und mit Genehmigung des MAP. Vgl. Secretariados (Hg.), O governo AD..., a.a.O., S.9; vgl. Rosa, Fracasso Direita..., a.a.O., S.209

7.3 Die Agrarreform in der Verfassung von 1982

Eine inzwischen sensibilisierte Öffentlichkeit, zwei gegen die Politik der AD gerichtete Generalstreiks, der anhaltende politische Widerstand gegen die Reprivatisierungen in Landwirtschaft und Industrie⁵⁹ und andere Faktoren trugen dazu bei, dass die von der AD in Angriff genommene Verfassungsrevision, für deren Annahme eine Zweidrittelmehrheit erforderlich war, weniger radikal und einschneidend ausfiel, als ursprünglich geplant. Sie beschränkte sich im wesentlichen auf die Veränderung des Regierungssystems; auf die Regierung wurden Kompetenzen des Präsidenten und des aufgelösten Revolutionsrats übertragen.⁶⁰ Die ideologische Substanz der alten Verfassung blieb aber erhalten.

Ziel portugiesischer Politik war danach weiterhin die klassenlose Gesellschaft (Art.I).⁶¹ Alle Nationalisierungen waren „irreversible Errungenschaften der arbeitenden Klassen“ (Art.83).⁶²

Die Agrarreform war zwar nicht mehr „grundlegendes Instrument des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft“ (Art.96 der Verfassung von 1976)⁶³ und auch nicht mehr „erster Schritt bei der Schaffung neuer Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft“⁶⁴, aber sie diente weiterhin - als hätte es nie einen gegenrevolutionären Prozess gegeben - der „fortschreitenden Übertragung des Nutzungsrechts an Boden und Produktionsmitteln... auf diejenigen, die ihn bearbeiten.“ (Art. 96a).⁶⁵

Nach wie vor waren die Eliminierung der Latifundien „und der großen kapitalistischen Betriebe“ und ihre Übergabe an Kleinbauern- oder Landarbeiterkooperativen „oder

Anmerkungen:

59 Zur Reprivatisierungspolitik in der Industrie vgl. Rosa, Fracasso Direita..., a.a.O., S.262 f.

60 Vgl. Eisfeld, a.a.O., S.189

61 Vgl. Ministério da Justiça (Hg.), Constituição da República, Lei Constitucional No 1/82, de 30 de Setembro (Lisboa 1982)

62 Ebenda, S.159

63 Ebenda, S.42

64 Ebenda

65 Ebenda, S.164

66 Ebenda, S.166

67 Letzte Botschaft des Revolutionsrates vor seiner Auflösung am 29.10.1982, zit. nach: Horizont, Nr.49, 15.Jg. (1982)

68 Vgl. Thomas Fischer, Portugal zehn Jahre nach der „Nelkenrevolution“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr.3, 29. Jg. (Köln 1984), S.354 ff. (S.363)

69 Letzte Botschaft..., a.a.O.

7.4 Agrarreformpolitik des „Bloco central“. Von der Fortsetzung bis zum Stop der Landrückgaben

Die Krise der AD-Koalition⁷⁰ führte am 25. April 1983 zu vorgezogenen Neuwahlen, aus denen die PS mit 36,4% als Gewinner hervorging.⁷¹ Gemeinsam mit der PSD bildete die PS eine von Mário Soares und Mota Pinto geführte, „Bloco Central“ genannte Koalitionsregierung, die jedoch im Mai 1985 sowohl an innerparteilichen Auseinandersetzungen um den Kurs der jeweiligen Parteiführungen als auch an den Differenzen über Gesetzesänderungen (Neufassung der Arbeitsgesetzgebung) und die zu den Präsidentschaftswahlen 1986 einzuschlagende Taktik zerbrach.⁷²

Gemessen an ihrer Politik gegenüber der Agrarreform unterschied sich die Regierung Soares / Mota Pinto kaum von ihren Vorgängern.

Zwischen 1982/83 und 1985/86 verminderte sich die den UCP's zur Verfügung stehende Fläche um weitere 113.000 ha. Sie umfasste schließlich nur noch 360.000 ha und erreichte damit weniger als ein Drittel ihrer ursprünglichen Ausdehnung.⁷³

Mehr als sechs Jahre waren nach dem Ablauf der legalen Antragsfrist zur Reservenmarkierung (30. 6. 1978) vergangen, als ein im „Diário da República“ am 18. 10. 1984 veröffentlichter Erlass die erneute Beantragung von Vorbehaltländ genehmigte.⁷⁴

Inzwischen waren 310 Urteile des STA bekannt, die zugunsten der UCP's ergangen waren, nun aber auch von der neuen Regierung ignoriert wurden.⁷⁵ Oft hatten Mitarbeiter des MAP versucht, durch die Gleichzeitigkeit von Bekanntgabe der Reserveverfügung und Reservemarkierung zu verhindern, dass die Kooperanten die Suspendierung der Übergabebeantragung beantragen konnten.

Das STA hatte bis zu diesem Zeitpunkt nur dann Landrückgaben suspendieren können, wenn sie nicht bereits ausgeführt worden waren. Erst das von der bis zu den Wahlen im Oktober geschäftsführend im Amt verbliebenen Minderheitsregierung Soares am 16. Juli 1985 erlassene „decreto-lei“ 267/85 gestattete es dem STA zum ersten mal, auch bereits vollzogene Übergaben zu suspendieren und die Rückgabe des Landes innerhalb von neunzig Tagen anzuordnen. Die Ende 1985 gebildete PSD-Minderheitsregierung Cavaco Silva ignorierte allerdings auch dieses Gesetz.⁷⁶

Dass die Übergangsregierung Soares die Reservenmarkierung im Sommer 1985 schließlich sogar bis zu den Wahlen

aussetzte⁷⁷, war kaum als Bereitschaft zu einer grundsätzlichen Abkehr von bisheriger Agrarreformpolitik zu werten.

In der PS hatten sich keine Anzeichen für einen prinzipiellen Wandel gezeigt. Die Maßnahme musste daher eher als Wahlgeschenk für die Landarbeiter interpretiert werden, die damit auch nur einen „Erfolg“ von geringem Wert erzielten.

Weiterhin wurde finanzieller und ökonomischer Druck auf den Kollektivsektor ausgeübt. 1985 erhielten die UCP's nur noch 10,5% vom Wert des geschälten Korks; das deckte lediglich ein Viertel der entstandenen Kosten.⁷⁸

Das „lei 227/84“ vom 9. 7. 1984, das verhindern sollte, dass ausgelieferte Reserven unbestellt blieben und das ein Mindestniveau für ihre landwirtschaftliche Nutzung festlegte, wartete vergeblich auf seine Anwendung.⁷⁹

Verträge zwischen dem MAP und einzelnen Kooperativen bereicherten die seit 1981 verfolgte Politik der Landrückgabe mit gemäßigtem Tempo um ein neues Element.

Als erste UCP des Distrikts Setúbal hatte sich die UCP „Soldado Luís“ einer Wirtschaftlichkeitsprüfung nach den Kriterien des MAP unterzogen und einen Pachtvertrag erhalten, der ihr eine sieben- bis zehnjährige Existenz ohne weiteren Landverlust sowie den Zugang zu günstigen Krediten zu garantieren versprach. Geprüft wurden unter anderem die Finanzlage, die Höhe bisheriger Investitionen, die Produktivität und weitere Reservenansprüche.⁸⁰

Für die UCP war zweifellos die Existenzsicherung außerordentlich positiv, andererseits stellten Verträge dieser Art für die durch Offensiven der Regierungen geschwächten UCP's eine Gefahr dar, weil sie dem Versuch Vorschub leisteten, den Sektor in „rentable“ und „unrentable“ UCP's, die aufzulösen waren, zu spalten. Tatsächlich gestand die spätere Regierung des Neoliberalen Cavaco Silva, ausgehend von den niemals veröffentlichten Beurteilungskriterien, auch nur zwanzig der 302 UCP's ein Existenzrecht zu.⁸¹

1984 erschienene Presseberichte wiesen darauf hin, dass der PS-geführte „Bloco central“ ursprünglich die Totalrevision des „lei-Barreto“ in sein Arbeitsprogramm aufgenommen hatte. Danach wollte die Regierung unter anderem weiteren Enteignungen auch gesetzlich einen Riegel vorschieben und die Punkthöchstgrenze durch eine bei schlechten Böden oben offene reine Flächenbegrenzung ersetzen.⁸²

Diese Pläne wurden dann erst 1988 von der PSD-Regierung, die im Juli 1987 die absolute Mehrheit errungen hatte, wieder aufgenommen.⁸³



Anmerkungen:

70 Vgl. Eisfeld, a.a.O., S.184

71 Vgl. Ferreira, a.a.O., S.725

72 Vgl. Freundeskreis portugiesischer Land-

kooperativen (Hg.), Solidariedade com a Reforma Agrária. Nachrichten zur Lage in Portugal, September 1985 (o.O.), S.17.

– Mota Pinto war im Februar 1985 als PSD-Chef zurückgetreten, weil Teile der Partei ihm die Unterstützung versagten. Vgl. Horizont, Nr. 3, 18.Jg.(1985)

73 Vgl. Secretariados e Uniões das UCP's e Cooperativas Agrícolas (Hg.), XI. Conferência da Reforma agrária, Évora 24 e 25 Outubro (Évora 1987), S.12

74 Vgl. Secretariado das UCP's / Cooperativas Agrícolas do Distrito de Évora (Hg.), Governo e MAFA recusam-se a cumprir novos acordãos do Supremo Tribunal Administrativo (hektograph. Manuscript, Évora 4.12.1985), S.17

77 Vgl. Os Secretariados e Uniões das UCP's / Cooperativas Agrícolas e Sindicatos dos Trabalhadores da Agricultura dos Distritos de

Beja, Évora, Portalegre, Santarém e Setúbal

Agrária (hektograph. Manuscript, Évora, 16.11.1984), S.1

75 Vgl. Os Secretariados e Uniões das UCP's

/ Cooperativas Agrícolas dos Distritos de

Beja, Évora, Portalegre, Santarém e Setúbal

(Hg.), Comunicado à Imprensa (hektograph.

Manuscript, o.O., 12.11.1985), S.3

76 Vgl. Secretariado das UCP's / Coopera-

tivas Agrícolas do Distrito de Évora (Hg.),

Governo e MAFA recusam-se a cumprir

novos acordãos do Supremo Tribunal Admi-

nistrativo (hektograph. Manuscript, Évora

4.12.1985), S.17

78 Vgl. Os Secretariados e Uniões das UCP's /

Cooperativas Agrícolas e Sindicatos dos Tra-

balhadores da Agricultura dos Distritos de

Beja, Évora, Portalegre, Santarém e Setúbal

(Hg.), Luta da Reforma Agrária suspende

reservas (hektograph. Manuscript, o.O.,

18.9.1985), s.1

79 Vgl. Os Secretariados e Uniões das UCP's / Cooperativas Agrícolas (Hg.), X. Conferência da Reforma Agrária, 12 e 13 Julho 1986 (Évora 1986), S.21

80 Vgl. O Diário (27.2.1988)

82 Vgl. Freundeskreis... (Hg.), Solidariedade..., a.a.O., (Dezember 1984), S.8

81 Vgl. O Diário (26.12.1987)

83 Vgl. Freundeskreis... (Hg.), Solidariedade..., a.a.O., (September 1985), S.6

83 Vgl. Avante (28.1.1988)

PROPOSTA PARA DESENVOLVIMENTO DA AGRICULTURA DO SUL DO RIBATEJO E DO ALENTEJO



12ª CONFERÊNCIA DA REFORMA AGRÁRIA

8. Die gegenrevolutionäre Offensive und ihre Auswirkungen auf die Agrarreform

8.1 Entwicklungstendenzen und Erfolge des Kollektivsektors vor der massiven Reprivatisierung 1980

Resultat der auch nach 1985 zu einer weiteren Dezimierung des Kooperativsektors führenden Auseinandersetzungen war nach Vester / Barros unter anderem, dass sich das „Leithema Entwicklung“ der Agrarreform zum „Leithema Überleben und Restabilisieren“¹ verschoben hatte.

Spätestens nach den massiven Reprivatisierungen 1980 hatten der Agrarreform die Voraussetzungen gefehlt, die Erwartungen, die 1975 mit ihr verbunden worden waren, vollständig zu erfüllen.

Fortschritte im Sinne einer Annäherung an die formulierten wirtschaftlichen und sozialen Ziele mussten ohne die finanzielle, technische und wissenschaftliche Hilfe des Staats, ja sogar gegen seinen Widerstand erkämpft werden.

Von der Revolution konzipiert als Instrument des sozialistischen Aufbaus, sah sich die Agrarreform von der Gegenrevolution reduziert auf eine sozialistische Insel in einem kapitalistischen Meer. Angesichts der Realität veränderter Machtverhältnisse definierte sich der Agrarreformsektor neu als Bestandteil eines pluralistischen gemischten Wirtschaftssystems in der Hoffnung, durch gute Produktionsergebnisse nicht nur seine Existenzberechtigung unter Beweis zu stellen, sondern auch seine Fähigkeit zu Konkurrenz und Überlegenheit zu demonstrieren.

Die Arbeit selbst wurde daher von den Kooperanten als eine Form der politischen Aktion und des revolutionären Kampfes begriffen.

Hätten die Gegner der sozialistischen Agrarreform den neuen Sektor tatsächlich ausschließlich und ohne ideologische Voreingenommenheit an seiner ökonomischen Effizienz gemessen, hätte diese Kampfstrategie der Kooperativenbewegung das Ende der Reprivatisierung herbeiführen können. Die Bereitschaft zum ökonomischen Wettbewerb war aber auf der „Gegenseite“ wenig entwickelt. In der Praxis war den Kollektivgütern keine Atempause gegönnt worden.

Auch die Phasen relativer Stabilisierung zwischen den Jahren 1976 und 1978 und 1981 und 1985 waren begleitet von Landrückgaben und finanziellen Strangulierungsversuchen. Es gab keine hinreichend langen Perioden, die stabile Bedingungen geboten und dem Sektor den unzweideutigen Nachweis seiner Potenzen erlaubt hätten. Erkennbar wurden auf diese Art und Weise lediglich die Tendenzen seiner Entwicklung.

Das Urteil über die Kollektivbetriebe musste sich zudem auf Informationen und Daten stützen, die fast ausschließlich von den UCP's selbst stammten. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Konfrontation mit Regierung und Staatsapparat den Kollektivsektor nicht dazu ermunterte, „ungünstige“ Informationen ungeschminkt preiszugeben. Andererseits gab es UCP's, denen es wirtschaftlich so gut ging, dass sie das „ganze Ausmaß ihres Erfolgs“ lieber für sich behielten.²

Die UCP's schufen sich ihre eigenen Koordinierungs-, Repräsentations- und Hilfsstrukturen wie die Distrikts- und Kreissekretariate³, die auch Produktionsziffern sammelten und sie für die seit 1976/77 jährlich stattfindenden Agrarreformkonferenzen aufbereiteten. Der Bericht der II. Agrarreformkonferenz vom Oktober 1977 beruhte auf Daten, die im September bei 401 UCP's, die 85 Prozent der Gesamtfläche des Kollektivsektors einnahmen, erhoben worden waren.⁴

Auch die Berichte der folgenden Jahre konnten keinen vollständigen Überblick vermitteln, aber sich auf repräsentative Umfrageergebnisse stützen. Amtliche Erhebungsergebnisse über die Kooperativen existierten kaum.⁵ Das war zum einen Folge des Misstrauens der UCP's gegenüber den Dienststellen des MAP, die Kenntnisse über Schwierigkeiten gegen die Betriebe nutzen konnten, zum anderen war es Ausdruck des Desinteresses offizieller Stellen.⁶

Die Agrarreform führte in Portugal erstmals Planungsprinzipien ein, die nicht nur auf Betriebsebene verbindliche Produktionsziele festlegten, sondern auf der Ebene der ZIRA insgesamt. Diese Planungslinien wurden auf den Agrarreformkonferenzen und den Treffen der Frühjahrskulturen und der Herbst- / Winterkulturen beschlossen.

Im September 1978 wurden von den Distriktssekretariaten und Vereinigungen der UCP's erste Kriterien für die Auswahl von weiteren Produktionslinien festgelegt.⁷ Dem waren ein außergewöhnlich gutes Landwirtschaftsjahr (1976) und ein außergewöhnlich schlechtes Jahr (1977) vorausgegangen. 1976/77 hatte sich die eingesäte Fläche gegenüber 1974 durch die Einbeziehung von Brachland um 180% (von 94.500 ha auf 265.000 ha) erweitert (Trockenfeldbau +168%, Bewässerungskulturen +125 %, Futterwiesenflächen +7900%).⁸

Hatten die Agrarier 1974 nur 90.000 Tonnen Getreide produziert, so steigerten die UCP/CA's den Ertrag auf 240.000 Tonnen 1975/76.⁹

Die Zahl der Dauerarbeitsplätze hatte bis 1976/77 gegenüber 1974 um 307% gesteigert werden können (Männer +243%, Frauen +616%), die der Saisonarbeitsplätze um 79% (Männer +23%, Frauen +145%).¹⁰ Das bedeutete, dass

weitere 33.000 Männer und Frauen als „permanentes“ arbeiten konnten und 17.200 Saisonarbeitsplätze neugeschaffen worden waren. Die „permanentes“ belegten nun 61,3% aller Arbeitsplätze (1974:51,15%), die „eventuais“ nur noch 38,6% (1974: 48,85%).¹¹

Das Jahr 1977 war dagegen gekennzeichnet von tiefen Einbrüchen in die Getreideproduktion. Die Aussaatfläche für Getreide war um fast 22% kleiner als im Vorjahr; die Produktion aber war um 54,1% gesunken.¹²

Hatte die Ernte 1976 den Anhängern der Agrarreform noch Trümpe in die Hand gespielt, so verhielt es sich nun umgekehrt: Der Rückgang 1977 galt den Gegnern der Reform als Beweis des Versagens der Kollektiveinheiten. Dabei hielten sie die Rekordernte 1976 hauptsächlich dem Klima zugute, das ihrer Ansicht nach schon „für sich allein“¹³ das gute Ergebnis erklärt hatte. Wenn von ihnen außerdem auf die Ausdehnung der Saatfläche hingewiesen wurde, dann ließen sie doch unerwähnt, dass gerade diese vorübergehende Ausweitung der kultivierten Fläche auch auf „unrentable“ Böden einzig der von den UCP's eingeführten neuen ökonomischen Logik und damit der Agrarreform zuzuschreiben war.¹⁴

Die Ursachen des Ernte „desasters“¹⁵ 1977 lokalsierte man jedoch im Gegensatz zur im ersten Fall bevorzugten Betrachtungsweise weniger beim Wetter als bei menschlichen Faktoren, sprich: bei der Agrarreform.¹⁶

Für die Protagonisten der Agrarreform waren die bedeutenden Produktionserhöhungen in erster Linie Folge der tiefen ökonomischen und sozialen Transformationen, die die enorme Ausweitung kultivierter Flächen ermöglicht hatten.¹⁷

Die positiven Auswirkungen des günstigen Klimas wurden jedoch keineswegs übersehen.¹⁸ Wenn die Anhänger der Reform den Misserfolg 1977 auch überwiegend auf das außerordentlich schlechte Wetter zurückgeführt hatten, so gingen doch auch sie von einem Zusammenwirken klimatischer und menschlicher Faktoren aus. Diese wurden auch konkret benannt:

Viele UCP's hatten vor der Frage gestanden, ob sie Felder aussäen sollten, die sie als „reservas“ verlieren könnten. Andere Betriebe mussten wegen gekürzter oder gekündigter Kredite ihre Tätigkeit einschränken, wieder andere erhielten Saatgut, Kunstdünger und Ausrüstungen erst mit großen Verspätungen, die sie nicht zu verantworten hatten.¹⁹

Von den Kritikern kaum beachtet wurde auch, dass sich bei nahezu gleich großer kultivierter Gesamtfläche der Anteil des Getreideanbaus von 81,9% 1976 auf 65,6% reduziert

hatte zugunsten größerer Flächenanteile von Bewässerungskulturen und Futterwiesen.²⁰ Hier hatte sich eine beginnende Umstellung auf andere Kulturen bemerkbar gemacht. Pro tausend Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche wurde 1978 und 1979 wieder bedeutend mehr Getreide produziert als 1977, wenn die alten Rekordwerte auch erst 1980 noch einmal übertroffen werden konnten²¹ (siehe Tabelle VII unten).

VII. PRODUKTION VON GETREIDE AUF TROCKENBÖDEN (IN TONNEN)

JAHR	PRODUKTION INSGESAMT	PRODUKTION PRO 1000 HEKTAR DER GESAMTFLÄCHE*
vor 1974	90.000	79,6
1975/76	240.000	212,4
1976/77	110.000	88,5
1977/78	134.000	124,6
1978/79	152.000	172,7
1979/80	231.000	411,8
1980/81	93.000	176,1
1981/82	103.600	207,6
1982/83	70.400	148,8
1983/84	84.900	199,2
1984/85	64.300	156,8
1985/86	73.200	203,3

*diese Gesamtfläche reduzierte sich bis 1985/86 auf 360.000 Hektar.

aus: Secretariados e Uniões das UCP's e Cooperativas Agrícolas (Hg.), XI Conferência da Reforma Agrária, Évora 24 e 25 de Outubro (Évora 1987), S.16

Außerordentlich bedeutsam, aber weniger spektakulär waren die Erfolge, die der Kollektivsektor vor 1980, dem „Jahr der endgültigen Wende“²², auf anderen Gebieten erzielte.

Zwischen 1976/77 und 1979/80 gelang die Ausdehnung der Futterwiesenflächen um 140%²³, was nicht nur zur Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit beitrug, sondern auch entscheidend für die Viehzucht war: Der Viehbestand (Stück pro Hektar,) war bis 1979/80 gegenüber der Zeit vor den Besetzungen um 200% angewachsen.²⁴

Dadurch erhielt die Viehzucht-Komponente (Rinder, Schafe, Ziegen, Schweine) in der Produktionsstruktur der UCP's größeres Gewicht; es verbesserte sich das Verhältnis traditioneller Trockengetreidekulturen zu den übrigen Bereichen. Bereits die III.Agrarreformkonferenz 1979 hatte eine „entschiedene Hinwendung zu einer intensiven Viehwirtschaft“²⁵ propagiert.

Nach Ansicht Hankes war die Verdopplung des Viehbestands um so beachtlicher, als die UCP's den Viehverkauf

VIII. VIEHBESTAND NACH ARTEN

JAHR	GESAMTFLÄCHE DER UCP'S / CA'S IN HEKTAR	RINDER	SCHAFFE	ZIEGEN	SCHWEINE
vor 1974	nicht existent	55.000	272.000	nicht verfügbar	31.000
1975/76	1.130.000	84.000	401.000	dito	91.000
1976/77	1.130.000	103.000	437.000	dito	170.000
1977/78	1.075.000	120.000	431.000	53.000	70.000
1978/79	880.000	95.000	377.000	47.000	70.000
1979/80	561.000	63.000	280.000	37.000	55.000
1980/81	528.000	48.000	263.000	36.000	40.000
1981/82	499.000	40.000	250.000	22.000	31.000
1982/83	473.000	37.000	219.000	18.000	29.000
1983/84	428.000	34.500	199.500	14.500	24.800
1984/85	410.000	31.200	188.900	15.000	25.700
1985/86	360.000	31.500	177.200	12.900	24.400

aus: Secretariados e Uniões das UCP's e Cooperativas Agrícolas (Hg.), XI Conferência da Reforma Agrária, Évora 24 e 25 de Outubro (Évora 1987), S.19

auch für die kurzfristige Überwindung finanzieller Schwierigkeiten hätten nutzen können²⁶ (siehe Tabelle VIII oben).

Mit dem Anbau des ersten portugiesischen Tabaks, mit dem einige UCP's 1977/78 begonnen hatten²⁷, war ein mutiger und erfolgversprechender Schritt in Richtung Produktionsdiversifizierung getan worden. Die Hektarerträge waren 1978/79 bereits höher als in Italien, Spanien und Griechenland.²⁸

Noch 1979 entfielen auf die UCP's, die rund 18% der nationalen Landwirtschaftsfläche einnahmen, 42% der Weizen-, Hafer und Gersteproduktion sowie 32% der Ölpflan-

zen-, 36% der Reis-, 20% der Tomaten- und 100% der Tabakproduktion.²⁹

Jüngst und Borowczak verweisen darauf, dass der portugiesischen Agrarreform im Gegensatz zu anderen Bodenreformen beträchtliche Produktionssteigerungen in allen Sparten gelungen waren.³⁰ Die monetäre Arbeitsproduktivität verdreifachte sich bis 1978 auf 170 Contos. Das waren die höchsten in Portugal erreichten Rentabilitätswerte.³²

Die Bodenproduktivität, die 1975 im Alentejo mit 2,5 c to./ha knapp 40% des nationalen Durchschnitts (6,9 c to./ha) erreichte, stieg bis 1985 kontinuierlich bis auf 30,7 c to./ha an.³³

Anmerkungen:

- 1 Vester / Barros, a.a.O., S.19
- 2 Auf diesen Umstand wies in einem 1988 in Lissabon mit dem Verfasser geführten Gespräch Rui Almeida hin, bis 1987 Mitarbeiter der CRA-RA, einer Organisation, die die internationale Solidarität mit der Agrarreform organisiert.
- 3 Vgl. Murteira, Notas..., a.a.O., S.17 f.
- 4 Vgl. O Diário (27.6.1987)
- 5 Vgl. Jüngst / Jülich, a.a.O., S.142
- 6 Vgl. Barreto, a.a.O., S.236
- 7 Vgl. Silva, a.a.O., S.45; vgl. Murteira, Agricultura no Sul, a.a.O.
- 8 Vgl. Borowczak, a.a.O., S.187 f.
- 9 Vgl. Comissão (Hg.) , a.a.O., S. 41 f.
- 10 Vgl. Borowczak, a.a.O., S.188
- 11 1975/76 waren nach Angaben der UCP's 44.100 „permanentes“ und 27.300 „Even-
- tuais“ beschäftigt gegenüber 11.100 „permanentes“ und 10.600 „eventuais“ auf der gleichen Fläche vor 1974. Vgl. Comissão (Hg.), a.a.O., S.42
- 12 Vgl. Secretariados (Hg.)...IX Conferência..., a.a.O., S.13
- 13 Balabanian, a.a.O., S.273
- 14 Vgl. Barreto, a.a.O., S.238 f.
- 15 Balabanian, a.a.O., S.268
- 16 Vgl. ebenda, S.273 f.
- 17 Vgl. Rosa, a.a.O., S.118
- 18 Vgl. Cunhal, Revolução..., a.a.O., S.99
- 19 Vgl. Rosa, a.a.O., S.119
- 20 Vgl. Secretariados (Hg.)... IX Conferência..., a.a.O., S.13 ff.
- 21 Vgl. ebenda, S.17
- 22 Borowczak, a.a.O., S.202

23 Vgl. Secretariados (Hg.), X Conferência..., a.a.O., S.15

24 Vgl. ebenda, S.20

25 Jüngst / Jülich, a.a.O., S.158

26 Vgl. Hanke, a.a.O., S.98

27 Vgl. Borowczak, a.a.O., S. 201

28 Vgl. Secretariados (Hg.)... IV Conferência..., a.a.O., S.15

29 Vgl. Murteira, Mercado Comum..., a.a.O., S.92

30 Vgl. Jüngst / Jülich, a.a.O., S.155; vgl. Borowczak, a.a.O., S.192

31 Geldwert der Produktion eines Arbeiters in einem Jahr.

32 Vgl. Silva, a.a.O., S.46

33 Vgl. Secretariados ... (Hg.), XI Conferência..., a.a.O., S.29

8.2 Die erzwungene Abkehr von der Politik der Beschäftigungsmaximierung. Der Umschwung in eine defizitäre Phase

Die dargestellte Politik der ökonomischen Strangulierung machte sich 1978 im Absinken der Bruttoinvestitionen von 2,1 Millionen Contos auf 1,5 Millionen Contos unmittelbar bemerkbar. 1978 und 1979 mussten die Investitionen zu hundert Prozent aus eigenen Mitteln bestritten werden.³⁴ Insgesamt waren die Betriebe solvent; langfristige Verpflichtungen waren durch Güter und Werte gedeckt. Die Fähigkeit, sofortigen und kurzfristigen Verbindlichkeiten nachzukommen (Liquidität), war jedoch durch die CAE- und Korkpolitik der Regierungen eingeschränkt.³⁵

Bis 1979 einschließlich befanden sich die Betriebe in der Gewinnzone; 1980 setzte ein abrupter Umschwung in eine defizitäre Phase ein: Wie eine Katastrophe, in der das Vieh getötet und Kulturen und Böden zerstört wurden, war die Gegenoffensive über die UCP's hereingebrochen. Ihre Einnahmen waren durch den „Raub“ auch von Teilen der Ernte gesunken, ihre Ausgaben waren aber vorerst in voller Höhe bestehengeblieben.³⁶

1982 wurde geschätzt, dass die Gesamtschulden der UCP/CA's gegenüber dem Staat dennoch sechs Millionen Contos nicht überstiegen hatten, während der Staat den UCP's bereits 16,57 Millionen Contos - u.a. für Kork und Entschädigungen - schuldete.³⁷ Den Vorschlag, die Schulden gegeneinander aufzurechnen, hatten alle Regierungen abgelehnt.³⁸

Ab 1980 gab es erstmals „massive Deinvestitionserscheinungen“.³⁹ Die Investitionsfähigkeit blieb eingeschränkt, weil jeweils die besten Böden reprivatisiert worden waren. Darunter befanden sich 28.800 ha Bewässerungsland, obwohl die UCP's davon 1975 lediglich 9.500 ha besetzt hatten.⁴⁰

Gesunkene Investitionen führten dann Mitte der achtziger Jahre zu einem enormen Liquiditätsüberschuss.⁴¹

Die flächenmäßige Reduzierung des Reformsektors (siehe Tabelle IX unten) zwang die UCP's, den nun tatsächlich vorhandenen Arbeitskräfteüberschuss in den Agrarbetrieben abzubauen.

IX. KULTIVIERTE FLÄCHEN – BEWÄSSERUNGSLAND, TROCKENBÖDEN UND FUTTERWIESEN
OHNE BAUM- UND STRAUCHKULTUREN - DES UCP / CA-SEKTORS IN HEKTAR

JAHR	GESAMTFLÄCHE DER UCP'S / CA'S	KULTIVIERTE FLÄCHE	KULT.FLÄCHE / GESAMTFLÄCHE IN %	VERÄNDERUNG IM VERGLEICH VOR LANDBESETZUNGEN IN %
vor Besetzungen	(1.130.000)	94.500	8,0	--
1975/76	1.130.000	271.000	23,9	+188
1976/77	1.130.000	265.000	23,4	+188
1977/78	1.075.000	312.000	29,0	+275
1978/79	880.000	279.000	31,7	+275
1979/80	561.000	315.000	56,1	+350
1980/81	528.000	191.000	36,1	+325
1981/82	499.000	148.500	29,7	+250
1982/83	473.000	113.700	24,0	+200
1983/84	428.000	103.490	24,0	+200
1984/85	410.000	99.500	24,0	+200
1985/86	360.000	93.360	26,0	+225
1986/87	*	89.260	*	*

*Die entsprechenden Daten konnten in den Bericht zur XI. Konferenz noch nicht eingehen.

aus: Secretariados e Uniões das UCP's e Cooperativas Agrícolas (Hg.), XI Conferência da Reforma Agrária, Évora 24 / 25 Outubro (Évora 1987), S.12 und Secretariados e Uniões das UCP's e Cooperativas Agrícolas (Hg.), XI Conferência da Reforma Agrária, Évora 1,2 Junho (Évora 1985), S.12. - Eigene Berechnungen.

Unter diesen Bedingungen konnte die Agrarreform eines ihrer Ziele - Arbeit für alle - nicht erreichen. Der Anteil der „permanentes“ an der Gesamtzahl der Arbeitskräfte ging zurück auf 56% 1984/85 (Höchststand 1979: 81%).⁴² 1984/85 konnten die UCP's nur 10.630 Menschen dauernd und 8.220 zeitweise beschäftigen (siehe Tabelle X).⁴³

Der Sektor hatte erheblich an Bedeutung verloren.

X. ARBEITSPLÄTZE IN DEN KOLLEKTIVGÜTERN UND KOOPERATIVEN

Jahr	Permanente			Saisonarbeiter		
	Total	Männer	Frauen	insges.	Männer	Frauen
Vor 1974	21.800	9.300	1.900	11.200	5.700	4.900
1975/76	71.900	30.500	13.600	44.100	15.800	12.000
1976/77	64.200	31.600	13.600	45.200	7.000	12.000
1977/78	59.000	29.000	13.100	43.000	5.000	11.000
1978/79	43.900	24.000	10.000	34.000	1.700	8.200
1979/80	26.000	15.000	6.000	21.000	500	4.500
1980/81	25.000	13.500	2.600	16.100	800	8.100
1981/82	22.550	12.510	2.820	15.330	640	6.580
1982/83	20.300	10.720	1.990	12.710	670	6.920
1983/84	19.550	9.450	1.800	11.250	900	7.400
1984/85	18.850	8.890	1.740	10.630	1.290	6.930
1985/86	16.810	7.960	1.710	9.670	1.060	6.080
						7.140

*Die entsprechenden Daten konnten in den Bericht zur XI. Konferenz noch nicht eingehen.

aus: Secretariados e Uniões das UCP's e Cooperativas Agrícolas (Hg.), XI Conferência da Reforma Agrária, Évora 24 / 25 Outubro (Évora 1987), S.27



Anmerkungen:

34 Vgl. Silva, a.a.O., S.47

35 Vgl. ebenda, S.48

36 Vgl. Secretariados ... (Hg.), VI Conferência da Reforma Agrária, Évora, 29 e 30 de Maio 1982 (Évora 1982), S.29; vgl. Secretariados ..., (Hg.), X. Conferência..., a.a.O., S.29

37 Vgl. Os Secretariados e Uniões Distritais das UCP's / Cooperativas Agrícolas de Beja,

Évora, Portalegre, Santarém e Setúbal. A Federação dos Sindicatos dos Trabalhadores da Agricultura do Sul (Hg.), (hektograph. Manuskrift, 12.10.1982), S.7

38 Vgl. ebenda, S.10

39 Borowczak, a.a.O., S.248

40 Vgl. Secretariados... (Hg.), XI Conferência..., a.a.O., S.7

41 Vgl. ebenda, S.31

42 Vgl. Secretariados ... (Hg.), X. Conferência..., a.a.O., S.27 f.

43 Vgl. Secretariados... (Hg.), XI Conferência..., a.a.O., S.27

8.3 Die Ergebnisse der Reprivatisierung: Ein Vergleich mit Zielsetzungen des „lei-Barreto“

Zehn Jahre nach den Besetzungen im Alentejo hatten verschiedene in der Region nebeneinander existierende landwirtschaftliche Betriebstypen - kleine und mittlere Privatbetriebe, kapitalistische Betriebe und Bauernkooperativen traditioneller Art – im Handel, in der gemeinsamen Nutzung von Technik, Technologie und Werkstätten Formen der Zusammenarbeit mit den UCP's gefunden.⁴⁴

Nachdem die V.Agrarreformkonferenz 1981 zur Förderung der Unabhängigkeit die Schaffung eigener Vermarktungsstrukturen (Geschäfte, Kantinen, Supermärkte, Schlächter usw.) propagiert hatte, entwickelte sich insbesondere über die Verkaufskooperativen in einigen Kreisen eine breite Zusammenarbeit mit Klein- und Mittelbauern.⁴⁵ Hier entstanden Keimformen eines Bündnisses, die 1976 noch unentwickelt waren.

Obwohl die verschiedenen Regierungen seit 1976/77 ihre Landrückgabepolitik mit dem Versprechen gekoppelt hatten, den kleinen landwirtschaftlichen Produzenten Böden zuzuteilen, waren die tatsächlich an sie übergebenen Flächen „gering und eher als der Propaganda dienende Wahlgeschenke zu betrachten...“⁴⁶ Nach Barreto waren von den rund 650.000 Hektar, die bis 1981 vom Kollektivsektor wieder abgetrennt worden waren, 500.000 ha den alten Besitzern und 150.000 ha Kleinbauern übergeben worden.⁴⁷

Für diese Angabe nennt Barreto keine Quelle. Die für den gleichen Zeitraum von den Distriktssekretariaten der UCP's genannte Zahl liegt wesentlich darunter:

Danach wurden bis zum 3. 12. 1980 84,5% des Vorbehaltlands den alten Agrariern, 0,2% einzelnen Landarbeitern und nur 6,3% (rd. 40.000 ha) den Kleinbauern übergeben. Neun Prozent der Böden erhielten Personen, die nach Einschätzung der betroffenen UCP's nichts mit der Landwirtschaft zu tun hatten.

Zusammengekommen waren das 15,5% der Fläche, und selbst das war weniger als der von Barreto genannte Bodenanteil.⁴⁸ Diese Angaben korrespondieren auch mit den von der X. Agrarreformkonferenz veröffentlichten Daten. Von den bis 1985 reprivilisierten 720.300 ha waren nach diesen Angaben lediglich fünf Prozent „wirklichen“ Kleinbauern zur Verfügung gestellt worden.⁴⁹

Ob es den Regierungen auf diese Weise tatsächlich gelang, die Kleinbauern dauerhaft an ihre gegenrevolutionäre

Agrarreformpolitik zu binden, muss bezweifelt werden. Auch ihnen nämlich wurde wie den UCP's nicht das Eigentum, sondern nur das Nutzungsrecht am Boden übertragen. Was das konkret bedeutete, mussten 1984 51 Kleinbauern erfahren, denen man das Land wieder genommen hatte.⁵⁰ Die Hoffnung Barretos, das nach ihm benannte Gesetz würde die Entwicklung moderner, dynamischer kapitalistischer Landwirtschaftsbetriebe stimulieren, erfüllte sich - wenn überhaupt – nur in bescheidenem Umfang.⁵¹

Es gibt keine offiziellen statistischen Angaben über erneut brachliegende oder ungenutzte Flächen, jedoch wurde auf der „III. Konferenz gegen die Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft im Alentejo und Ribatejo“ Anfang 1986 der Umfang der kaum oder nicht genutzten Böden auf 320.000 ha geschätzt, die sich auf 500 Güter, davon 160 mit eigenen Bewässerungsanlagen, verteilen.

Gleichzeitig gab es 30.000 Arbeitslose in der Landwirtschaft der ZIRA, von denen 60% keinerlei Unterstützung erhielten.⁵²

„Die Großgrundbesitzer wirtschaften grundsätzlich weiterhin extensiv“, stellen Vester und Barros 1985 fest.⁵³ Die Hälfte des den Latifundisten zurückstammten Bodens war mit Stein- und Körnekeien bepflanzt; gerade das jedoch verleitete zusätzlich zur Beibehaltung des für das Latifundium charakteristischen Absentismus und der extensiven Bewirtschaftung.⁵⁴

Das „Institut für Sozialforschung Damião de Goís“, das den Präsidenten der Republik wissenschaftlich berät, veröffentlichte 1984 eine Studie über die Auswirkungen des „lei 77/77“ und gelangte zu der Schlussfolgerung:

„Die Ziele des Gesetzes 77/77 in Sachen Erhöhung der Produktion und der Produktivität der Landwirtschaft... und der Verbesserung der Lebensbedingungen der Landarbeiter und der kleinen und mittleren Bauern sind heute weiter entfernt als zum Zeitpunkt ihrer gesetzlichen Festlegung.“⁵⁵

Auch der politische Anspruch, mit der Gegenoffensive den Einfluss der PCP zurückzudrängen, konnte nicht eingelöst werden. Die PCP konnte ihre starken Positionen im Alentejo zwischen 1976 und 1985 zum Teil sogar noch ausbauen.

Das von ihr geführte Linksbündnis APU („Allianz Vereintes Volk“) erhielt in den Distrikten Setúbal, Évora, Portalegre und Beja, die 1985 etwa 13% der portugiesischen Wähler stellten, regelmäßig mehr als ein Drittel ihrer landesweit errungenen Stimmen.⁵⁶ Herausragend waren ihre Ergebnisse bei den Gemeinderatswahlen 1976, 1979, 1982 und 1985.

In den Distrikten Setúbal, Évora und Beja erhielt die APU 1982 und 1985 absolute Mehrheiten. In den Kerndistrikten der Agrarreform siegten ihre Anhänger, verloren ab 1980 ihre konservativen Gegner und stabilisierten sich die zwischen Reform und Gegenreform schwankenden Sozialisten,

allerdings auf einem weitaus niedrigeren Niveau als 1975/76 (siehe Tabelle XI unten).

Wo die PCP „stark war, haben auch am ehesten die Kooperativen die Gegenreform überlebt.“⁵⁷

XI. WAHLERGEBNISSE IN DER ZIRA BZW. IN VIER ZIRA-DISTRIKTEN (IN PROZENT)

L = Landesweites Ergebnis

A.

Verfassungsgebende Versammlung 1975 AR* 1976 Gemeinde-wahlen 1976

	L	Z	L	Z	L	Z
PPD	24,7	7,5	22,8	9,8	23,1	8,0
CDS	7,7	2,2	16,1	6,9	16,8	4,8
PPM	0,6	0,3	0,5	0,5	0,2	0,3
PCP	13,1	31,9	15,2	36,9	18,3	40,5
MDP	4,2	5,6	-	-	-	-
PS	38,6	41,3	35,2	35,0	33,6	37,2

*AR = Assembleia da República (Lissaboner Zentralparlament)

aus: Macedo, a.a.O., S.146 und S.149

AD	Demokratische Allianz (PPD/PSD,CDS,PPM)
APU	Allianz Vereintes Volk (PCP,Grüne,MDP-CDE)
CDS	Soziales und Demokratisches Zentrum
MDP-CDE	Port.Demokr. Bewegung-Demokr.Wahlkommissionen
PCP	Portugiesische Kommunistische Partei
PPD/PSD	Volksdemokratische Partei / Sozialdemokr.Partei
PPM	Monarchistische Volkspartei
PRD	Demokratische Erneuerungspartei
PS	Sozialistische Partei
UDP	Demokrat.Volksunion

Z = Ergebnis in der ZIRA (Basis: 72 Munizipien der ZIRA)

AR* 1979 Gemeinde-wahlen 1979 AR* 1980

	L	Z	L	Z	L	Z
AD	44,2	25,5	26,6	16,1	46,4	27,4
APU	19,7	41,8	21,3	47,0	17,5	38,7
PS	27,6	21,7	28,1	24,2	28,3	25,6

B.

AR 1983 AR 1985

	L	Z	L	Z
APU	18,2	44,5	15,5	38,0
PS	36,4	30,0	20,8	17,6
PSD	27,0	14,3	29,8	16,4
CDS	12,4	5,2	9,8	3,6
UDP	0,5	1,3	1,3	1,6
PRD	--	--	18,0	18,1

aus: O Militante, Boletim de Organização do Partido Comunista Português, Nr.126, 53.Jg. (1985), S.10 ff.

Anmerkungen:

44 Vgl. António Murteira, Por um projecto democrático para a agricultura portuguesa, in: EC Economia, Nr.63, 11.Jg. (1986), S.33 ff. (S.34 f.)

45 Vgl. Secretariados... (Hg.), V Conferência..., a.a.O., Conclusões, Tema 6, S.3 f.

46 Diskussion zum Referat „Kurze Bilanz der Agrarreform“ v. W. Borowczak, in: Vester u.a., Die vergessene Revolution..., a.a.O., S.25

47 Vgl. Barreto, a.a.O., S.236

48 Vgl. Zillah Branco, Os trabalhadores da Reforma Agrária criam novos caminhos de desenvolvimento, in: EC Economia, Nr.35, 6.Jg. (1981), S.17 ff. (S.21)

49 Vgl. Secretariados... (Hg.), X. Conferência..., a.a.O., S.131

50 Vgl. Cunhal, Falência da Política da Direita..., a.a.O., S.131

51 „Ein modernisiertes Agrarunternehmertum ist bisher nur geringfügig gestärkt worden...“ Vester / Barros, a.a.O., S.18

52 Vgl. Avante (20.2.1986); vgl. Secretariados... (Hg.), X. Conferência..., a.a.O., S.4

53 Vester / Barros, a.a.O., S.18

54 Vgl. Secretariados... (Hg.), XI. Conferência..., a.a.O., S.20

55 Zit. nach: O Diário, suplemento „A Reforma Agrária e o Alentejo“ (25.11.1987)

56 Vgl. Macedo, a.a.O., S.160

57 Vester, Die sanfte Revolution..., a.a.O., S.105



9. Versuch der Bewertung und Schlussfolgerungen

9. Der Versuch einer Bewertung und Schlussfolgerungen

Die Auseinandersetzungen um die Agrarreform 1976 bis 1985, die Zurückdrängung (Barreto), die massiven (Sá Carneiro) und gemäßigen Reprivatisierungen (AD und PS/PSD) führten zu einer entscheidenden Schwächung des Reformsektors und zu einer Entwicklung, die zur vollständigen Wiederherstellung alter Besitzstrukturen in der Latifundienzone tendierte.

Die strukturellen Asymmetrien und Schwächen, durch die die portugiesische Landwirtschaft charakterisiert war - starke Zersplitterung des Eigentums im Norden, wachsende Eigentumskonzentration im Süden, Verarmung, Stagnation auf niedrigem Produktionsniveau, niedrige Rentabilität - konnten nicht überwunden werden.

Die Agrarimporte waren 1981 nur noch zu 23% durch Agrarexporte gedeckt¹; nach wie vor trug die Landwirtschaft in erheblichem Maße zum Zahlungsbilanzdefizit bei; es verschärfen sich einige der alten Probleme.

Die Politik, die in Portugal seit 1976 dominierenden Kräfte entwickelten, ging mit der 1975 entstandenen neuen ökonomischen Organisation des Landes nicht konform.

„Als die Wahlen die politische Macht änderten und die radikalen Militärs durch eine gemäßigtere Strömung ersetzt wurden, wurde der Agrarreform, so wie sie bis dahin durchgeführt wurde, mit ganz andersartigen oder sogar feindlichen Projekten begegnet“², stellt António Barreto fest. Das unter seiner Verantwortung entstandene „lei 77/77“ war eins dieser feindlichen Projekte; es leitete 1977 „einen langsamem Prozess der Rückeroberung der Macht der großen Eigentümer“³ ein.

Damit verfehlte es aber eines seiner Ziele, das in der Schaffung moderner kapitalistischer Agrarbetriebe bestanden hatte, denn auch der reformierte portugiesische Kapitalismus konnte kein Interesse an einer Rückkehr des Latifundiensystems haben.

Das Gesetz wurde in den folgenden Jahren „gezielt als Waffe zur Zurückdrängung des Einflusses der PCP eingesetzt, ohne dass davon die Lösung der massiven landwirtschaftlichen Produktivitätsprobleme profitiert“⁴ hatte, da die „Großgrundbesitzer bei der Nutzung ihrer Reserven nicht mitzogen.“⁵

Gleichzeitig wurde die Agrarreform an der Entfaltung ihrer ökonomischen und sozialen Potenzen gehindert. In Portugal, wo man auf „stürmische“ wirtschaftliche Entwicklungen nur selten verweisen konnte, wurde die dynamische Aufwärtsentwicklung und Effizienz eines Sektors mit finanziellen und administrativen Mitteln gestört, weil Fortschritte offenbar unerwünscht waren, solange sie mit den neuen Eigentumsverhältnissen verbunden blieben.

Nach Bandarra / Jazra hätte ein ungeschmälter Kollektivsektor auf mittlere und längere Sicht eine „unbestreitbare Dominanz“⁶ über den Privatsektor in der Agrarreformzone erringen können. Dies könnte ein Grund dafür sein, weshalb sich der portugiesische Kapitalismus als unfähig erwies, die revolutionäre Agrarreform zu integrieren.

1985 waren im Grunde weder das sozialistische noch das kapitalistische Agrarreformkonzept aufgegangen. Die Auseinandersetzungen um die Agrarreform hatten den sozialistischen, aber auch einen kapitalistischen Reformprozess blockiert und dem Latifundismus zur Wiedererlangung eines großen Teils seiner Macht verholfen.

Anmerkungen:

1 Vgl. Mahlau, a.a.O., S.15

2 Barreto, a.a.O., S.333

3 Lopes Cardoso, zit. nach: O Diário (13.2.1988)

4 Eisfeld, a.a.O., S.19

5 Rother, a.a.O., S.271

6 Bandarra / Jazra, a.a.O., S.35



10. Nachwort über die portugiesische Agrarreform nach 50 Jahren

10. Nachwort, Agrarreform Portugal

Natürlich blickt man 2024, im Jahre 50 nach der Aprilrevolution, noch einmal anders auch auf ihre schönste Errungenschaft, die Agrarreform.

Rückblickend muss man sich vergegenwärtigen, dass sämtliche Veränderungen, die nach dem Sturz der Diktatur am 25. April 1974 durchgesetzt wurden und denen überhaupt nur zu verdanken ist, dass eine militärische Erhebung zu einer „Aprilrevolution“ genannten Volksrevolution wurde, ihren Ursprung ausschließlich in den ersten zwei Jahren hatten, die zwar nicht die Welt erschütterten, aber doch die Heimat der Portugiesen. In diesen zwei Jahren bis 1976 fand Geschichte im Zeitraffer statt.

Volle achtundvierzig Jahre dauerte es dagegen, die tiefgrifendsten Veränderungen dieser beiden Jahre schrittweise wieder zurück zu drängen. Das waren jene revolutionären Maßnahmen, die bereits weit über eine einfache bürgerlich-demokratische Erneuerung hinaus reichten und schon in eine Richtung wiesen, die die ökonomische Macht von großen Banken und Monopolen sowie den Einfluss der reichsten portugiesischen Familien dauerhaft überwinden wollte.

Ausgeprägter als heute gab es in der damaligen Gesellschaft ein Verständnis dafür, dass diese sozialen Kräfte die eigentlichen Nutznießer und Stützen des faschistischen Regimes waren. Heute spricht man gern von Oligarchen und „Eliten“, verknüpft dies jedoch selten mit einer Kapitalismuskritik oder mit dem großen Kapital des eigenen Landes. Schon gar nicht ist weiterhin davon die Rede, dass Faschismus und Krieg erst auf dem Boden einer Gesellschaft entstehen, in der die Eigentumskonzentration in den Händen sehr weniger Menschen gesetzmäßig ist und die sich Institutionen geschaffen hat, die diese Herrschaft verewigen sollen.

Agrarreform sollte neue Entwicklungslogik etablieren

Die Versuchung bleibt groß, die portugiesische Agrarreform mehr unter einem nostalgischen sozialromantischen Blickwinkel zu betrachten. Das aber hat sie nicht verdient. Sie war ein sehr ernst zu nehmender Versuch, durch die Übertragung des Bodens an die, die ihn bearbeiten, einer neuen Entwicklungslogik auf der Grundlage einer neuen Eigentumssstruktur zum Erfolg zu verhelfen. Sie war die unmittelbar auf der Hand liegende Antwort auf die Frage, auf welche Weise und zu wessen Nutzen der vorhandene landwirtschaftliche Boden mit allen verfügbaren Händen genutzt werden sollte. Diese neue Entwicklungslogik war eine Provokation der bis dahin sozial, politisch, wirtschaftlich und auch ideologisch vorherrschenden Mächte.

Sie sabotierten die Fortsetzung dieses „Versuchs“ von dem Augenblick an, in dem sie die „Kommandohöhen“ im Staat wieder vollständig zurück erlangt hatten. Ein wirtschaftliches und soziales Modell, das nicht auf dem Boden kapitalistischen Eigentums basierte, durfte keinen Erfolg haben.

Diese Feststellung ist wichtig, denn die demokratische bürgerliche (kapitalistische) Gesellschaft nimmt zwar immer wieder gern „Pluralismus“ für sich in Anspruch, versteht darunter jedoch am allerwenigsten einen Pluralismus von Eigentumsverhältnissen: Hier hört normalerweise der Spaß auf, es sei denn, besondere Umstände (d.h. Kräfteverhältnisse) erzwängen die Duldung eines starken öffentlichen, zum Beispiel genossenschaftlichen Sektors.

In Portugal fehlte, wie seine nachrevolutionäre Geschichtse seit fünfzig Jahren beweist, selbst jenen Parteien das Interesse an einer „gemischten Wirtschaft“, die einen quasisozialistischen Genossenschaftssektor umschlossen hätte, die zunächst das Ziel eines „demokratischen Sozialismus“ in ihre Programme geschrieben hatten und den Kommunisten mit allerlei wohl klingenden Phrasen das Wasser abzugraben versuchten.

Kaum waren sie an der politischen Macht und mussten diese weder mit linken Militärs noch mit der PCP und ihren Verbündeten teilen, enttäuschten sie die eigenen ehrlichen Anhänger und Wähler, die tatsächlich geglaubt hatten, es ginge ihnen um Projekte der Arbeiterselbstverwaltung (und nicht nur um den Kampf gegen „kommunistische Partei-herrschaft“) in Unternehmen der Landwirtschaft, der Industrie oder in Dienstleistungen.

Erinnern wir uns an Klassenkampf von oben

Erinnern wir uns, wie insbesondere Vertreter der Sozialistischen Partei monierten, wie unerhört groß einige der Produktionsgenossenschaften geworden waren – dem Latifundium sei ein „Parteilatifundium“ gefolgt! Erinnern wir uns daran, wie kleinen und mittleren Landwirten suggeriert worden war, dass die Agrarreform sie beseitigen wollte. Erinnern wir uns daran, dass ihnen versprochen worden war, sie im Zuge der Rückverteilung von Bodeneigentum zu berücksichtigen und die familiären Betriebe generell besonders zu fördern. Erinnern wir uns daran, dass man dem Genossenschaftssektor, dessen Entwicklung man keine ruhige Minute gegönnt hatte, eine mangelnde Diversifizierung der Produktion, mangelnde Fachlichkeit und zu geringe Produktivität vorgeworfen hatte.

Für die Verfechter der bekämpften Agrarreform war die Größe der Güter allein kein Kriterium. Das Kriterium war die für das Land sinnvolle Art der Nutzung landwirtschaft-

licher Flächen. Denn das Land hatte für sie eine soziale Funktion.

Strategisch gesichert werden sollte die Erzeugung von Nahrungsmitteln für ganz Portugal. Der ansässigen Bevölkerung sollte die Aussicht auf eine menschenwürdige Existenz geboten werden mit ganzjähriger Erwerbsarbeit, einer guten öffentlichen sozialen Infrastruktur, ausreichenden Renten und einem kulturellen und sozialen Umfeld, das auch die Jugend von der Flucht in die Städte oder ins Ausland abhalten sollte.

Regionale Asymmetrien sollten beseitigt werden; Bevölkerungs- und Altersgleichgewichte sollten hergestellt werden. Die schrittweise Erhöhung der Produktivität hätte der industriellen Verarbeitung der Erzeugnisse in der Region den Weg gebahnt, ganzjährige Arbeitsplätze geschaffen und mittelfristig zugleich die Mittel bereitgestellt für ein verbessertes Gesundheits-, Bildungs- und Verkehrswesen. Die angestrebte Ausweitung der agrarischen Produktpalette hätte die Abhängigkeit von Monokulturen verringert, der gesamten nationalen Versorgungssicherheit gedient und ökologisch höheren Nutzen erbracht.

In Wirklichkeit hatten jedoch auch die Gegner der Agrarreform keine wirklich grundsätzlichen Probleme mit großen Gütern. Für sie kam es wesentlich darauf an, in wessen Händen sich diese befanden und in wessen Interesse sie – gegebenenfalls – bewirtschaftet wurden. Die Gleichsetzung des Genossenschaftswesens mit der PCP sollte dumpfen Antikommunismus für die Zerschlagung eines konkurrierenden Gesellschafts- und Eigentumsmodells mobilisieren. Als dieses Ziel erreicht war, spielten viele der bisherigen Einwände keine Rolle mehr und erwiesen sich einmal mehr als vorgeschoben.

Erinnern wir uns daher an den Klassenkampf von oben, mit dem Effizienz, Potenzial und soziale wie demokratische Verankerung der Agrarreform bekämpft wurden und werfen wir einen kurzen Blick darauf, ob die vorläufigen Sieger dieser Geschichte denn irgendetwas Gutes für Portugal erreicht haben.

Fortdauer der Eigentumskonzentration als Grundproblem

Für den Zweck eines Nachworts, der hier verfolgt wird, schauen wir uns nicht den gesamten Zeitraum seit 1988 an, als die hier vorgestellte Arbeit über die Agrarreform entstand, sondern stützen uns im Wesentlichen auf die Entwicklung der letzten 25 Jahre, da sie zudem eine vorherige Tendenz nur weiter fortgesetzt hat.

Wie uns die portugiesische Agrarstatistik für die Jahre

2009 – 2019 bestätigt, blieb das Grundproblem der portugiesischen Landwirtschaft, die Konzentration riesiger Flächen in den Händen weniger Eigentümer, nicht nur bestehen, sondern verschärfe sich sogar. So verfügten 5% der Agrarbetriebe über 36,7% der landwirtschaftlichen Nutzfläche, während sich 95% der Betriebe die restlichen 58,6% der Nutzfläche teilten. Erhalten blieb dem Grunde nach, dass der Norden Portugals weiterhin viel stärker von bäuerlichem Kleineigentum geprägt ist als der Süden. Dennoch schreitet auch dort die Konzentration voran.

Insbesondere aber das Alentejo mit den Distrikten Évora, Beja und Portalegre bleibt das Land des privaten Großgrundbesitzes, nur dass es 2019 4.731 Betriebe (das entspricht einem Anteil von 14%) von großen, zumeist ausländischen, oft spanischen Agrargesellschaften waren, die über 48,8% der landwirtschaftlichen Nutzfläche verfügten. Es waren noch 26.657 einzelbäuerliche Wirtschaften erhalten geblieben, die sich auf den Rest der Nutzfläche verteilten. Auf Agrargesellschaften (in Portugal 5% aller Betriebe) entfiel im Durchschnitt der EU ein Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche; in Portugal waren es bereits 37%. Diese Betriebe verfügten im Schnitt über 99,7 ha.

Für die weiter vorangeschrittene Konzentration von Grundbesitz im Alentejo spricht auch die Tatsache, dass auf seine drei Distrikte 2019 zwar 55,9% der gesamten portugiesischen Nutzfläche entfielen, aber nur 11,7% der Landwirtschaftsbetriebe. Mit einer Durchschnittsfläche von 68,9 ha pro Betrieb (portugiesischer Durchschnitt 13,7 ha) gab es im Alentejo mit weitem Abstand die größten Betriebe.

Zwischen 1999 und 2009 sank die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe Portugals von 415.969 um 26,6% und von 2009 bis 2019 um weitere 4,9% auf schließlich 290.229, während sich die Durchschnittsfläche allein seit 2009 von 12 auf 13,7 ha vergrößerte. Diese Tendenz verzeichnete man bereits 1989-1999, wobei die kleinen Betriebe von 1-100 ha Fläche 55.035 ha verloren und Betriebe ab 100 ha 136.917 ha gewannen. In diesen zehn Jahren unter Regierungen, die von der PS bzw. der PSD gestellt worden waren, wurden 11.143 überwiegend kleinbäuerliche Betriebe (das waren 23,7% aller LW-Betriebe) zerstört.

Der Niedergang der Familienbetriebe

Im Alentejo wurden 2019 noch 31.131 Betriebe gezählt; es hatte seit 2009 13,3% seiner Landwirtschaftsbetriebe verloren.

Während 2019 in der EU noch mehr als drei Viertel des landwirtschaftlichen Arbeitsvolumens auf Familienbetriebe entfielen, waren es in Portugal 68%.

Der Einsatz landwirtschaftlicher Arbeitskräfte (gemessen am Äquivalent von einer Arbeitskraft an 240 Tagen/Jahr zu je acht Stunden) sank zwischen 2009 und 2019 um insgesamt 14,4%. Gleichzeitig nahm jedoch die Lohnarbeit zu (+30,7%), so dass es die Familienbetriebe waren, die zum deutlichen Rückgang beitrugen. Das Durchschnittsalter der Einzelbauern stieg von 62 Jahren auf 64 Jahre.

Eine Studie des Lissaboner Universitätsinstituts kam 2021 zu dem Ergebnis, dass nur 13% der Familienbetriebe ausschließlich von der Landwirtschaft leben konnten. Die Durchschnittsgröße eines Familienbetriebs bestand aus zwei Personen. Kennzeichen waren Überalterung, geringe Qualifikation und niedrige Effektivität. Das Einkommen vieler Bauern, schrieb die Zeitschrift „Militante“, habe oft nicht gereicht, um Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen.

Freilich liegt die Durchschnittsgröße des deutschen Landwirtschaftsbetriebs mit 64,13 ha (2022) längst deutlich über der aktuellen portugiesischen. Und auch in Deutschland sank die Gesamtzahl der überlebenden Betriebe in den letzten dreißig Jahren gewaltig. Beide Länder, Portugal seit 1986, unterliegen den gleichen Vorgaben der Brüsseler Agrarpolitik, die faktisch auf die Beseitigung kleinerer Betriebe zielen. Festzustellen ist deswegen, dass es natürlich nicht die sozialistische Agrarreform mit ihren Kooperativen war, die bäuerliche Familienbetriebe in Portugal zerstörte. Sie nutzte man als antikommunistisches Schreckgespenst.

Diese Bauernwirtschaften hätten in Wirklichkeit umgekehrt ausschließlich an der Seite eines starken Genossenschaftssektors eine tatsächliche Überlebenschance gehabt und rentabel wirtschaften können.

Den immer weniger werdenden portugiesischen Familienbetrieben ist eine Selbstbestimmung auch wegen der Brüsseler Agrarpolitik kaum noch möglich. Die Subventionen, die Landwirten gezahlt werden, sind an bestimmte Produkte gebunden, was die Möglichkeiten von Bauern zur Diversifizierung der Produktion einschränkt. Auch in Portugal nutzen diese Subventionen insbesondere vier große Handelskonzerne aus, die keine kostendeckenden Preise an die Landwirte zahlen.

Entvölkerung und Mangel an sozialer Infrastruktur

Im Oktober 1985 beschrieb der damalige Staatspräsident Ramalho Eanes anlässlich einer alentejanischen Entwicklungskonferenz die Probleme des Alentejo wie folgt:

Die Alentejaner warteten „seit langem auf eine Lösung für die Probleme der Entvölkerung, des Mangels an sozialer Infrastruktur, des Analphabetismus, der Erfüllung der

Grundbedürfnisse (...). Aber wir alle wissen, dass unter dem Potenzial, das in dieser riesigen Region vorhanden ist, das größte Kapital die Menschen im Alentejo selbst sind, die mit einer spezifischen und charakteristischen Kultur (...) ein grundlegender Vektor für Transformation und Entwicklung sind.“

Diese Beschreibung des damaligen Staatspräsidenten war richtig. Aber bis zum Februar 1990 waren die Kooperativen der allein eine Perspektive biedenden Agrarreform im Ergebnis eines mit allen Mitteln, von Gewalt bis zu ökonomischem Zwang, geführten Klassenkampfs auf 10% der ursprünglich besetzten Flächen zurück gedrängt worden.

Um alle nach dieser gründlichen Zerschlagung der Agrarreform erlittenen sozialen, wirtschaftlichen und auch kulturellen Rückschläge aufzuzeichnen, fehlt hier der Raum.

Zu den skandalösesten Erscheinungen gehörte, dass noch 2001 15,9% der alentejanischen Bevölkerung über 10 Jahre weder lesen noch schreiben konnten; beim Zensus 2011 waren es mit 9,7% immer noch fast doppelt so viele wie im Landesdurchschnitt. Selbst 2021 bestätigte sich dieser Sachverhalt, wenn auch mit verringerten Zahlen (6,4% Alentejo, 3,08 % Landesdurchschnitt). Der Rückgang war nicht etwa auf „kulturelle Dynamisierung“ und Bildungsoffensiven wie kurz nach der Revolution zurück zu führen, sondern war schlicht dem Wegsterben analphabetischer Senioren zu verdanken. Überflüssig zu sagen, dass die Zahl der Analphabeten nirgendwo in Portugal höher war.

In den drei Alentejo-Districten Beja, Portalegre und Évora lebten 1981, als noch Genossenschaften in der Agrarreformzone existierten, laut Volkszählung 511.602 Menschen. Bis 2021 sank die Einwohnerzahl auf 401.777 (Volkszählung 2021). Das Ergebnis war noch um 60.000 schlechter als die Prognose des portugiesischen Statistikinstituts INE von Anfang 2000. Diese Entwicklung ist vergleichbar mit den Jahren unter der Diktatur, als die Zahl der Alentejaner von 667.479 (1960) auf 523.479 (1970) fiel.

Gemäß Demografiebericht 2022 der portugiesischen Statistikbehörde INE hatte die Region Alentejo zwischen 2017 und 2022 mit 0,2% den geringsten Bevölkerungszuwachs von allen portugiesischen Regionen; im Durchschnitt war die Bevölkerung Portugals um 1,27% gewachsen. Dass das Alentejo aber ebenfalls leicht wuchs, hatte es ausschließlich einem positiven Saldo der Migrationsbewegung zu verdanken, der im genannten Zeitraum mit rund 4% über dem Landesdurchschnitt von etwas über 3% lag. Leicht höher lag der Migrationssaldo nur in der Region Centro und im Algarve (5,6%). Tatsächlich verzeichnete das Alentejo zwischen 2017 und 2022 mit -4,7% den größten Bevölkerungsverlust

aller Regionen, wenn man ausschließlich die Differenz zwischen Sterbefällen und Geburten betrachtet.

Dies ist kein Indiz für ein verbessertes Lebensniveau in der Region, sondern für eine im Prinzip nur durch die Agrarreformzeit kurzzeitig unterbrochene strukturelle Fehlentwicklung. In dieser Zeit hatte sich die Anbaufläche von vor den Landbesetzungen bis zum Jahr 75/76 verdreifacht; allein die Getreideproduktion stieg um das 2,8-fache und die Zahl der Arbeitsplätze vervierfachte sich. Viele der Menschen kehrten zurück, die in den Jahrzehnten zuvor ausgewandert waren, wie eine 2011 in Évora erschienene Untersuchung feststellte.

Die Überalterung in der Region Alentejo

Diese Daten sowie die Tatsache, dass die Region Alentejo mit der Region Centro 2022 zu jenen mit dem geringsten Anteil von Menschen im arbeitsfähigen Alter (ca. 61%) gehörte, aber einen überdurchschnittlichen Anteil an Menschen über 65 Jahren (26,8% gegenüber landesweit 24%) aufwies, sind weitere Indizien für eine anhaltend unzureichende soziale Attraktivität der drei Distrikte Évora, Beja und Portalegre.

Während in ganz Portugal 2022 auf 100 Jugendliche 185,6 „Alte“ entfielen, waren es im Alentejo bereits 215,6. Mit einer Ausnahme (2021) hatte das Alentejo zwischen 2017 und 2022 stets die niedrigste Zahl an Eheschließungen.

Zu Beginn des 21.Jahrhunderts hatte das Alentejo so wenig Bewohner wie 1910; es hatte eine ältere Bevölkerung als 1920 und verlor zwischen 1950 und 2001 33,2% seiner Bevölkerung.

In den drei Alentejo-Distrikten gibt es 14 Städte (Stand 2003), von denen keine mehr als 50.000 Einwohner zählt. Während fast alle der 47 Munizipien schrumpften, gewannen die meisten der Städte im Rahmen der Landflucht jedoch Einwohner hinzu.

Der von Eanes beklagte Mangel an sozialer Infrastruktur machte sich erneut stark bemerkbar. Aber nicht nur Schulen, Gesundheitsdienste und Postämter verschwanden mit den Bewohnern aus dem ländlichen Raum, sondern auch für die Wirtschaft wichtige Eisenbahnlinien, Bahnhöfe, Kreditinstitute, Schlachthöfe und „Casas do Povo“; diese erfüllten soziale und kulturelle Aufgaben in den Dörfern. Mit den Familienbetrieben verschwanden auch oft Dienststellen des Landwirtschaftsministeriums aus der Region, ganz nach dem Motto der Neoliberalen „Weniger Staat“.

Zu den Skandalen gehört aktuell, dass nun tausende

unter beschämenden Bedingungen arbeitende ausländische, häufig asiatische Landarbeiter den Reichtum schaffen, der weder ihnen noch den Einheimischen zufließt, sondern weiterhin jenen, die das Land niemals selbst bebaut hatten.

Saisonarbeit und prekäre Lebensverhältnisse

Auf die Agrarunternehmen, die mit hohem Kapitaleinsatz, hohem Mechanisierungsgrad und niedrigsten Löhnen (man spricht in Portugal erneut von „Sklavenarbeit“) intensive und hochintensive Landwirtschaft betreiben, entfallen 20,7% aller in der Landwirtschaft beschäftigten Menschen.

Von 2009 bis 2019 stieg die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Lohnarbeiter von 41.369 auf 59.808 (+44%). Die meisten von ihnen arbeiten in Agrarunternehmen. Hinzu kamen 2009 27.621 Saisonarbeiter; 2019 waren es 30.350.

Stellten Lohnarbeiter 2019 im gesamten Land 28,7% der landwirtschaftlich Beschäftigten, so stieg deren Anteil im Alentejo von 49% 2009 auf 56,1% 2019. Ein knappes Drittel davon war nur saisonal beschäftigt. Prekäre Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse und verschärzte Ausbeutung sind Merkmale auch des modernen, intensiv wirtschaftenden kapitalistischen Großgrundbesitzes im Alentejo.

Die Beschäftigung in der portugiesischen Landwirtschaft sank zwischen 2009 und 2019 um 14%. Gleichzeitig konnten Produktion und Export gesteigert werden:

„Es wird mehr mit weniger Personen produziert“, freute sich der Verband der Großagrarier und Agrounternehmen, CAP.

Dabei ist vollkommen klar, dass die Steigerung der Produktivität zu Lasten der Familienbetriebe ging, deren Anteil an Arbeitskräften im gleichen Zeitraum um 30% (bei Eigentümern) bzw. um 25% (im Fall ihrer Angehörigen) sank. Die Erhöhung der Produktivität der portugiesischen Landwirtschaft wurde um den Preis weiterer regionaler, demografischer und sozialer Ungleichgewichte erreicht, wobei die Konzentration von Boden in immer weniger Händen sowie die Lohnarbeit vorangetrieben wurden.

Die Landwirtschaft verlor dadurch und durch EU-Vorgaben an Produktvielfalt. Sozial und ökologisch sehr bedenkliche, intensive und hochintensive Monokulturen wurden gerade im Alentejo gefördert. Wurden Familienbetriebe nicht von Brüssel drangsaliert, zum Beispiel durch Quoten oder Flächenstillegungen, waren es Banken als Kreditgeber, die den privaten Landwirten die Entscheidung darüber abnahmen, was sie anbauen und was benötigt wurde.

Sie sind deswegen häufig gezwungen, sich zum Beispiel auf Kartoffeln, auf Salat, auf bestimmte Obstsorten oder auf die Schafzucht zu spezialisieren. Produziert wird, was die kapitalistische Agrarindustrie interessiert.

Familienbetriebe und Kooperativen wären ein größerer Schutz vor dem Einfluß großer multinationaler Hersteller von Saatgut, Pestiziden oder Dünger gewesen, die auf einem globalen Markt den Handel, die Produktion, den Konsum und die Reproduktion kontrollieren.

Richtig und für das Land nützlich wäre eine diversifizierte Produktpalette unter Berücksichtigung regionaler und meteorologischer Bedingungen sowie der Bodenbeschaffenheit. Richtig wäre eine Unterstützung der Familienbetriebe durch den Bau von Lagern, Kühlhäusern und Silos. Dies können und wollen weder die monopolisierte Agrarwirtschaft noch die ihnen verpflichteten Regierungen leisten. Sie sind keine Verbündeten der regionalen Entwicklung.

Überausbeutung ist nicht nachhaltig

Die portugiesischen Regierungen selbst bevorzugten die großen Agrar- und Agrarvertriebsunternehmen besonders im Alentejo. Gefördert wurde damit ein Modell der Landausbeutung, das aus wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Sicht nicht nachhaltig ist.

Der Alqueva-Stausee, das größte künstliche Gewässer Europas, staut das Wasser des Rio Guadiana auf und erweitert die Bewässerungsflächen des Alentejo um mindestens 120.000 Hektar. Das 2002 fertig gestellte Projekt ist vielen Ausländern nur wegen seiner Auswirkungen auf die Umwelt bekannt geworden, ganz so, als habe es von Anfang an einer Landwirtschaft dienen sollen, die mit ihren hochintensiven Monokulturen extrem viel Wasser verbraucht und mehr Kunstdünger, Herbizide, Insektizide und Fungizide einsetzt.

Das war jedoch ganz und gar nicht der Fall. Die Planung für das „Mehrzweckprojekt“ Alqueva entstammte noch der Zeit Salazars; die Idee wurde jedoch auf Grund des fehlenden Interesses an der Entwicklung des Alentejo nie verwirklicht. Erst 1977, etwa zeitgleich mit dem berüchtigten „Lei-Barreto“ der PS-Regierung, das der Agrarreform den Todesschlag versetzte, waren erste Realisierungsschritte unternommen worden. Für die Kooperativen verbanden sich mit der Bewässerung alle Hoffnungen auf eine deutliche Erhöhung der Erträge und auf eine Erweiterung ihrer Erzeugnisse, auf stabile Einkünfte und Beschäftigung, eben auf „Zukunft“.

Es ist jedoch bezeichnend, dass diese auf sozialistischer und nicht kapitalistischer Produktionsweise basierenden

Betriebe erst zerstört werden mussten, damit nicht sie, sondern die großen Agrarkonzerne vom Stausee profitieren konnten. Dennoch wurde die Fertigstellung von Anhängern einer neuen Agrarreform als ein „überwältigender Sieg der Alentejaner“ betrachtet, der allerdings gegenwärtig vor allem mehrheitlich spanischen Agrarkonzernen wie Elaia, De Prado, Olivomundo, Aggraria, Innooliva und Bogaris zu Gute kommt. Denn sie halten im Einzugsgebiet mit ihren Intensivkulturen 65,5% des Olivenanbaus im Alentejo. Sie bekamen seit 2007 etwa 800 Millionen Euro Subventionen. Im Bewässerungsgebiet des Alqueva pflanzten sie 70 Millionen Olivenbäume, die 60% der Fläche einnehmen. Dafür waren auch alte Steineichen, Korkeichen und jahrhundertealte Olivenbäume gefällt worden. Die eingesetzte Agrarchemie verpestet Luft, Böden, das Grund- und das Oberflächenwasser.

In den letzten Jahren hat sich der Einsatz von selbstfahrenden Erntemaschinen im hochintensiven Anbau von Oliven, Mandeln und Trauben vervierfacht. Für diese Arbeit werden also kaum noch Menschen benötigt. Diese Mechanisierung erfordert einen Kapitaleinsatz, den ein Familienbetrieb nicht leisten kann.

Das Bewässerungsland im Alentejo um den Alqueva-Stausee herum hat zu einer „Überausbeutung“ und damit zu Verhältnissen geführt, die Befürworter der alten und einer neuen Agrarreform befürchtet hatten.

Dauerkulturen wie Oliven, subtropische Früchte und Mandeln nehmen in Portugal nun die größte Fläche seit dreißig Jahren ein. Dies ist eine für das Land eher sehr schlechte Entwicklung, denn sie geht zu Lasten des Ackerbaus, d.h. des Anbaus von Kartoffeln und von Getreide. Allein zwischen 2009 und 2019 wurden die Flächen für Kartoffeln um 28,6% und von Getreide um 32,2% verringert. Im Alentejo, einst portugiesische Kornkammer, reduzierte sich die Anbaufläche von 187.000 ha (2009) auf 99.000 ha (2019).

Gefährdung der Ernährungssicherheit

Der eher konservative portugiesische „Expresso“ berichtete im März 2022, dass die Selbstversorgung Portugals bei Getreide von 23% 2018 auf 10% 2022 gefallen sei.

Dazu erklärte die PCP, wichtigste politische Verteidigerin der Agrarreform, in einer Pressekonferenz im März 2022, das Defizit in der Agrar- und Ernährungsbilanz bei Getreide, Rindfleisch oder Kartoffeln stelle „nicht nur die Ernährungssouveränität des Landes, sondern sogar die nationale Sicherheit in Frage.“

Bei Weizen bestehe sogar eine 95-prozentige Abhängig-

keit, bei Mais zu 70% und bei anderen Getreidearten zu 75%. Die heutige portugiesische Landwirtschaft garantie nicht einmal die Produktion der wesentlichen Lebensmittel für die Bevölkerung. Die Familienbetriebe sollten nicht weiter missachtet werden, die Preise für Kunstdünger und Pestizide sollten kontrolliert und die Energie- und Treibstoffpreise begrenzt werden. Die Bauern benötigten eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Strom und eine Vergünstigung beim Agrardiesel. Man befürworte Anreize für den Getreideanbau und Unterstützung bei der Auswahl der dafür besten Böden. Die kleinen und mittleren Produzenten bräuchten Preis- und Absatzgarantien.

Die neuen Intensiv- und Hochintensivkulturen trugen dazu bei, dass die portugiesische Handelsbilanz der Land- und Forstwirtschaft positiv ist (gestützt vor allem auf Zellulose, Kork, Wein, Getränke, Obst und Gemüse).

Den großen Profiten der Konzerne stehen aber neben der Abhängigkeit von ausländischen Grundnahrungsmitteln Umweltverschmutzung (Pestizide, transgenes Saatgut), die Erschöpfung natürlicher Ressourcen und die Abhängigkeit vom Finanzkapital gegenüber.

Billige Arbeitskräfte aus dem Ausland

Das Alentejo, einst Kerngebiet der revolutionären Agrarreform, ist auch heute wieder ein dünn besiedeltes Gebiet. Doch die Veränderungen seither haben dazu geführt, dass die unterbezahlte Arbeit in der Landwirtschaft immer weniger akzeptiert wird. Die Reaktion der Agrarkonzerne darauf besteht nicht darin, die Löhne zu heben und breit in die regionale Entwicklung zu investieren, sondern in der massiven Anwerbung von billigen Arbeitskräften aus dem Ausland, vor allen Dingen auch aus asiatischen Ländern wie Nepal, Bangladesch, Indien und auch Thailand.

Die oft untergeordneten und wenig Qualifikation erforderten Arbeiten im Obst- und Gemüseanbau fördern einen Drehtüreffekt. Viele Arbeiter, insbesondere auch Osteuropäer, bleiben nur vorübergehend und nutzen die Arbeit als Sprungbrett.

Wie elend die nepalesischen Arbeiter entlang der schönen Westküste des Alentejo und um die Stadt Odemira herum untergebracht, bezahlt und versorgt wurden, machte in Portugal erst während der Pandemie Schlagzeilen. Es offenbarten sich schlimmste Ausbeutungsmethoden sowie gravierende Defizite in den Bereichen Wohnen, Gesundheit, Schule, Familie und Bildung.

Für die fortschrittlichen Kräfte in Portugal sind dies neue Herausforderungen. Es sind kulturelle und sprachli-

che Brücken zu bauen. Gewerkschaften müssen die neuen Kolleginnen und Kollegen in ihre Reihen integrieren. Das alentejanische, das portugiesische Landproletariat verändert sein Gesicht und seine Sprache. Vorherrschend sind nach 50 Jahren nicht mehr die absentistischen Großgrundbesitzer, sondern der Agrarkapitalist. Die heroische Klasse der Landarbeiter des Alentejo, so formulierte eine portugiesische Monographie über die Agrarreform 2004, unterlag tiefen qualitativen und quantitativen Mutationen.

Verfassungswidrige portugiesische Realität

Die portugiesische Realität in der Landwirtschaft ist, gemessen an der portugiesischen Verfassung, die selbst nach sieben Revisionen noch fortschrittlich ist, verfassungswidrig.

So verlangt Artikel 93 u.a. die bessere Versorgung des Landes, die Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lage von Landarbeitern und Bauern. Er verlangt Zugang zu Eigentum und Besitz von Land und anderen Produktionsmitteln sowie die Gewährleistung einer rationellen Bodenbewirtschaftung.

Artikel 94 verlangt die Größenanpassung landwirtschaftlicher Betriebseinheiten, die in Bezug auf agrarpolitische Ziele überdimensioniert sind. Enteignete Ländereien sollen an Kleinbauern oder Genossenschaften übergehen.

Artikel 95 verspricht Hilfen für Minifundien, sich zu vergrößern.

Artikel 97 verlangt vom Staat, dass er vorrangig kleine und mittlere Landwirte sowie Genossenschaften im Bereich der Produktion und Kommerzialisierung unterstützt. Er soll Vereinigungen von Landarbeitern und Landwirten fördern.

Artikel 98 wiederum verpflichtet die Regierung, Landwirte und Landarbeiter an der Festlegung der Agrarpolitik zu beteiligen.

Von all dem geschah unter den Regierungen der PS und der Rechtsparteien das Gegenteil.

Die notwendige neue Agrarreform wird eines Tages unter ganz anderen Bedingungen stattfinden als die alte. Sie muss auch die Kluft zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit schließen. Damit sie gelingen kann, wird die mit ihr verbundene Umwälzung, was ihre sozialen Inhalte betrifft, vielleicht noch etwas mehr an die Oktober- als an die Aprilrevolution erinnern müssen.



Literatur:

- Recenseamento Agrícola – Análise dos Principais Resultados – 2019 (INE 2021) Catarina Alexandra Bernardes Franco, Out. 2021 – Lisboa
- António Murteira: Uma Revolução na Revolução. Reforma Agrária no Sul de Portugal, Montemor-o-Novo 2004 XII Recenseamentos Geral da população – II Recenseamento Geral da habitação 1981, Distrito de Beja, INE 1981
- „Imigração é resposta para falta de pessoas na agricultura. CAP pede rapidez na atribuição devistos“, Ana Marcela e Joana Nabais Ferreira, 4 Abril 2022: <https://eco.sapo.pt/2022/04/04/imigracao-e-resposta-para-falta-de-pessoas-na-agricultura-cap-pede-rapidez-na-atribuicao-de-vistos/> gesehen 6.2.24
- Censos 2011, Resultados Definitivos, Alentejo, XV recenseamento geral da população, V recenseamento geral da habitação, INE 2012 XII Recenseamentos Geral da população – II Recenseamento Geral da habitação 1981, Distrito de Portalegre, INE 1981
- Declaração de João Frazão, Conferência de Imprensa, Produção agrícola e Soberania Alimentar em Portugal, 23 Março 2022, Lisboa: <https://www.pcp.pt/producao-agricola-soberania-alimentar-em-portugal>
- Estatísticas Demográficas 2022, Edição 2023, INE
- ISCTE, Instituto Universitário de Lisboa, Da Política à Prática: a integração dos trabalha-tugal: <https://swportugal.pt/historia-sidonio-pais-e-o-problema-do-latifundio-no-alentejo/> 1/9
- Alfredo Campos, As imposições da UE e do agro-negócio na nossa agricultura e alimentação, O Militante No.355, Jul./Ago 2018
- João Pauzinho, Alentejo ao sabor do capitalismo agrário, O Militante No. 368, Set/Out 2020
- João Frazão, Reforma Agrária – Uma necessidade do nosso tempo, O Militante No. 373, Jul/Ago 2021
- José Carlos Bravo Nico u.a., Analfabetismo: Uma «Simplicidade» Complexa, 2002: <http://www.bravonico.com/docs/011.pdf>
- Alentejo Social, INE – Direcção Regional do Alentejo, Série Cadernos Regionais 1998

Abkürzungsverzeichnis

AD Aliança Democrática / Demokratische Allianz
APU Aliança Povo Unido / Allianz Vereintes Volk
CA Cooperativa Agrícola / Landwirtschaftliche Kooperative
CAE Crédito Agrícola de Emergência / Landwirtschaftlicher Dringlichkeitskredit
CAG Crédito Agrícola Geral / Allgemeiner Agrarkredit
CAP Confederação dos Agricultores Portugueses / Konföderation portugiesischer Landwirte
CDS Centro Democrático e Social / Soziales und Demokratisches Zentrum
CGTP-IN Confederação Geral dos Trabalhadores Portugueses - Intersindical Nacional / Allgemeine Konföderation portugiesischer Arbeiter
CIP Confederação da Indústria Portuguesa / Konföderation der portugiesischen Industrie
COLBA Cooperativas Livres do Baixo Alentejo / Freie Kooperativen des Baixo Alentejo

CRRA Centro Regional de Reforma Agrária / Regionalzentrum der Agrarreform
EPAC Empresa Pública de Abastecimento de Cereais / Öffentliches Unternehmen für Getreideversorgung
GNR Guarda Nacional Republicana / Republikanische Nationalgarde
ILO International Labour Organisation
INE Instituto Nacional de Estatística / Nationales Statistisches Institut
IPF Instituto dos Produtos Florestais / Institut für Forstprodukte
IRA Instituto de Reestruturação Agrária / Institut für Agrarordnung
MAP Ministério da Agricultura e Pescas / Ministerium für Land- und Fischereiwirtschaft
MFA Movimento das Forças Armadas / Bewegung der Streitkräfte
MDP-CDE Movimento Democrático Português - Comissão Democrática Eleitoral / Vereinigung ökonomischer Interessen
ZIRA Zona de Intervenção da Reforma Agrária / Agrarreformzone

MUC Movimento Unitário das Cooperativas / Einheitsbewegung der Kooperativen
NUP Nova Unidade da Produção / Neue Produktionsseinheit
PCP Partido Comunista Português / Portugiesische Kommunistische Partei
PPD Partido Popular Democrático / Volksdemokratische Partei
PPM Partido Popular Monárquico / Monarchistische Volkspartei
PS Partido Socialista / Sozialistische Partei
PSD Partido Social-Democrata / Sozialdemokratische Partei
STA Supremo Tribunal Administrativo / Oberstes Verwaltungsgericht
UCP Unidade Colectiva de Produção / Kollektive Produktionseinheit
UDP União Democrático Popular / Demokratische Volksunion
UIE União dos Interesses Económicos / Vereinigung ökonomischer Interessen
ZIRA Zona de Intervenção da Reforma Agrária / Agrarreformzone

Amigos de Esquerda de Língua Alemã em Lagos

Linke Deutschsprachige Freunde Lagos

**ATIVO
pela Paz
e Amizade**

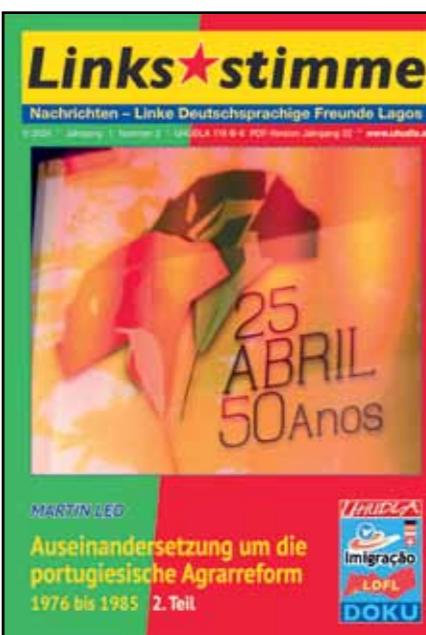
**AKTIV für
Frieden und
Freundschaft**



Eine Zeitung



und eine Zeitung



ist ein Buch





**50 Jahre
25. April 1974**

MARTIN LEO

**Auseinandersetzung um die
portugiesische Agrarreform**

1976 bis 1985